

Uta Schlegel

Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen

Berlin, April 2000

Uta Schlegel

Zielgruppenanalyse für politische Akteurinnen:
Politische Einstellungen ostdeutscher jüngerer und „älterer“ Frauen
im Kontext ihrer Lebenszusammenhänge

Expertise im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung

ISBN 3-320-02994-0

Inhalt

1.	Zu Gegenstand und Ausgangspositionen	
1.1.	Politische Einstellungen und Partizipation	2
1.2.	Jüngere und ältere ostdeutsche Frauen	4
1.3.	Vorläufigkeit dieser Expertise	5
2.	Zu Leitannahmen und übergreifenden Zusammenhängen	7
2.1.	Exkurs: Geschlechterverhältnisse – Frauenpolitik – Einstellung zum Staat	12
2.2.	Exkurs: Retraditionalisierung der ostdeutschen Geschlechterverhältnisse	18
3.	Politische Einstellungen und Lebenszusammenhänge ostdeutscher jüngerer Frauen	
3.1.	Zu Lebenszusammenhängen und -orientierungen ostdeutscher jüngerer Frauen	20
3.1.1.	Zu deren Lebenszusammenhängen	20
3.1.2.	Zu Ausprägung und Entwicklung von Lebensorientierungen und Zukunftszuversicht	27
3.1.3.	Exkurs: Zu Wandel und Geschlechtstypik von Statuspassagen im Jugendalter	33
3.2.	Politische Einstellungen ostdeutscher jüngerer Frauen	41
3.2.1.	Einstellungen zum neuen Gesellschaftssystem des Ehrenamts	41
3.2.2.	Vergleich der beiden Gesellschaftssysteme	44
3.2.3.	Einstellungen zu den Parteien	45
3.2.4.	Selbsteinordnung in das Links-Rechts-Spektrum und Einstellung zu Ausländern	46
3.2.5.	Verbundenheit mit sozialistischen Idealen	49
4.	Politische Einstellungen und Lebenszusammenhänge ostdeutscher älterer Frauen	
4.1.	Zu Lebenszusammenhängen ostdeutscher älterer Frauen	51
4.2.	Politische Einstellungen älterer ostdeutscher Frauen am Beispiel	60
4.2.1.	Zur Geschlechtstypik und zum Wandel des Ehrenamts	60
4.2.2.	Zu den Motiven und den Tätigkeitsfeldern ehrenamtlich tätiger Frauen	62
4.2.3.	„Aktion 55“	64
5.	Abschließende Bemerkungen	69
6.	Literatur	72

1. Zu Gegenstand und Ausgangspositionen

1.1. Politische Einstellungen und Partizipation

Angesichts einerseits noch existierender ost-west-deutscher Unterschiede im Politik-Verständnis und andererseits traditioneller Geschlechtsunterschiede im Politik-Bereich sollen diese einleitend grob und verkürzt umrissen werden.

a) Die Betrachtung politischer Einstellungen und Partizipation Ostdeutscher kann bis heute nur auf dem Hintergrund ihrer (gegenüber Westdeutschen) noch unterscheidbaren *politischen Sozialisation* in einem anderen politischen System erfolgen.

b) Vonnöten dabei ist in Sonderheit die Einbeziehung der *Generationsspezifik* insbesondere angesichts zum einen differenzierter biografischer Erfahrungen aus der DDR und andererseits der Altersposition heute (in ihrer Relevanz insbesondere für den Arbeitsmarkt).

c) Im Blick muß bleiben, daß – über selbstverständlich nicht vergleichbare politische Strukturen/Systeme hinaus – das *Verständnis von politischer Partizipation* (einschl. deren Messung) *in DDR und BRD* durchaus different war: Während sie in der BRD klassischer- und mehrheitlicherweise festgemacht wurde und wird vor allem an Parteipräferenzen, Wahlverhalten und Mitgliedschaft/en (und Funktionen) in Parteien, Organisationen und Verbänden, muß für die DDR beispielsweise die Verweigerung politischer Teilhabe (z. B. der Nichteintritt in die FDJ, die Nichtteilnahme an Wahlen) als massives politisches Verhalten gesehen werden. Dies kann nicht folgenlos bleiben beispielsweise für den Eintritt Ostdeutscher in und ihre Mitwirkung an etablierte(n) Parteien heute.

d) Darüber hinaus ist Politikverständnis durchaus *nicht geschlechtsneutral*, dies aus mindestens zweifacher Perspektive:

Einerseits haben die traditionelle Zuweisung und Polarisierung der Geschlechterrollen – philosophisch, religiös, juristisch und anders legitimiert (vgl. dazu auch SCHAEFFER-HEGEL 1999) – auf den öffentlichen, produktiven männlichen und den privaten, reproduktiven weiblichen Lebensbereich zweifellos zu männlichen politischen Machtstrukturen und -kommunikationen geführt: wie zu ritualisierten „männlichen“ Verhaltensmustern im Sinne von Hierarchisierung, Revier-Abstecken, öffentlicher Selbstinszenierung, Zeitstrukturen des politischen Geschäfts (Verhaltensgebot, immer und an allen Orten präsent zu sein) einschließlich der rückenfreihaltenden Frau im Hintergrund, was historisch-gesellschaftlich wie individuell den heutigen Zugang von Frauen zur (traditionell verstandenen) Politik erschwert. Auch Einzelbeispiele erfolgreicher Politikerinnen in der deutschen Nachkriegszeit (MEYER 1989 u. 1993) oder Politikerinnen-Gruppen oder -Kooperation (wie das „Hexenfrühstück“ von acht Frauen des Westberliner rot-grünen Senats), die sich mehr oder weniger männlichen Politik-

strukturen widersetzt haben, ändern daran prinzipiell nichts. Insofern waren und sind Frauen eher Objekte als Subjekte von Politik (und insbesondere auch Frauenpolitik).¹

Andererseits (und folgerichtig) unterscheiden sich heute weibliches und männliches Politikverständnis in ihren Inhalten, Zielen und der Art der Realisierung (Kommunikation, Strukturen), wie das beispielhaft deutlich wird daran,

- daß Mädchen und Frauen bevorzugt und mehr vor Ort in ihrem unmittelbaren Umfeld politisch tätig sind, sich sozial engagieren; die Inhalte ihres Engagements sind eher konkret, und sie wollen konkrete Erlebnisse ihrer Bemühungen bewirken, die für sie auch selbst wahrnehmbar sind; insofern bringen sie sich eher in Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen u. ä. ein als in Parteien;
- daß sie solche Inhalte mehrheitlich nicht für politisch und sich selbst daher eher für apolitisch halten, obwohl solche Aktivitäten deutlich politische sind;²
- daß sie mit ihrem sozialen und politischen Engagement – gegenüber Männern – kaum Ambitionen an Ämter, Funktionen, Hierarchie-Aufstieg verbinden oder Statussymbole anstreben (vgl. beispielsweise die höhere Akzeptanz des Rotationsprinzips in der Politik durch Frauen);
- daß Mädchen und Frauen – auch nach neuesten Untersuchungen – das Gleichstellungsprinzip für die Geschlechter als unbedingten Bestandteil von Demokratie betrachten.

e) Ein differentes Politikverständnis im Ost-West- und im Geschlechtervergleich (vgl. c und d) gilt sinngemäß auch für soziales Engagement und das sogenannte Ehrenamt. (dazu ausführlicher unter 4.2)

f) Zudem muß betont werden, daß *die* weibliche politische Partizipation (auch in dieser Expertise) eine unzulässige Verallgemeinerung darstellt. Geschlechtsunterschiede bzw. -nichtunterschiede sind eigentlich nur in vergleichbaren Untergruppen anzustellen. So zeigt sich beispielsweise, daß in bestimmten Teilgruppen (z. B. bei den Ledigen) in der DDR keine Geschlechtsunterschiede in den politischen Einstellungen nachweisbar waren, wie FÖRSTER (1985) differenziert nachgewiesen hat. Demgegenüber erweist sich in dieser Beziehung in empirischen Untersuchungen der Bildungsstand als besonders gravierend und determinierend – oft stärker als die Geschlechtszugehörigkeit; aber auch Stadt-Land-Differenzierungen, der Familienstatus/Kinder und Altersgruppen erweisen sich für Umfang und Art/Inhalte politischer Einstellungen und Beteiligung als relevant.

Solche ohnehin differenzierenden Determinanten werden für ostdeutsche Frauen heute noch unter mindestens drei weiteren Aspekten bedeutsamer insofern,

- als im Zuge der ostdeutschen Transformationsprozesse eine generelle/n deutliche/n Entfernung von den vergleichsweise egalitären Lebensverhältnissen in der DDR hinaus hin zu wachsenden sozialen Ungleichheiten stattfindet,

¹ Wenn auch für die DDR und die alte BRD in unterscheidbarer Weise; wir kommen darauf zurück.

² Insofern und aus anderen Gründen (die später zu erläutern sind) wird bezüglich politischer Partizipation älterer ostdeutscher Frauen im folgenden das sogenannte Ehrenamt zu berücksichtigen sein.

als darüber hinaus die sozialen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern infolge der Rekonstruktion traditioneller geschlechtstypischer Rollenzuweisungen zunehmen (vgl. z. B. KEISER 1999) und

– als eine drastische Binnendifferenzierung der Lebenszusammenhänge ostdeutscher Frauen im Gange ist; dies wird beispielsweise deutlich an weiblicher (Langzeit-) Arbeitslosigkeit oder ihrer teilweisen Beschäftigung in sogenannten prekären Arbeitsverhältnissen, so daß es heute – auf dem Hintergrund der Polarisierung von Arbeit – z. B. erwerbstätige Frauen mit hohem Einkommen gibt, die sich ihrerseits für die Hausarbeit/Kinderbetreuung anderer Frauen bedienen können in ungeschützten/unterbeschäftigten Arbeitsverhältnissen.

1.2. Jüngere und ältere ostdeutsche Frauen

Unter „jüngeren“ ostdeutschen Frauen werden im folgenden weibliche Jugendliche Mitte der „Zwanziger“ verstanden, unter den „älteren“ Frauen solche Mitte der „Fünfziger“ – damit quasi die Töchter-Mütter-Generation aus der DDR. Es ist davon auszugehen, daß sich diese gut unterscheiden sowohl in ihren Lebenszusammenhängen in der DDR als auch nach der „Wende“ und damit auch als Zielgruppen hinsichtlich politischer Einstellungen und Verhaltensweisen heute.³ Darüber hinaus ist ihre Betroffenheit von den neueren Veränderungen der Geschlechterverhältnisse (sowohl durch den Übergang von DDR zu BRD als auch aktuell innerhalb Gesamtdeutschlands) unterscheidbar.

Für die Darstellung der politischen Einstellungen ostdeutscher jüngerer Frauen stützen wir uns in erster Linie auf die sächsische Jugend-Längsschnittuntersuchung (seit 1987) zum politischen Einstellungswandel von FÖRSTER (1999), der mit seiner Studie genau die Altersgruppe an Mädchen und jungen Frauen (Geburtsjahrgänge 1972/73) längsschnittlich erfaßt, deren Lebensentwürfe mit mehrheitlich sogenannter „doppelter“ Wertorientierung – eigene qualifizierte Erwerbsarbeit und Kinder/Familie, und zwar synchron und vergleichsweise früh in der Biografie – in den 90er Jahren zur Disposition gestellt sind, so daß sie (neue) individuelle Verhaltensmuster entwickeln müssen, ihre Lebensziele zu realisieren. Für den Vergleich der Lebenszusammenhänge der beiden Frauengenerationen ziehen wir vor allem KEISER (1997) heran, die die weiblichen Geburtsjahrgänge 1935 bis 1945 und 1960 bis 1970 aus der DDR in gründlicher Weise vergleicht (wenn dabei auch politische Einstellungen und Partizipation leider außen vor bleiben) und damit u. a. einen impliziten Beitrag leistet zur „Modellfunktion“ der (ostdeutschen) Mütter versus „weg von den mütterlichen Lebenszusammenhängen“ für die Töchtergeneration.

Die „Ost-Typik“ weiblicher Lebenszusammenhänge und politischer Pattern kann nicht umrissen werden ohne einen vergleichenden Blick auf die westdeutschen. Dieser wird erreicht durch die Einbeziehung von gesamtdeutschen Jugendstudien, gesamtdeutschen Untersuchun-

³ Vgl. dazu insbesondere LINDNERS (1997) generationsspezifisches Analysemodell zur politischen Sozialisation in der DDR und deren Folgen nach der „Wende“, der überzeugend darstellt, daß die Generationszugehörigkeit – einschließlich unterscheidbarer politischer Sozialisation in der DDR – eine wichtige Determinante darstellt für die Veränderung der Lebenszusammenhänge und politischen Pattern seit 1990.

gen zu Frauen (wie Gleichberechtigung 1996) und andere ost-west-vergleichende Erhebungen (wie SEIDENSPINNER u. a. 1996, KEDDI u. a. 1999).

1.3. Vorläufigkeit dieser Expertise und Einschränkungen

Zwingend ist die Einschränkung/Relativierung dieser Darstellung hinsichtlich der Lebenszusammenhänge und politischen Einstellungen ostdeutscher Frauen unter mindest dreierlei Perspektiven:

hinsichtlich der Lebenszusammenhänge:

Unseres Erachtens ist es heute noch unzulässig bzw. verfrüht (aber in der Literatur durchaus verbreitet), angesichts phänomenologischer Sachverhalte von einer Angleichung der Lebenszusammenhänge und vor allem der -entwürfe der ostdeutschen an die der westdeutschen Frauen zu sprechen. Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß – angesichts des gut belegten mehrheitlichen Festhaltens ostdeutscher Frauen am sogenannten doppelten Lebensentwurf – die Veränderungen in ihren gelebten Biografien zunächst noch eher (unfreiwillige und teilweise schmerzhaft) individuelle Anpassungsleistungen an gegebene gesellschaftliche Rahmenbedingungen darstellen. Dies betrifft auf der Verhaltensebene beispielsweise den (irrigerweise so bezeichneten) „Gebärstreik“ der ostdeutschen jungen Frauen in den 90er Jahren oder aber den (meist auch unfreiwilligen) Übergang ostdeutscher Frauen von Vollzeit- zu Teilzeiterwerbsarbeit, auf der Einstellungsebene beispielsweise ihre – gegenüber westdeutschen Frauen deutlich unterschiedliche – Haltung zur Art der Unterbrechung ihrer Erwerbsarbeit nach der Geburt eines Kindes („Familienpause“) oder die Akzeptanz außerfamilialer Kinderbetreuung. Wenn aber unter Wertewandel eine eher langfristige Veränderung verstanden wird, muß insofern abgewartet werden, ob und inwieweit die so gemeinte Differenz zwischen „objektiven Strukturdaten und Daten zur subjektiven Realitätsverarbeitung und zu individuellen Handlungsstrategien“ sich zukünftig entwickelt; eine Theoriediskussion dazu wäre wünschenswert. (KEISER 1999, S. 243)

hinsichtlich politischer Einstellungen/Partizipation:

Angesichts eines (im o. a. Sinne) nach wie vor geltenden männlichen Politikverständnisses, angesichts des beklagten allgemeinen Rückzugs der Deutschen aus dem politischen und sozialen Engagement und angesichts der aktuellen Debatte um die „Krise der Politik“ (einschließlich der neuesten Einbrüche im Vertrauen zum etablierten politischen System infolge der Parteienfinanzierungsskandale) scheint eine grundsätzliche Veränderung des Politischen hochdringlich. Insofern kann angenommen werden, daß diese Expertise in einer entsprechenden Umbruchsituation angesiedelt ist, und sie folgt deshalb schon einem breiteren Verständnis von politischer Beteiligung (im Sinne von Einbeziehung von „Bürgerbeteiligung“ und „sozialem Engagement“).

hinsichtlich der nach wie vor in der Veränderung befindlichen politischen Einstellungen Ostdeutscher:

nicht nur angesichts der noch anhaltenden Transformationsprozesse in den ostdeutschen Bundesländern und der noch nicht gelungenen „inneren Einheit“ in Deutschland. Vielmehr hat

auch der gegenwärtig stark verengte Arbeitsmarkt bzw. seine künftige Entwicklung nicht zu unterschätzenden Einfluß. So ist FÖRSTERs genereller These für seine Längsschnittstudie zuzustimmen – hier für ostdeutsche Jugendliche, daß sie sich „in einem intensiven Such- und Wandlungsprozeß ihrer politischen Orientierungen und Identifikationen, ihrer gesamten politischen Mentalität befinden. Das wird sich gewiß so bald nicht ändern. Auch künftig erwarten wir starke, möglicherweise heute noch nicht absehbare Veränderungen ihrer Bewußtseinslage als Folge des anhaltenden politischen und sozialen Wandels in Ostdeutschland. Dabei wird die Entwicklungsrichtung ihrer Systembindung vermutlich wesentlich mit davon abhängen, ob sie im Rahmen der gesellschaftlichen Veränderungen in Ostdeutschland jene individuellen Bedingungen vorfinden, die ihre *berufliche Entfaltung* fördern.“ (FÖRSTER 1999, S. 3)

Last but not least muß auf *zwei Disproportionen* in dieser Expertise hingewiesen werden: Zum einen mußten aus inhaltlichen und darstellungstaktischen Gründen Aussagen zu den Lebenszusammenhängen ostdeutscher jüngerer und älterer Frauen denen zu politischen Einstellungen *vorangestellt* werden und auch umfangreicher ausfallen, als zunächst intendiert, weil die komplizierten und sich stark im Wandel befindlichen weiblichen Lebenszusammenhänge (und deren Perspektiven) *die* Determinante für politische Einstellungen/Partizipation bzw. Verweigerung darstellen und damit gleichzeitig offenbar auch *die* Determinante für die Veränderung letzterer (und zunächst nicht umgekehrt). Zum anderen muß u. E. den jüngeren Frauen größeres Augenmerk geschenkt werden, wenn es hier um (künftige) Akteurinnen geht, die weibliche Benachteiligungen und Eigeninteressen wahrzunehmen, zu artikulieren und politisch auf den Weg zu bringen veranlaßt sind.

2. Zu Leitannahmen und übergreifenden Zusammenhängen

Politische Einstellungs- und Verhaltensmuster ostdeutscher jüngerer und älterer Frauen heute sind kritischer und distanzierter als die der Männer und (implizit und unausgesprochen) eher „links“.

Dies liegt in erster Linie darin begründet, als sie sich – angesichts der deutlichen Tendenzen zur Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse – mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bzw. beschränkten Optionen konfrontiert sehen, die der Realisierung ihrer mehrheitlichen Lebensentwürfe, Intentionen, Ansprüche der Selbstverwirklichung in wesentlichen Aspekten nicht entsprechen – insbesondere in Bezug auf Erwerbsarbeit und „Vereinbarkeit“. Im Unterschied zu den westdeutschen Frauen (mit vergleichbaren Lebensentwürfen) haben sie aber die Lebbarkeit des sogenannten weiblichen doppelten Lebensentwurfs in der DDR erfahren. Unter dieser Perspektive ist BILLERBECK (1999) nach ihren zwölf Porträts ostdeutscher junger Menschen zu widersprechen: „Als Vergleich kann die DDR noch herhalten, als Maßstab für die Zukunft taugt sie nicht mehr.“ (S. 11) Sie ist mit ihrem Gleichstellungsvorsprung (GEISSLER 1993) in diesem Bereich eben auch Maßstab! Und auch BILLERBECK schlußfolgert an anderer Stelle richtig, daß die ostdeutschen jungen Frauen von heute „ganz selbstverständlich vom Leben das fordern und sich nehmen, was schon für ihre Mütter Normalität war“. (ebd., S. 9)

Als Ausnahme von den „eher linken“ Einstellungsmustern bei ostdeutschen Frauen erweist sich ihr emotionales Verhältnis zu Ausländern (vgl. Tabelle 33) offensichtlich begründet in folgendem: angesichts der tatsächlich zunehmenden Benachteiligung ostdeutscher Mädchen und Frauen in ihren beruflichen Optionen und deren Widerspiegelung in ihrer deutlich geringeren Zuversicht, berufliche Pläne verwirklichen zu können – im empirischen Zusammenhang zwischen (objektiv und subjektiv) beschränkten Möglichkeiten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und der Ablehnung von Ausländern.

Die „beschränkteren Möglichkeiten“ ostdeutscher Frauen und ihre strukturelle Benachteiligung führen (noch) nicht zu höherem politischen Engagement und zu einem Protestpotential, sondern zu weiterem Rückzug.

Dies (das Gegenteil hatten bekanntlich zum Zeitpunkt der deutsch-deutschen Vereinigung große Teile der westdeutschen Frauenbewegung erwartet) hat vor allem folgende Gründe:

Zum einen haben ostdeutsche jüngere wie ältere Frauen keine Erfahrungen aus der DDR damit, *eigene Interessen zu artikulieren und politisch durchzusetzen* – im Unterschied zu den westdeutschen. An der Generierung der zweifellos historischen Fortschritte aus der DDR in Richtung Gleichstellung (wie Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch, Ausmaß der weiblichen Erwerbsarbeit, Kindereinrichtungen) waren sie nicht beteiligt. Zwar hatten sowohl die DDR als auch die alte BRD ein im Kern patriarchalisches Gleichberechtigungsverständnis in dem Sinne, daß sie auf eine Angleichung/„Anhebung“ weiblicher an/auf männliche Lebenszusammenhänge abzielten – ohne prinzipielle Infragestellung des traditionellen Geschlechter-

verhältnisses und der männlichen Rolle.⁴ Aber bezüglich der Art der Durchsetzung von Gleichstellungsfortschritten haben ost- und westdeutsche Frauen durchaus unterschiedliche Erfahrungen gemacht: in der DDR paternalistisch von oben nach unten – in der BRD aktiv basisdemokratisch. Folgerichtig belegen Untersuchungen bis heute – gerade im Feld der Gleichstellung der Geschlechter – im Osten noch eine höhere Verantwortungszuschreibung an den Staat. (s. unten)

Auf diesem Hintergrund wird ein (bis heute) verbreiteter kultureller Ost-West-Unterschied im *weiblichen Selbstverständnis* erklärbar, der sich verkürzt wie folgt beschreiben läßt: Die westdeutschen Frauen⁵ verfügten – in der Folge eines gesellschaftlichen Diskurses und feministischer Bewegungen – über eine mentale Sensibilisierung und Wahrnehmung der Geschlechterverhältnisse und eigener struktureller Benachteiligung⁶, über ein ausgeprägtes emanzipatorisches Bewußtsein⁷; die DDR-Frauen hielten sich für gleichberechtigt – angesichts ihrer („von oben“ beschlossenen und realisierten) den Männern gleichen Allgemein-/Berufs-/akademischer Bildung, gelebter kontinuierlicher Erwerbsbiografie (einschließlich ihrer Vereinbarkeit mit Mutterschaft/Familie) und weitgehender ökonomischer Unabhängigkeit vom Mann. Wenn sich dies so zum Zeitpunkt der deutsch-deutschen Vereinigung darstellt, darf nicht übersehen werden, daß darüber hinaus beide Sachverhalte historisch mindestens um eine Generation versetzt generiert wurden: Der doppelte Lebensentwurf der DDR-Mädchen und DDR-Frauen gilt bereits für die Geburtsjahrgänge der ersten Hälfte der 40er Jahre (also für die älteren Frauen oder die Müttergeneration in dieser Expertise), eine emanzipatorische Sozialisation und neue weibliche Lebensentwürfe in der BRD ab Ende der 60er. (vgl. dazu BERTRAM 1990)

Im Kontext zu den ersten beiden Gründen: Frauen in der DDR waren mehrheitlich blind und stumm gegenüber durchaus struktureller Benachteiligung. Ganz offensichtlich setzt sich diese *fehlende Sensibilität gegenüber Benachteiligung qua Geschlecht* bis heute fort. Heute noch viel ausgeprägtere und evidentere Benachteiligung von ostdeutschen Mädchen und Frauen nehmen diese mehrheitlich nicht als strukturelle und qua Geschlecht wahr. Daß dies auch für hochgebildete Frauen zutrifft, belegt beispielsweise eine neuere Untersuchung zum Einstieg des AbsolventInnen-Jahrgangs 1998 der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK Leipzig) in den Arbeitsmarkt. Trotz besserer Abschlußnoten sind die jungen Frauen deutlich benachteiligt beim Übergang in den Arbeitsmarkt: Ihre Stellenfindung dauert länger, sie landen häufiger in Teilzeit- und/oder befristeten Stellen, und ihr Einkommen liegt drastisch unter dem der männlichen Absolventen. Obwohl ganz offensichtlich die Geschlechtszugehörigkeit (übrigens noch vor dem Berufsfeld!) diese schlechteren Startbedingungen der Frauen ins Erwerbsleben bestimmt, glaubt die Hälfte der AbsolventInnen nicht, daß diese bei

⁴ Wiewohl offensichtlich die männliche Rolle in der BRD – nach den 68er Bewegungen und feministischen öffentlichen Diskursen – stärker in Frage gestellt wurde und stärkeren Erschütterungen ausgesetzt war, als die jemals in der DDR der Fall war – mit Auswirkungen bis heute. (vgl. z. B. STUMPE 1996)

⁵ Hier besonders wird die Unzulässigkeit solch hoher Verallgemeinerung deutlich: Selbstverständlich waren das durchaus nur bestimmte Gruppen von Frauen, z. B. nach Bildungsstand.

⁶ Die de jure länger und in stärkerem Maße als in der DDR gegeben war: Erinnert sei beispielhaft daran, wie lange in der BRD die Erwerbstätigkeit der Frau der ausdrücklichen Zustimmung des Ehemannes bedurfte.

⁷ Wie es sich u. a. auch in der Alltagssprache äußert(e): bewußte Verwendung weiblicher Sprachformen (Professorin, Ministerin).

der Stellensuche förderlich oder hinderlich gewesen wäre. (Wir kommen unter 3.1.3 unter dem Aspekt der schwierigeren weiblichen Statuspassagen darauf zurück.)

Und last but not least: Auf den Koordinaten der o. g. drei Sachverhalte liegt die (noch) fehlende Solidarisierung der ostdeutschen Frauen, eine – wie auch immer organisierte – kollektive Stimme, *eine politische Interessenbündelung*. Über die o. a. Gründe hinaus sind dafür sicher weitere intervenierende Determinanten: ihre erwähnte Distanz zu sowohl „alten“ Frauenvertretungen (DFD) als auch zu den „neuen“, insbesondere zu „feministischen“ aus den alten Ländern. Die Skepsis gegenüber den „neuen“ ist verschiedenen Faktoren geschuldet, etwa deren „schräger“ Darstellung aus der DDR (d. h. insbesondere als militant und männerfeindlich) oder der „kollektiven“ Distanz gegenüber westdeutschen Frauen angesichts ihrer bereits „realisierten“ Gleichberechtigung.

Fehlende kollektive Stimme und politische Interessenbündelung/-vertretung ist u. a. auch den faktischen Ost-West-Mehrheitsverhältnissen geschuldet, wie sie sich in den (marktwirtschaftlich agierenden) Massenmedien, beispielsweise im *impliziten Frauenbild der (sogenannten) Frauenzeitschriften* niederschlagen, in denen sie sich weder artikulieren noch „sich mit ihren Ansprüchen und Leitbildern, aber auch mit ihren Fragen und Problemen ... wiederfinden ... Warum diese Zeitschriften im Osten so wenig wahrgenommen werden, dafür gibt es viele Gründe. Die meisten Gründe stehen jedoch mit dem Geschlechterrollenverständnis im Zusammenhang. Ostdeutsche Frauen haben durch ihren ‚doppelten Lebensentwurf‘ einen anderen Interessenhorizont, eine andere Problemsicht, der weder durch das Bild der Karrierefrau, noch der Feministin, noch der Hausfrau und Mutter gerecht zu werden ist. Sie haben Elemente all dieser Grundmuster integriert.“ (ROHNSTOCK 1998, S. 72f.) Eine eigene Analyse zum impliziten Frauenbild der auflagenstärksten sogenannten Frauenzeitschriften (SCHLEGEL 1999f.) bestätigt dies. Deren inhaltliche Beiträge (aber auch die Inhalte der Werbeanzeigen) machen einen großen Bogen um Frau und Politik, Erwerbsarbeit, Computer, Auto usw., haben ganz mehrheitlich die „gute Hausfrau und Gattin – ohne Falten und gesund“ zum Gegenstand. Insofern haben ostdeutsche Frauen für ihre Interessenlagen keine öffentliche Vergewisserung und damit auch keine Orientierungs- und Unterstützungsinstitutionen.

Darüber hinaus ist als Hintergrund auch zu berücksichtigen, daß – auf der Folie der höheren Verantwortungszuschreibung an den Staat durch die Ostdeutschen insgesamt – auch die ostdeutschen Frauen die Lösung von Problemen der Geschlechterverhältnisse, der strukturellen Benachteiligung der Mädchen und Frauen vorrangig als Aufgabe des Staates betrachten und daß diese Grundhaltung eigener politischer Aktivität in diesem Bereich bremst. (s. Tabelle 1)

Tabelle 1: Gleichberechtigung als Aufgabe des Staates versus jedes einzelnen

„Die Gleichberechtigung zu verwirklichen, ist das hauptsächlich Aufgabe des Staates oder hauptsächlich jedes einzelnen?“; in Prozent

Quelle: nach Gleichberechtigung 1996, S. 73

	Ost			West		
	gesamt	wbl.	ml.	gesamt	wbl.	ml.
Anz.	1 006	500	506	1 511	749	762
des Staates	45	41	48	26	28	25
jedes einzelnen	50	53	47	70	68	72
weiß nicht	6	6	5	4	4	4

Tabelle 2: Bemühungen um die Gleichberechtigung von Mann und Frau

„Glauben sie, daß für die Gleichberechtigung von Mann und Frau bisher zuviel, zuwenig oder genug getan wurde?“; in Prozent

Quelle: nach Gleichberechtigung 1996, S. 71

	Ost			West		
	gesamt	wbl.	ml.	gesamt	wbl.	ml.
Anz.	1 006	500	506	1 511	749	762
zuwenig getan	75	77	74	62	67	56
genug getan	21	19	22	33	28	38
zuviel getan	3	1	1	3	3	3

Auch Aktivitäten auf dem Gebiet der Gleichberechtigung in der BRD beurteilen Ost- und Westdeutsche – bei mehrheitlich kritischer Positionen in Gesamtdeutschland – deutlich unterschiedlich. Dabei ist interessant, aber nicht überraschend, daß über die deutlich kritischeren Haltungen der Ostdeutschen hinaus – und zwar der weiblichen wie männlichen – die Geschlechtsunterschiede in dieser Frage bei den Westdeutschen doch deutlich sind in dem Sinne, daß dort die Männer mit ihrer Kritik zurückhaltender sind. (s. Tabelle 2)

Ähnlich zeigt sich dieses Phänomen auch bei der Beurteilung der Förderung der Berufstätigkeit und der Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen. (s. Tabelle 3)

Tabelle 3: Haltung zur Förderung der Berufstätigkeit und des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen

„Meinen Sie, daß zur Förderung der Berufstätigkeit von Frauen zuviel, zuwenig oder genug getan wird?“; „Meinen Sie, daß zur Erleichterung des Wiedereinstiegs in den Beruf für Frauen zuviel, zuwenig oder genug getan wird?“; in Prozent

Quelle: nach Gleichberechtigung 1996, S. 37

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	gesamt	wbl.	ml.	gesamt	wbl.	ml.
Anz.	1 006	500	506	1 511	749	762
Für Berufsförderung wird						
zuwenig getan	82	87	78	62	71	54
genug getan	14	11	18	33	25	41
zuviel getan	0	0	0	0	0	0
weiß nicht	3	2	4	5	5	5
Für beruflichen Wiedereinstieg wird						
zuwenig getan	90	93	87	74	79	69
genug getan	7	4	9	19	16	23
zuviel getan	0	0	0	1	1	1
weiß nicht	4	3	5	6	4	7

Andererseits und gleichzeitig entwickeln ostdeutsche Frauen gegenwärtig offenbar *neue individuelle Verhaltensmuster im Sinne von defensiven und aktiven Anpassungsstrategien* – insbesondere bezüglich der Realisierung von Erwerbstätigkeit (erwerbstätig zu bleiben oder wieder zu werden): In ihrer Erwerbsarbeit bemühen sie sich (zum Teil krampfhaft), ihren Arbeitsplatz zu behalten unter Inkaufnahme von (teilweise arbeitsrechtswidrigen) Bedingungen wie „freiwillige“ Änderungsverträge hin zu Teilzeitarbeit; um wieder berufstätig sein zu können, gehen sie Arbeitsverträge ohne Arbeitszeitvereinbarungen, unter Qualifikation und deutlich unterbezahlt, ein. Darüber hinaus bemühen sie sich überproportional um Weiterbildung und Umschulung und nehmen dabei auch Dequalifizierung in Kauf. (vgl. SCHLEGEL 1999d, S. 20ff.)

Besonders gravierend ist gegenwärtig das Abdrängen der erwerbstätigen ostdeutschen Frauen in die (mehrheitlich unfreiwillige) Teilzeitarbeit – nicht nur bei Neueinstellungen, sondern auch über „Änderungsverträge“ sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der Privatwirtschaft, wenn auch aus im Kern unterschiedlichen Gründen: im öffentlichen Dienst zum sozialverträglichen Stellenabbau, in der Privatwirtschaft (vor allem in großen Betrieben wie Handelsketten) als Mittel der Rationalisierung, zur höheren Wirtschaftlichkeit und Sicherung von Wettbewerbsvorteilen. (vgl. SCHLEGEL 1999d, S. 42ff., 66f. u. 71f.)

In der Präferenzierung von Vollzeit- versus Teilzeitarbeit unterscheiden sich nicht nur drastisch Frauen und Männer, sondern nach wie vor auch ost- und westdeutsche Frauen (s. Tabelle 4),

indem ostdeutsche Frauen mehrheitlich ganztags arbeiten möchten (gegenüber einem Drittel der westdeutschen), dies nicht nur aus traditionellen Gründen, sondern auch aus aktuellen Interessenlagen, z. B. höherer Anteil von alleinerziehenden Müttern, geringere Familieneinkommen, Erwerbslosigkeit der Ehemänner.

Tabelle 4: Gewünschte Voll-/Teilzeiterwerbsarbeit in Ost- und Westdeutschland

„Wenn Sie die Wahl hätten, würden Sie dann lieber ganztags arbeiten, oder würden sie lieber Teilzeit arbeiten, auch wenn Sie dann entsprechend weniger verdienen?“; in Prozent

Quelle: nach Gleichberechtigung 1996, S. 42

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	wbl.	ml.	ges.	wbl.	ml.	ges.
lieber ganztags	59	83	71	34	72	53
lieber Teilzeit	40	16	28	64	27	45

2.1. Exkurs: Geschlechterverhältnisse – Frauenpolitik – Einstellung zum (alten und neuen) Staat

Aufmerksam gemacht werden soll vorab noch auf einen offensichtlichen Zusammenhang zwischen den tatsächlich existierenden Geschlechterverhältnissen, der Frauenpolitik und der Einstellung zum Staat, der u. E. bisher hinsichtlich politischer Einstellungen deutlich „unterbeleuchtet“ ist – dies anhand von ausgewählten sozialwissenschaftlichen Befunden aus der DDR, aus der „Wende-“ und aus der „Nach-Wende-Zeit“. Deshalb soll in diesem Exkurs darauf eingegangen werden, daß (insbesondere – aber nicht nur – weibliche) politische Einstellungen und Partizipation nicht unwesentlich von der Identifikation mit dem Staat mitdeterminiert werden und daß letztere weniger eine politische Haltung im engeren Sinne darstellt, sondern offensichtlich eine pragmatische bzw. utilitaristische in dem Sinne, als sie um so höher ist, je mehr die staatlich-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Realisierung eigener Lebensentwürfe und Intentionen geeignet sind und nützen.

Entgegen (vor allem westdeutschen) wissenschaftlichen Standpunkten Anfang der 90er Jahre, daß die DDR als Diktatur über die gesamte Zeit ihrer Existenz gegen die Mehrheit ihrer Bevölkerung regiert habe und niemals ein identifizierungsfähiger Staat gewesen sei, bestätigen dies sozialwissenschaftliche Erkenntnisse nicht.

Am Beispiel der Tabelle 5 wird zum einen deutlich, daß sich junge Menschen in der DDR mehrheitlich sehr wohl mit ihrem Staat identifiziert haben (die erdrutschartige Entfernung von ihm in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ist bekannt, kann aber hier unter unserer Fragestellung ausgeklammert bleiben), zum anderen, daß diese Identifikation bei jungen Frauen immer deutlich höher ausgeprägt war, und darüber hinaus, daß es einen Höhepunkt der Identifikation gibt.

Aus eigenen⁸ und anderen⁹ Sekundäranalysen von Untersuchungen des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig (ZIJ) von 1970 bis 1990 (insbesondere zu DDR-Identität und Sicht auf die Perspektive der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Welt sowie den zugrundeliegenden *Motiven*) und auch aus Forschungsbefunden zur ostdeutschen Transformation¹⁰ ist zu schließen, daß die Identifikation mit der DDR nicht etwa primär durch politische Indoktrination bestimmt war, sondern – über die Identifikation mit bestimmten ihrer Ideale, Werte und Institutionen hinaus – insbesondere durch Faktoren des Lebenszusammenhanges, durch erlebte Effekte der Sozial-, Bildungs- und Familienpolitik determiniert waren. Bezogen auf Frauen: insbesondere dadurch determiniert, daß sie staatliche Rahmenbedingungen vorfanden, die geeignet waren, ihren gewollten sogenannten doppelten Lebensentwurf zu leben.

Tabelle 5: DDR-Verbundenheit 1970 bis 1983

„Ich bin stolz, ein Bürger unseres sozialistischen Staates zu sein.“; in Prozent

Quelle: nach Roski 1985, S. 5 u. 9f.

Das trifft zu:	vollkommen		mit gewissen Einschränkungen		kaum/ überhaupt nicht	
	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.
gesamt						
1970	48	36	46	53	6	11
1975	66	53	32	42	2	5
1979	45	37	48	53	7	10
1983	56	45	41	46	3	9
junge ArbeiterInnen						
1970	42	31	51	54	7	15
1975	61	48	36	46	3	6
1979	47	34	47	55	6	11
1983	56	31	40	50	4	9
Lehrlinge						
1970	50	34	45	55	5	11
1975	64	53	33	41	3	6
1979	51	39	45	52	4	9
1983	51	40	46	47	3	13

⁸ S. SCHLEGEL 1993, S. 26ff.

⁹ Vgl. FRIEDRICH 1990, 1995 u. 1997.

¹⁰ Insbesondere der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW).

Wir fanden beispielsweise hohe Zusammenhänge zwischen dem in der DDR im Juli 1972 in Kraft getretenen Boom sozialpolitischer Maßnahmen vor allem für junge Erwachsene¹¹ und dem – mit der bekannten zeitlichen Verzögerung – folgenden deutlichen Ansteigen ihrer Verbundenheit/Identifikation mit der DDR.¹²

Auch FRITZE (1995) kommt zu folgenden Ergebnissen: „Die Identifikation der Bevölkerung mit einem sozialen System hängt davon ab, *welche* Bedürfnisse und *in welchem Grade* diese Bedürfnisse in der betreffenden Lebenswirklichkeit befriedigt werden können. *Bestimmte* Bedürfnisse werden in autoritären oder totalitären Systemen unter Umständen sogar besser befriedigt, als dies in pluralistischen Demokratien der Fall ist. Beispielsweise können solche Systeme – trotz ihres freiheitsbeschneidenden Charakters und trotz des Umstandes, daß sie immer auch durch Angst, zumindest aber durch Vorsicht stabilisiert sind – ein Gefühl emotionaler Geborgenheit vermitteln ... Ein weiteres Bedürfnis, dem autoritäre oder totalitäre Systeme Rechnung tragen können, ist das Bedürfnis nach *sozialer Sicherheit*.“ (ebd., S. 5)

Tabelle 6: Haltung zur Vereinigung von DDR und BRD

„Wie stehen Sie zu einer Vereinigung von DDR und BRD?“ 1 sehr dafür ... 4 sehr dagegen; in Prozent

Quelle: Schlegel 1991, S. 175

	1		2		3		4	
	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.
Nov. 1989	15	16	33	28	25	31	27	25
Febr. 1990	37	44	39	38	16	14	8	4
März 1990	38	49	42	39	16	10	4	2
April 1990	41	58	39	34	16	7	4	1
Juni 1990	42	56	39	31	17	10	2	3
Aug. 1990	49	65	39	28	11	6	1	1

Bereits während der „Wende“ (quasi prospektiv) und auch nach der deutschen Vereinigung (retrospektiv) sind in sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnissen interessante Geschlechtsunterschiede zu finden. Dazu einige Beispiele:

Unsere Untersuchungen am ZIJ ergaben interessante Entwicklungen zwischen November 1989 und August 1990 bezüglich der Einstellung zur (absehbaren) Vereinigung von DDR und BRD sowie deren Tempo. (s. Tabellen 6 u. 7) Im November 1989 war fast die Hälfte der DDR-Bevölkerung für die Vereinigung (sehr dafür/eher dafür als dagegen), bis August 1990

¹¹ Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft, Erhöhung der staatlichen Geburtenbeihilfe auf 1 000 Mark, Verlängerung des bezahlten Wochenurlaubs von 14 auf 18 Wochen, zinsloser Ehekredit für Jugendliche bis 26 Jahre, Einführung der 40-Stunden-Woche für Mütter mit drei und mehr Kindern, teilweise Erhöhung des jährlichen Mindesturlaubs.

¹² Leider konnten wir (Tabelle 5) keine Daten für 1973/74 aufnehmen, da die entsprechenden Fragestellungen in den ZIJ-Untersuchungen in diesem Zeitraum nicht völlig identisch waren mit dem hier eingesetzten Indikator.

wurden es neun Zehntel. In diesem Zeitraum – bei anfangs keinen Unterschieden zwischen den Geschlechtern – wuchs (innerhalb dieser Tendenz) die Geschlechtsdifferenz stetig an, indem Frauen zurückhaltender urteilten als Männer. Das gilt sinngemäß auch für die Einschätzung des Tempos der deutschen Vereinigung. Ganz offensichtlich signalisiert dies, daß die Frauen (zu Recht) bei der bevorstehenden Vereinigung mehr zu verlieren glaubten.

Tabelle 7: Haltung zum Tempo der Vereinigung

1 zu langsam, 2 zu schnell, 3 gerade richtig, 4 keine Meinung; 15 bis 24 Jahre; in Prozent

Quelle: Schlegel 1991, S. 175

	zu langsam	zu schnell
Juni 1990 gesamt	11	53
darunter 15 - 24 Jahre	10	50
wbl.	5	57
ml.	14	47
August 1990 gesamt		
wbl.	27	46
ml.	27	39
darunter lernende Jugend		
wbl.	15	38
ml.	54	38

Anderthalb Jahre nach der deutschen Vereinigung relativieren sich – nach hoher Zustimmung vor und euphorischer Stimmung während der Vereinigung – die Urteile über die Einheit deutlich: Bei der Hälfte der Jugendlichen hat die Freude über die Einheit Deutschlands angehalten, allerdings drastisch differenziert nach dem eigenen politischen Standort, aber auch wieder deutlich differenziert nach dem Geschlecht, darüber hinaus nach eigener Arbeitslosigkeit (und – hier nicht ausgewiesen – nach eigener wirtschaftlicher Lage). (s. Tabelle 8)

Die retrospektive Einschätzung des politischen Systems der DDR enthält – nach dem „Ostdeutschland-Report“ von INFAS 1992 (N = 2000) – zwar starke Entrüstung und Verurteilung über seine Mißstände (Ministerium für Staatssicherheit, Mißbrauch der Macht, fehlende Reise- und Pressefreiheit, wirtschaftliches Versagen sowie Unterdrückung politischer Gegner), die zum Teil in diesem Ausmaß vorher nicht allgemein bekannt waren, aber nicht etwa gleichzeitig eine prinzipielle Abwendung von ihm. Die Gründe für letzteres sind nicht nur darauf zu reduzieren, daß Systemvergleiche in der DDR informationspolitisch unterdrückt bzw. entstellt dargestellt worden sind oder daß es (nach JAIDE/HILLE 1990, S. 45ff.) den Ostdeutschen an rationaler Durchdringung und kognitiver Kompetenz fehlte. Vielmehr werden – im Rahmen der oben benannten Bilanzentscheidung – die punktuellen Vorteile des früheren Systems auch drei Jahre nach der „Wende“ noch gesehen (was natürlich angesichts des wirtschaftlichen Dilemmas der DDR – auch nicht allgemein bekannt: nach frisierter Selbstdarstellung und international akzeptiert gehörte die DDR zu den wirtschaftlich stärksten zehn

Staaten der Welt – eine gewisse „Milchmädchenrechnung“ darstellt). Und nicht zufällig empfanden (nach den Rangplätzen: soziale Sicherung, Recht auf Arbeit, wenig Kriminalität, Abfallverwertung) 57 Prozent die Gleichberechtigung der Frau als früher besser gewährleistet.

*Tabelle 8: Emotionale retrospektive Einstellung zur deutschen Vereinigung (April 1992)
„Ich freue mich, daß die Einheit Deutschlands hergestellt ist.“ 1 sehr stark, 2 stark, 3 teils/teils, 4 kaum, 5 überhaupt nicht; in Prozent
Quelle: nach „Ostdeutsche Jugend '92“*

		1	2	1+2	3	4	5
14 - 25 Jahre	gesamt	25	28	53	42	3	2
	wbl.	17	26	43	50	5	2
	ml.	34	30	64	33	2	1
Erwerbstätige		27	30	57	39	4	0
Arbeitslose		12	15	28	67	3	2
Schüler und Lehrlinge							
nach Rechts-Links-Position:							
links		1	6	7	40	31	22
eher links		12	22	34	53	11	2
weder links noch rechts		23	30	53	44	2	1
eher rechts		48	27	75	23	2	0
rechts		60	24	84	16	0	0

Auch in der Spiegel-Untersuchung 1991 (Das Profil der Deutschen ...1991), die u. a. die Ost- und Westdeutschen nach der Überlegenheit je ihres Staates auf elf vorgegebenen Gebieten fragte, hielten – die Westdeutschen sahen ihren Staat auf allen Gebieten mehr oder weniger als überlegen an – 67 Prozent der Ostdeutschen die Gleichberechtigung der Frau für *das* Überlegenheitsmerkmal der DDR, danach erst 65 Prozent soziale Sicherheit und 62 Prozent Schutz vor Verbrechen.

Eine viermalige repräsentative ostdeutsche Erhebung (Mai 1991 bis Mai 1993) durch ISDA belegt ähnliche und zunehmende Geschlechterdifferenzen wie die oben angeführten. (s. Tabelle 9)

Tabelle 9: Zufriedenheit mit gesellschaftlichen Veränderungen 1990 bis 1993

*„Ich bin im großen und ganzen für die gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland.“ 1 ja, 2 mehr ja als nein, 3 mehr nein als ja, 4 nein; Summe Antwortpositionen 1 + 2; in Prozent
Quelle: ISDA*

	Frauen	Männer
Mai 1990	78	81
Oktober 1990	73	79
Oktober 1991	64	71
Mai 1993	39	51

Die Ergebnisse FÖRSTERs (1998) Studie unter sächsischen Jugendlichen zeigen auch längsschnittlich (d. h. in der individuellen Entwicklung) drastische Geschlechtsunterschiede in der Freude über die deutsche Einheit und in der Zufriedenheit mit dem politischen System. (s. Abbildungen 1 u. 2)

Abbildung 1: Anteile der Häufigkeit sehr starker und starker Freude im Trend 1992 bis 1998 nach Geschlechtergruppen; in Prozent

Quelle: Förster 1999b, S. 24

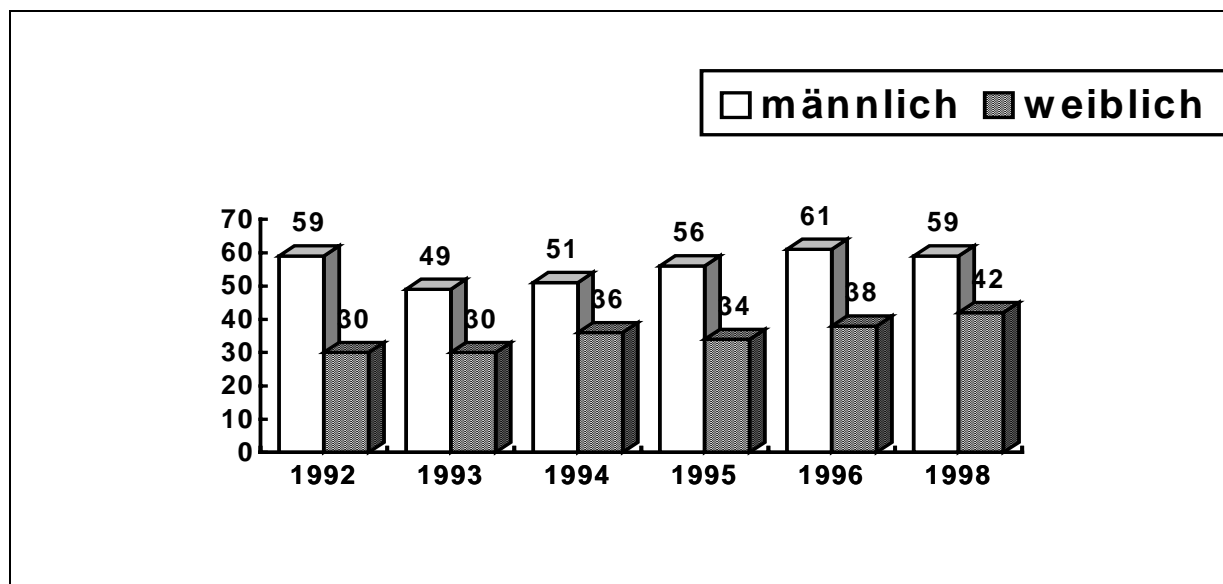
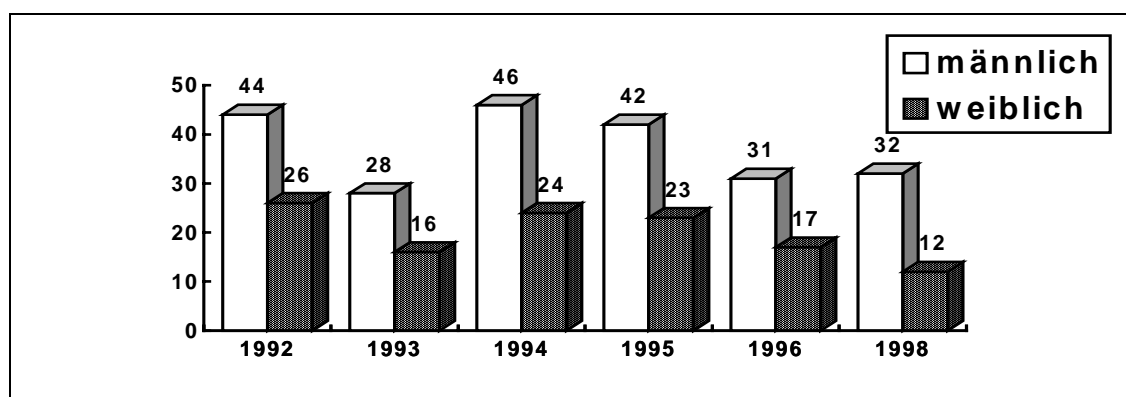


Abbildung 2: Anteile der Panelmitglieder, die mit dem politischen System sehr zufrieden oder zufrieden sind nach Geschlechtergruppen; in Prozent

Quelle: Förster 1999b, S. 25



2.2. Exkurs: Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse in Ostdeutschland

Ungeachtet noch vorhandener Defizite in der Gleichstellung der Geschlechter in der DDR gilt insgesamt jedoch, daß die Ostdeutschen mit deutlich *flacher hierarchisierten Geschlechterverhältnissen* in die deutsche Vereinigung gegangen sind als die Westdeutschen und die ostdeutschen Mädchen und Frauen mit einem *Gleichstellungsvorsprung* gegenüber den westdeutschen. Dies kann vor allem festgemacht werden

- an Ausmaß und Qualität weiblicher Erwerbsarbeit – angesichts der zentralen Bedeutung der Erwerbsarbeit für Statuszuweisung und für Teilhabe an der Primärverteilung (Arbeitseinkommen) – sowie vergleichsweise guten Rahmenbedingungen für die (synchrone) Vereinbarung von Erwerbs- und Familienarbeit,
- an einer vergleichsweise fortgeschrittenen Reduzierung der Zuweisungspolarität von männlicher, sogenannter produktiver, existenzsichernder Arbeit und weiblicher, sogenannter reproduktiver, existenzgefährdender Arbeit (einschließlich der historischen Ausmusterung des Hausfrauenmodells und der abnehmenden Bedeutung der Geburt von Kindern für die weibliche Erwerbsbiografie),
- an vergleichsweise fortgeschrittener Pluralisierung der (familialen) Lebensformen (wie Ausmaß der Scheidungen, alleinerziehende Mütter) – einschließlich deren damit einhergehender gesellschaftlicher Akzeptanz und
- an der weniger ausgeprägten Selbst- und Fremdreflexion/Wahrnehmung der Ostdeutschen als Mädchen oder Junge bzw. Frau oder Mann (nachweisbar bis ins Sexualverhalten) sowie des Fehlens evidenter Frauendiskriminierung in der Öffentlichkeit (wie Vermarktung des weiblichen Körpers).¹³

Unter diesen Aspekten erfahren die Geschlechterverhältnisse in Ostdeutschland und der Gleichstellungsvorsprung der Frauen ein Roll-back. Das betrifft in erster Linie die überpro-

¹³ Vgl. STUMPE 1996.

portionale Ausgrenzung der Frauen aus dem Erwerbssystem (auch dem Ausbildungs- und zweiten Arbeitsmarkt), aber auch eine zunehmende und damit einhergehende Zuweisung und Ausübung traditioneller geschlechtstypischer Funktionen. Eindrucksvoll belegt dies KEISER (1997) beispielsweise für die Retraditionalisierung der familialen Hausarbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Bekanntlich beeinträchtigt die Geburt von Kindern wieder fast ausschließlich die beruflichen Perspektiven und den Marktwert der Frau – völlig abgesehen von den von ihr in Kauf zu nehmenden qualitativen und quantitativen Abstrichen und Risiken bezüglich Erwerbsarbeit bei den sogenannten Berufsrückkehrerinnen. (vgl. NOTZ 1991)

Dies spiegelt sich auch in den Massenmedien (einschließlich Werbung), wenn auch die Mehrheit der Deutschen das vom Fernsehen vermittelte Frauenbild für unrealistisch hält¹⁴ und – angesichts des mehrheitlich erzkonservativen in den meisten sogenannten Frauenzeitschriften – letztere in Ostdeutschland nur eine relativ geringe Verbreitung finden.¹⁵

Zu befürchten ist eine Fortsetzung solcher Entwicklungen, wenn politische Zukunftsmodelle häufig „geschlechtsblind“ sind und damit automatisch und unausgesprochen die Geschlechterassymmetrien verlängern. Daß dies Jugendliche schon so reflektieren, signalisiert der Befund der FOCUS-Studie: Unter den Themen, die künftig wichtiger werden, rutschte die Gleichberechtigung der Frau von (1996) Rangplatz 5 auf (1999) Rangplatz 12.

Verweigerungsgründe für politisches Engagement von Frauen

BÜTOW u. a. haben sächsische Frauen hinsichtlich ihrer Gründe für ein Nichtengagement in Politik/Öffentlichkeit untersucht (Frauen in Sachsen 1992)¹⁶ und fanden dafür vor allem:

1. derzeitige Frustration: Politik und Institutionen kein glaubwürdiges bzw. wirksames Mittel zur Interessendurchsetzung,
2. keine Zeit,
3. Abwertung öffentlichen Engagements in der DDR und
4. kein Interesse.

Mit Abstand folgen:

- Alter/Gesundheit,
- fehlendes Selbstbewußtsein,
- Ablehnung von Gebundenheit und Hierarchie,
- keine Kraft mehr und andere. (ebd., S. 40)

¹⁴ Vgl. z. B. die Ergebnisse einer Untersuchung des Gewis-Instituts im Auftrag der Zeitschrift „TV Hören und Sehen“ 1998.

¹⁵ Vgl. SCHLEGEL 1999f.

¹⁶ Zwar liegt diese Erhebung in Sachsen (Frauen im erwerbsfähigen Alter zwischen 17 und 60 Jahren) relativ weit zurück, jedoch sollen die Ergebnisse hier erwähnt werden, da eine (sogar verstärkte) Gültigkeit der Befunde für heute angenommen werden kann: beispielsweise für 1. angesichts der politischen Entwicklung und aktuellen Finanzaffären oder für 3. angesichts des anhaltenden Nachwirkens der sozialen Erfahrungen der DDR-Verhältnisse bezüglich politischen Engagement/Mitgliedschaft in Parteien/Organisationen, aber auch für 2. angesichts des geschlechtsdifferenten Politikverständnisses.

3. Politische Einstellungen und Lebenszusammenhänge ostdeutscher jüngerer Frauen

Die sächsische Längsschnittstudie seit 1987 von FÖRSTER wird im folgenden deshalb vorwiegend herangezogen, als sie besonders gut geeignet scheint, die Entwicklung politischer Einstellungen junger ostdeutscher Frauen im Kontext ihrer Lebenszusammenhänge – und zwar längsschnittlich aus der DDR über die „Wende“ bis heute – abzubilden. Darüber hinaus ist diese empirische Untersuchung weitgehend repräsentativ für Jugendliche in Sachsen und typisch für junge Ostdeutsche dieses Alters.

3.1. Zu Lebenszusammenhängen und -orientierungen ostdeutscher jüngerer Frauen

3.1.1. Zu deren Lebenszusammenhängen

Offensichtlich sind die Lebenszusammenhänge jüngerer ostdeutscher Frauen mehrheitlich durch ein hohes Konfliktpotential charakterisiert, das sich aus der neuen und zunehmenden Diskrepanz zwischen ihren Lebensentwürfen (orientiert an den er- und gelebten sogenannten weiblichen „doppelten“ Lebensentwürfen aus der DDR) und deren schwieriger werdenden Realisierbarkeit ergibt.

FOBE u. a. (1992 u. 1995) und FOBE (1997) unterscheiden bei der Diagnostizierung der Lebensentwürfe von ostdeutschen Jugendlichen nach der „Wende“ insofern in Wunschkonzepte und Realkonzepte (antizipierte Möglichkeiten) und beobachten aufgrund ihrer empirischen Untersuchungen eine größere „Schere“ zwischen beiden; bei jungen Frauen gegenüber jungen Männern, also eine deutlichere Erosion bei den Realisierungsmöglichkeiten intendierter weiblicher Lebensentwürfe, woraus ein höheres Problem- und Konfliktpotential bei jungen Frauen zu schließen ist.

Dies schlägt sich beispielsweise auch in den Ergebnissen FÖRSTERS Studie nieder unter mindestens dreierlei Perspektive:

- indem junge Frauen signifikant häufiger ihre beruflichen Pläne aus der (DDR-) Schulzeit völlig ändern mußten¹⁷ (vgl. Tabelle 10),
- indem sie trotz unveränderten Kinderwunschs (vgl. Tabelle 11) dessen Realisierung in der Biografie deutlich nach später zu verschieben gezwungen sind (vgl. Tabelle 12),
- indem sie sich später partnerschaftlich binden und auch heiraten (vgl. Tabelle 13) und
- indem sie zunehmend länger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als gleichaltrige Männer (vgl. Tabelle 14).

¹⁷ Dabei ist zu berücksichtigen, daß am Ende der 10. Klasse der POS (Frühjahr 1989) faktisch alle (99 %) klare Vorstellungen über ihre berufliche Entwicklung nach dem Schulabschluß besaßen.

*Tabelle 10: Veränderungen der beruflichen Pläne aus der Schulzeit (Sachsen)
„Mußten Sie die beruflichen Pläne, die Sie in der Schulzeit hatten, verändern?“ 1998;
in Prozent*

Quelle: nach Förster 1999, S. 19

	ja, völlig	ja, etwas schon	nein
gesamt	38	35	27
wbl.	41	32	27
ml.	34	39	27

*Tabelle 11: Kinderwunsch 25-jähriger 1998 in Sachsen
„Wieviel Kinder möchten sie einmal haben?“; in Prozent
Quelle: Förster 1999, S. 22*

	kein Kind	1 Kind	2 Kinder	3 und mehr
gesamt	7	30	54	9
wbl.	7	33	50	10
ml.	7	27	60	6

Bei kaum Geschlechtsunterschieden liegt der Kinderwunsch durchschnittlich bei 1,7 Kindern. Nach einem Kinderwunsch von im Schnitt zwei Kindern in der DDR schwankte er in dieser Untersuchung seitdem nur sehr gering (zwischen 1,6 und 1,8); bei den jungen Männern eine leichte Zunahme, bei den jungen Frauen ein leichter Rückgang. Dies kann insofern nicht verwundern, als nunmehr die *Geburt von Kindern* deutlich die (Berufs-)Biografie der Frauen, kaum die der Männer, „bricht“.

Zum Zeitpunkt 1998 mit einem Durchschnittsalter von 25,1 Jahren hat demgegenüber erst jede/r Fünfte. (21 Prozent) ein bzw. zwei Kind/er, darunter 29 Prozent der jungen Frauen, 12 Prozent der jungen Männer.

Das Durchschnittsalter der jungen Frauen bei der Geburt des ersten Kindes in der DDR 1989 lag bei 22,9 Jahren, und etwa 70 Prozent aller Kinder wurden *bis* zum 25. Lebensjahr der Mütter geboren. (WINKLER 1990, S. 27, MEYER/SCHULZE 1992, S. 16). Demgegenüber hatten in FÖRSTERS Studie nicht einmal zehn Prozent der jungen Frauen, als sie durchschnittlich 22,5 Jahre alt waren (1995), ein Kind! (s. Tabelle 12)

Tabelle 12: Anteil weiblicher Jugendlicher mit Kind(ern) 1992 bis 1998; in Prozent

Quelle: Förster 1999, Nachberechnungen

Erhebungs- Jahr	Durchschnitts- alter	mit Kind/ Kindern
1992	19,5	0,5
1993	20,5	3,0
1995	22,5	9,4
1996	23,5	17,5
1998	25,1	29,2

Interessant ist auch die Entwicklung zu *späterer Partnerbindung und Heirat* sowie der Trend zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft. Zwar heiraten die Deutschen (Ersteheschließung) generell immer später:

Westdeutschland:	wbl.	1977: 22,9 Jahre	1997: 27,9 Jahre
	ml.	25,7	30,4
Ostdeutschland:	wbl.	21,9	27
	ml.	23,8	29,3

Jedoch geht diese Verschiebung im Osten von einem früheren Heiratsalter aus, ist rascher und hat das der Westdeutschen noch nicht erreicht. Die raschere Verschiebung liegt u. a. vor allem in der neueren Verlängerung des Jugendalters (im Sinne ökonomischer Selbständigkeit) jetzt auch im Osten begründet¹⁸, aber auch darin, daß nunmehr Ehe deutlich höhere ökonomische Implikationen als in der DDR hat (wie steuerrechtliche, wohlfahrtsstaatliche Einheit, bei Trennung Ehegattenunterhaltsansprüche und Rentenkontenausgleich).¹⁹

Die Verschiebung wird längsschnittlich anschaulich bei FÖRSTER und zeigt, daß 1998 immerhin jede 5. Frau mit 25 Jahren noch ledig und ohne feste Partnerbindung ist. (s. Tabelle 13) Zudem: Die unverheirateten jungen Leute haben mehrheitlich grundsätzlich die Absicht zu heiraten.

¹⁸ Obwohl ostdeutsche Jugendliche nach empirischen Untersuchungen offenbar nach wie vor zielgerichteter und schneller ihre berufliche Erstausbildung abschließen, beispielsweise auch das Studium in der Regelstudienzeit.

¹⁹ Wobei letzteres merkwürdigerweise in der soziologischen und anderen wissenschaftlichen Literatur kaum eine Rolle spielt.

Tabelle 13: Partnerbeziehungen im Trend 1992 – 1998; in Prozent

Quelle: nach Förster 1999, S. 21

	Durch- Schnitts- alter	ledig, ohne feste Partner- bindung	ledig, mit fester Partner- beziehung	in Lebens- gemein- schaft	verh.
ges.					
1992	19,5	47	46	5	2
1993	20,5	37	53	6	4
1994	21,5	37	43	12	8
1995	22,5	32	43	15	10
1996	23,5	31	41	16	12
1998	25,1	27	35	18	20
wbl.					
1992		36	53	7	4
1993		22	63	8	7
1994		21	49	16	14
1995		18	44	22	16
1996		22	41	19	18
1998		19	33	21	26
ml.					
1992		61	36	3	0
1993		55	41	4	0
1994		55	37	6	2
1995		48	42	6	4
1996		44	40	11	5
1998		38	37	14	11

Bekanntlich beschränkt sich *Arbeitslosigkeit* keineswegs auf Ältere; auch Jugendliche sind zunehmend betroffen. So berichten SILBEREISEN u. a. auf Grund ihrer gesamtdeutschen Jugendstudien über einen gravierenden Anstieg von Arbeitslosigkeitserfahrungen bei den 25- bis 29-jährigen ostdeutschen Jugendlichen zwischen 1991 und 1996. Während der Anteil der Jugendlichen, die mindestens einmal von Arbeitslosigkeit betroffen waren, in den alten Bundesländern kaum (von 25 auf 26 Prozent) stieg, hat sich in diesem Zeitraum in den neuen Bundesländern von 23 auf 51 Prozent erhöht, d. h. mehr als verdoppelt. (SILBEREISEN u. a. 1996, S. 174)

Nach den Ergebnissen von FÖRSTER (1999, S. 24ff.) hat von 1996 bis 1998 der Anteil von sächsischen Jugendlichen, die ein- oder mehrmals arbeitslos waren, leicht zugenommen (von

49 auf 55 Prozent). Zwar waren männliche Jugendliche etwas höher betroffen als weibliche (1996: wbl. 48 Prozent, ml. 51 Prozent; 1998: wbl. 52 Prozent, ml. 58 Prozent), was aber wesentlich auf den hohen Anteil junger Frauen im Erziehungsurlaub zurückzuführen ist. Beträchtliche Unterschiede zuungunsten der jungen Frauen bestehen demgegenüber in der Dauer der Arbeitslosigkeit. (vgl. Tabelle 14)

Tabelle 14: Dauer bisheriger Arbeitslosigkeit in Monaten 1996 und 1998

„Waren Sie arbeitslos? (einschließlich eventuell jetziger Arbeitslosigkeit)“; „Wenn ja: Bitte Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten direkt eintragen.“

Quelle: Förster 1999, S. 25

Monate	1 - 3	4 - 6	7 - 12	13 - 23	24 - 48	X
1996						
ges.	36	24	23	11	6	7,6
wbl.	27	27	24	15	7	9,1
ml.	46	19	23	8	4	6,0
1998						
ges.	31	24	21	15	9	9,3
wbl.	23	21	24	19	13	11,4
ml.	39	28	18	10	5	6,9

Von den jungen Leuten, die schon arbeitslos waren, geben 1998 die mehr als die Hälfte (55 Prozent) eine Dauer zwischen einem und sechs Monaten an (wbl. 44 Prozent, ml. 67 Prozent) – durchschnittlich 9,3 Monate (1996 7,6 Monate). Bei den jungen Frauen ist und wird der Anteil derer, die länger als ein halbes Jahr arbeitslos waren, deutlich größer als bei den Männern: 1996 46 Prozent gegenüber 35 Prozent, 1998 bereits 56 Prozent gegenüber 33 Prozent. Entsprechend groß ist der Unterschied in den Mittelwerten: 1996 9,1 gegenüber 6,0 Monaten, 1998 11,4 gegenüber 6,9 Monaten.

Langzeitarbeitslos (d. h. länger als ein Jahr) waren 1998 24 Prozent, darunter 15 Prozent der männlichen gegenüber 32 Prozent der weiblichen Jugendlichen.

Über eigene Arbeitslosigkeit hinaus waren aber mehr Jugendliche mit der Arbeitslosigkeit konfrontiert: 1998 gaben 37 Prozent bzw. 10 Prozent der Jugendlichen an, daß gegenwärtig ihre Eltern (beide oder ein Elternteil) bzw. ihr/e Lebenspartner/in arbeitslos sind/ist, so daß insgesamt 70 Prozent der Jugendlichen direkt oder indirekt Erfahrungen mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit gemacht haben.

Tabelle 15: Erwerbstätigkeit der Frau und familiäre Kinderbetreuung 1992 und 1998
 „Die Frau solle den Beruf aufgeben, wenn in der Familie Kinder zu betreuen sind.“ Das entspricht meiner Meinung. 1 vollkommen, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht; in Prozent
 Quelle: nach Förster 1999, S. 173

	1	2	1+2	3	4	5
1992						
ges.	5	8	13	16	21	50
wbl.	1	7	8	14	14	64
ml.	9	10	19	20	29	32
1998						
ges.	2	4	6	14	20	60
wbl.	1	3	4	9	15	72
ml.	4	4	8	20	27	45

An ihrer generellen Meinung zu *gleichzeitiger weiblicher Erwerbsarbeit und Mutterschaft* halten die 25-jährigen ostdeutschen jungen Frauen 1998 nach wie vor ganz mehrheitlich fest. (vgl. Tabelle 15) Dabei fällt auf, daß sie dies viel strikter tun als ihre Altersgenossen. Das kann – trotz gleicher Erfahrungen mit solch gelebter Vereinbarkeit der Müttergeneration – nicht verwundern: zum einen angesichts dessen, daß der deutliche Veränderungsdruck zur gelebten Vereinbarkeit in der DDR von den Frauen ausging (während Männer darauf und auf die entsprechenden ideologischen Verbindlichkeiten eher *reagierten*), und zum anderen angesichts der zunehmenden Konkurrenz zwischen Frauen und Männern heute auf dem Arbeitsmarkt (auch in ehemals weiblichen Domänen). Dies ist gleichzeitig ein Anzeichen für eine gegenwärtige Re-Traditionalisierung der Geschlechterverhältnisse. (Wir kommen darauf zurück.) Der trotzdem längsschnittliche Trend in der Befürwortung der Vereinbarkeit geht insofern – entgegen dem männlichen „Rückzug“ – auf die noch zunehmende Präferenzierung durch die Mädchen und Frauen zurück.

Angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten (um nicht zu sagen: Alternativen) ostdeutscher weiblicher Jugendlicher, dieses mehrheitlich gewollte Lebensmodell von gleichzeitiger Erwerbsarbeit und Familie/Mutterschaft zu realisieren, gewinnen Berufsausbildung, Studium und Erwerbsarbeit für sie bekanntlich jetzt an Priorität²⁰ und unternehmen sie damit noch höhere Leistungsanstrengungen in diesem Bereich. Insofern verwundern die Ergebnisse der neuen SHELL-Studie nicht, die nicht nur eine höhere Leistungsbereitschaft der 15- bis 24-jährigen ostdeutschen Jugendlichen gegenüber den westdeutschen diagnostiziert, sondern diese namentlich für die ostdeutschen weiblichen Jugendlichen: „Es sind besonders die jungen Frauen in den neuen Ländern, die sich auf den Weg gemacht haben ... Ob ostdeutsche Studen-

²⁰ Im Unterschied zu Entwicklungen in den 70er Jahren in der alten BRD mit beginnender Arbeitslosigkeit, wo weibliche Jugendliche eher umgekehrt reagiert haben mit früherer Heirat und Geburt des ersten Kindes.

tin oder Bürokauffrau, sie alle eint der Drang zur Leistungsbereitschaft, zum Wollen, es selbst und ohne fremde Hilfe schaffen zu müssen.“ Und die Gründe dafür werden richtig in „einem positiven DDR-Erbe“ gesehen: „In der DDR gehörte die berufliche Tätigkeit der Frau zum Alltag. Diese Auffassung von einem aktiven Berufsleben wird von den Müttern auf die Töchter vererbt.“ (MÜNCHMEIER 2000, S. 3)

Den zunehmenden Entscheidungsdruck zwischen Beruf und Mutterschaft, die für sie keine Alternative sein kann, reflektiert I. H. (Rechtsanwalts- und Notargehilfin, Studentin des Wirtschaftsrechts, Mitte 20, Sachsen-Anhalt) 1999 so: „Ich habe als Frau ja eigentlich nur zwei Varianten: Entweder ich werde ein stillendes Muttertier – wobei ich keineswegs eine Kinderhasserin bin –, oder ich mache etwas anderes aus meinem Leben. Im Westen waren die Frauen fast alle zu Hause, wenn sie Kinder hatten ... Das wäre nichts für mich, da würde ich eingehen.“ (BILLERBECK 1999, S. 41)

Die Befunde der sächsischen Jugend-Längsschnittstudie korrespondieren mit anderen repräsentativen gesamtdeutschen Untersuchungen, die darüber hinaus in diesen Einstellungen (übrigens durchschnittlich in bemerkenswerter Übereinstimmung zwischen den Geschlechtern, wenn die untersuchte Population von 16 bis 69 Jahre alt war) deutliche kulturelle Ost-West-Unterschiede belegen (vgl. Tabelle 16) – wie auch in damit korrespondierender Akzeptanz außerfamiliärer Kinderbetreuung. (vgl. Tabellen 17 u. 18) Nach wie vor wird das weibliche sogenannte Drei-Phasen-Modell in Ostdeutschland nicht präferiert und wird außerfamiliäre Kinderbetreuung in deutlichem Maße akzeptiert.²¹

Tabelle 16: Erwerbstätigkeit der Frau nach der Geburt eines Kindes

„Viele Frauen stellten sich die Frage, wie sie Beruf und Familie vereinbaren sollen. Welche der vier folgenden Möglichkeiten ist Ihrer Meinung nach für eine Frau die beste?“:

„Die Frau bleibt mit Ausnahme des gesetzlich vorgeschriebenen Mutterschaftsurlaubs berufstätig. Die Frau nimmt nach der Geburt des Kindes Erziehungsurlaub und kehrt danach ins Arbeitsleben zurück. Die Frau unterbricht ihre Berufstätigkeit für längere Zeit und kehrt später ins Arbeitsleben zurück. Die Frau beendet nach der Geburt des Kindes die Berufstätigkeit für immer.“; in Prozent

Quelle: nach Gleichberechtigung 1996, S. 46

	Ost			West		
	ges.	wbl.	ml.	ges.	wbl.	ml.
Mutterschaftsurlaub	12	14	10	7	7	6
Erziehungsurlaub	63	63	63	37	43	46
lange Berufspause	20	20	21	45	43	46
Beruf aufgeben	3	3	3	8	6	10

²¹ Ob und inwieweit diese deutlich höhere Akzeptanz „subjektive Theorie“ ist oder/und in tatsächlichen Erfahrungswerten mit der Entwicklung von Kindern in Einrichtungen begründet liegt, kann hier nicht aufgeklärt werden, wäre aber u. E. eine hochinteressante Forschungsfrage.

Tabelle 17: Akzeptanz außerfamiliärer Betreuung des Kleinkindes

„Glauben Sie, daß es der Entwicklung eines Kindes schadet, wenn es vor dem Kindergartenalter außerhalb der Familie betreut wird, oder glauben Sie das nicht?“; in Prozent

Quelle: nach Gleichberechtigung 1996, S. 25

	Ost			West		
	ges.	wbl.	ml.	ges.	wbl.	ml.
schadet	40	40	39	62	61	63
schadet nicht	55	56	55	32	33	31
weiß nicht	5	4	6	6	7	6

Tabelle 18: Akzeptanz außerfamiliärer Betreuung des Vorschulkindes

„Wenn Kinder in einem Ganztagskindergarten betreut werden, schadet das eher der Entwicklung der Kinder, fördert das eher die Entwicklung der Kinder, oder macht das für die Entwicklung der Kinder keinen Unterschied?“; in Prozent

Quelle: nach Gleichberechtigung 1996, S. 27

	Ost			West		
	ges.	wbl.	ml.	ges.	wbl.	ml.
schadet der Entwicklung	16	16	16	48	50	47
fördert die Entwicklung	64	62	65	21	18	23
kein Unterschied	17	17	16	22	23	22
weiß nicht	4	5	3	9	9	8

3.1.2 Zu Ausprägung und Entwicklung von Lebensorientierungen und zur Zukunftszuversicht

Die Lebensorientierungen der 25-jährigen Ostdeutschen hat FÖRSTER mit einer langjährig bewährten Batterie von Lebenszielen operationalisiert. (vgl. Tabelle 19)

Bemerkenswerterweise bestehen zwischen den weiblichen und männlichen Jugendlichen lediglich bei vier Lebenszielen Unterschiede: Junge Frauen messen einem glücklichen Ehe- und Familienleben, eigenen Kindern sowie einer erfüllenden Arbeit große Bedeutung bei, junge Männer sind dagegen häufiger auf die Durchsetzung ihres eigenen Vorteils bedacht.

Sich *aktiv am politischen Leben beteiligen*, spielt für die wenigsten eine Rolle. Dies spiegelt sich auch in der gesamtdeutschen Jugendstudie von FOCUS (2000) wider: „Die Politikverdrossenheit hält an ... nur noch jeder Zweite (vertraut) auf das politische System. Mit wachsendem Desinteresse hat die Skepsis indes wenig zu tun: Zwei Drittel gaben an, gut über die aktuellen Entwicklungen informiert zu sein ... *Politisches Bewußtsein ja*, gesellschaftliches Engagement – nö! ... Ändern kannst du sowieso nichts.“

Tabelle 19: Ausprägung von Lebenszielen 1998

„In seinem Leben kann man sich verschiedene Ziele stellen, die man erreichen möchte. Wir haben einige zusammengestellt. Bitte geben sie an, wie bedeutsam jedes Ziel für Ihr Leben ist.“ 1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam, geordnet nach dem Mittelwert X; in Prozent

Quelle: Förster 199, S. 121

	1	2	1+2	3	4	5	X
ein glückliches Ehe- und Familienleben führen	73	20	93	5	1	1	1,37
eine Arbeit haben, die mich erfüllt, in der ich aufgehen kann	65	30	95	5	0	0	1,40
mein Leben völlig selbständig und eigenverantwortlich gestalten	55	38	93	6	1	0	1,52
stets gute Freunde um mich haben	59	30	89	9	1	1	1,56
eigene Kinder großziehen	58	24	82	12	3	3	1,67
im Beruf hohe Leistungen erreichen	39	50	89	11	0	0	1,73
das Leben genießen, man lebt nur einmal	42	43	85	11	3	1	1,77
ständig weiterlernen	29	52	81	18	1	0	1,91
viel Geld verdienen	32	47	79	17	3	1	1,94
für andere da sein, auch wenn ich selbst auf etwas verzichten muß	19	54	73	23	3	1	2,14
politisch Andersdenkende tolerieren	15	32	47	37	10	6	2,60
größeren Besitz erwerben. z. B. ein repräsentatives Auto, komfortable Wohnungseinrichtung	13	34	47	37	12	4	2,61
ohne Anstrengungen ein angenehmes Leben führen	5	28	33	40	18	9	2,97
bei allem, was man tut, den eigenen Vorteil im Auge behalten	3	18	21	42	25	12	3,26
in die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen	2	13	15	37	24	24	3,55
mich an das heutige politische System in Deutschland anpassen	0	8	8	42	25	25	3,66
aktiv am politischen Leben teilnehmen	2	7	9	33	34	24	3,70
nach christlichen Werten leben	7	11	18	16	20	46	3,85
mich für die Erhaltung des heutigen politischen Systems einsetzen	1	6	7	28	29	36	3,94

Längsschnittlich belegt FÖRSTER für die ostdeutschen Jugendlichen eine ständig und ganz drastisch zurückgehende Bedeutung politischer Beteiligung in ihrem Leben seit 1987 aus der DDR bis 1998. (vgl. Tabelle 20) Zwar hatte diese bereits vor der „Wende“ drastisch abgenommen (Ausdruck der zunehmenden Distanz zum SED-Regime ab Mitte der 80er Jahre), aber der Trend setzte sich nach der „Wende“ fort, hat sich sogar deutlich verstärkt. (Dabei ist zu berücksichtigen, daß FÖRSTERs letzte Untersuchung vor den neuen politischen Finanzaffären liegt, die das Vertrauen in die Politik und die PolitikerInnen weiter erodiert hat.)

Auch die neue gesamtdeutsche 13. SHELL-Jugendstudie (2000, aber durchgeführt auch vor diesen Affären) belegt für die 15- bis 24-Jährigen das weiter zurückgehende Interesse für Politik: „Nur noch 35 Prozent der befragten Ostdeutschen gaben an, sie interessierten sich für Politik (1996: 50 Prozent), im Westen waren es noch 45 Prozent (1996: 46 Prozent).“ Vom Vertrauensverlust besonders betroffen sind die Grünen, seit sie mit in der Regierung sitzen, aber „auch die großen Volksparteien, wobei das Ausmaß der Enttäuschungen im Osten noch größer ist.“ (MÜNCHMEIER 2000)

Tabelle 20: Bedeutsamkeit politischer Beteiligung

„Aktiv am politischen Leben teilnehmen – das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam.“; in Prozent

Quelle: Förster 1999, S. 124

	1	2	1+2	3	4	5	X
1987	17	38	55	24	12	9	2,6
1988	16	34	50	23	18	9	2,7
1989	12	30	42	28	17	13	2,9
1990	9	33	42	38	12	8	2,8
1991	5	23	28	37	23	12	3,1
1992	5	13	18	40	22	20	3,4
1993	4	10	14	32	31	23	3,6
1994	4	10	14	33	32	21	3,6
1995	3	7	10	29	37	24	3,7
1996	2	6	8	34	32	26	3,7
1998	2	7	9	33	33	25	3,7

Was die Bedeutung von *Geld* betrifft, so findet die FOCUS-Studie dessen Rückgang für deutsche Jugendliche: „Demgegenüber scheint Materielles an Bedeutung zu verlieren: Geld, vormals²² (das meint 1996; U. S.) Platz 15 der Prioritäten, sackte auf Rang 22 ab.“ (S. 65) Obwohl diese Untersuchung nicht mit FÖRSTERs vergleichbar ist und vor allem Jugendliche je

²² Aus dem FOCUS-Beitrag wird leider der zeitliche Bezug nicht klar: Zum einen wird auf eine Erhebung verwiesen, „die über einen Zeitraum von zehn Jahren regelmäßig die Zukunftserwartungen abfragt“ (S. 65), andererseits bezieht sich die Tabelle mit den Rangplätzen (S. 63) auf den Jahresvergleich 1996 - 1999.

querschnittlich erfaßt, belegt FÖRSTER für ostdeutsche Jugendliche im Längsschnitt, daß der Anteil der Jugendlichen (um 80 Prozent), für die „viel Geld verdienen“ sehr bedeutsam/bedeutsam ist, zwischen 1987 und 1998 weitgehend konstant geblieben ist, lediglich ihr Anteil an der Position „sehr bedeutsam“ ist deutlich zurückgegangen zugunsten der zunehmenden Position „bedeutsam“.

Demgegenüber ergibt auch die sächsische Längsschnitt-Jugendstudie – hinsichtlich der abnehmenden Bedeutung von Materiellem – einen kontinuierlichen und deutlichen Rückgang des Zieles „größeren Besitz erwerben, z. B. repräsentatives Auto, komfortable Wohnungseinrichtung“ (sehr bedeutsam/bedeutsam von 66 Prozent 1991 auf 47 Prozent 1998).

Oben wurde bereits darauf hingewiesen, daß (1998) die weiblichen Jugendlichen deutlich häufiger als männliche angegeben haben, daß sie ihre beruflichen Pläne aus der Schulzeit *völlig* ändern mußten (vgl. Tabelle 10). Die findet sich auch wieder – wobei aber zwei Drittel der Jugendlichen in dieser Frage sehr/eher zuversichtlich sind – in ihrer gegenüber gleichaltrigen Männern geringeren *Zuversicht in die Realisierung ihrer beruflichen Pläne in der Zukunft*. (vgl. Tabelle 21)

Tabelle 21: Zuversicht in die berufliche Zukunft 1998

„Wie zuversichtlich sind Sie, daß Sie Ihre beruflichen Pläne verwirklichen können?“ 1 sehr zuversichtlich, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich; in Prozent

Quelle: nach Förster 1999, S. 140

	1	2	1+2	3	4	5
ges.	14	53	67	25	5	3
wbl.	14	47	61	26	8	5
ml.	14	59	73	25	1	1

Für die 14- bis 25-Jährigen in Gesamtdeutschland fand die SHELL-Studie eine „Jugend mit gewachsener Zuversicht“: Während 1996 nur 35 Prozent von ihnen ihre persönlichen Aussichten positiv sahen, taten das 1999 die Hälfte. (MÜNCHMEIER 2000, S. 3)

Insbesondere befürchten die Mitte-20-jährigen Frauen – angesichts der sich weiter verändernden Geschlechterverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt – mögliche eigene Arbeitslosigkeit (im Durchschnitt gesehen, äußerten zu den verschiedenen Befragungszeitpunkten fast doppelt so viel weibliche wie männliche Jugendliche Angst vor eigener Arbeitslosigkeit!) und auch das mögliche Eintreten einer persönlichen Notlage, wie sie überhaupt eher als junge Männer Ängste hinsichtlich gesellschaftlicher Entwicklungen empfinden. (vgl. Tabelle 22)

Tabelle 22: Bedrohungsgefühle 1998

„Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“ 1 stark, 2 eher stark, 3 eher schwach, 4 schwach; in Prozent

Quelle: Förster 1999, S. 143f.

	1		2		1+2		3		4	
	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.
zunehmende Verteuerung des Lebens	35	24	47	45	82	69	17	28	1	3
Zunahme von Kriminalität	35	16	45	48	80	68	18	26	2	6
Zunahme von Aggressivität u. Gewalt	22	13	49	42	71	55	24	38	5	7
Zunahme von Leistungsdruck	20	13	45	37	65	50	30	41	5	9
Ausbreitung von Rechtsradikalismus	23	13	40	29	63	42	32	44	5	14
Zunahme von Egoismus	17	15	47	27	64	42	30	48	6	10
möglichst eigene Arbeitslosigkeit	22	7	20	23	42	30	45	54	13	16
persönliche Notlage	15	8	25	20	40	28	53	62	7	10

Wesentlich sind die eruierten Zusammenhänge: daß sich diese Bedrohungsgefühle mehr oder weniger stark auf die persönliche Zukunftszuversicht auswirken, aber auch auf die politischen Grundeinstellungen (wie z. B. die Zufriedenheit mit dem politischen System).

Tabelle 23: Angst vor persönlicher Notlage 1991 bis 1998 nach Geschlecht

Frage und Antwortmodell s. Tabelle 22; in Prozent

Quelle: Förster 1999, S. 149

	junge Frauen		junge Männer	
	1+2	3+4	1+2	3+4
1992	28	72	18	82
1993	32	68	22	78
1994	32	68	20	80
1995	38	62	26	74
1996	43	57	26	74
1998	40	60	28	72

Deutlich zugenommen hat die Angst vor dem Eintreten einer persönlichen Notlage. (vgl. Tabelle 23) 1992 äußerte knapp ein Viertel diese für junge Leute im Osten bislang unbekannt

Angst, 1998 war es schon über ein Drittel – dies mit erheblichen Unterschieden zwischen den Geschlechtergruppen.

An dieser Stelle kann auf den Nachweis verzichtet werden, daß die größeren Bedrohungsgefühle der ostdeutschen jungen Frauen – insbesondere vor Arbeitslosigkeit und einer persönlichen Notlage – selbstverständlich nicht ihrer „biologischen und natürlichen Ängstlichkeit“ geschuldet sind. Vielmehr sind sie Antizipationen ihrer gegenüber Männern tatsächlich höheren Risiken angesichts ihrer abnehmenden Chancen auf dem ersten und zunehmend auch auf dem zweiten Arbeitsmarktgeschuldet. Im Falle von Arbeitslosigkeit verbleiben sie länger in dieser Notlage. Spezifisch ostdeutsche weibliche Lebenslagen, wie beispielsweise dem – gegenüber Westdeutschland – nach wie vor höheren Anteil alleinerziehender Mütter, die bekanntlich in hohem Maße sozialhilfefährdet sind und einen großen Anteil an den SozialhilfeempfängerInnen überhaupt ausmachen, fühlen sie sich bedrohter. (s. SCHLEGEL 1999d, S. 156ff. u. 181ff.)

In der Beantwortung einer offenen Frage im Fragebogen (1998) durch eine junge Frau schlägt sich das so nieder: „Die wichtigste Erfahrung vor allem im letzten Jahr war für mich, das Gefühl von Existenzängsten kennenzulernen, die richtigen Entscheidungen zu treffen, um mir vor allem die berufliche Zukunft und damit meine Existenzsicherung nicht zu verbauen. Teilweise ist es schwierig, immer wieder stark zu sein, um sich als Frau durchsetzen zu können. Warum muß man sich als Frau Familienplanung so genau überlegen?!?“

Wie antizipatorisch und realitätsnah solche größeren Ängste junger Frauen sind, belegt beispielsweise die Entwicklung der Obdachlosigkeit, wenn z. B. in Leipzig die Anzahl der obdachlosen Haushalte von 2 734 Haushalten Februar 1999 auf 3 151 im Februar 2000 angestiegen ist und davon ganz besonders Alleinerziehende betroffen sind. (Leipziger Volkszeitung (LVZ) v. 28.03.2000)

Aber auch N. B., eine junge Frau Mitte 20 aus Frankfurt/Oder, die „gern auf der sicheren Seite“ und Bundesgrenzschutzbeamtin ist, äußert: „Was mir in der heutigen Zeit fehlt, ist das Vertrauen in die Zukunft. Wer weiß noch mit Sicherheit, ob er seine Arbeit, seine Wohnung behält und seinen Lebensabend genießen kann? Kann man sicher sein, in 20 Jahren noch seine Rente ausgezahlt zu bekommen?“ (BILLERBECK 1999, S. 78)

3.1.3. Exkurs: Zum Wandel und zur Geschlechtstypik von Statuspassagen²³ im Jugendalter (und darüber hinaus)

Angesichts zunehmender Probleme bei den Statuspassagen spielen diese gegenwärtig in der wissenschaftlichen und sozialpolitischen Debatte in Deutschland eine wachsende Rolle. Sie werden – insbesondere für Mädchen und Frauen – vor allem deshalb immer schwieriger, weil sich in den letzten 30 Jahren deutlich verändert haben – zum einen *die familialen Lebens- (und damit Haushalts-)formen* (Stichworte: Individualisierung, weibliche Erwerbsarbeit, zu-

²³ Unter Statuspassagen werden die Übergänge zwischen unterscheidbaren Phasen im Lebenslauf der Persönlichkeit verstanden, die in der Regel gebunden sind an individuelle Wechsel eines Lebensbereichs von einem gesellschaftlichen Teilsystem (Institution) in ein anderes; mit solchem Wechsel geht die Persönlichkeit meist neue personale Beziehungen ein, erreicht einen neuen sozialen Status und innerhalb des neuen Teilsystems einen neuen Gruppenstatus.

nehmende Scheidungen, sogenannte Patchworkfamilien²⁴, nichteheliche Lebensgemeinschaften, Alleinerziehende, Singles) und – zum anderen *der Arbeitsmarkt* (Stichworte: Arbeitslosigkeit, Auflösung des traditionellen Normalarbeitsverhältnisses, lebenslanges Um-/Lernen). Beides hat zur Folge, daß die individuellen Lebensläufe offener, als auch unsicherer, weniger stetig und voraussehbar geworden sind und innerhalb derer mehr Brüche, Risiken, Umorientierungen und Übergänge zu bewältigen sind. Dieser Prozeß gilt seit geraumer Zeit für die alte BRD. Dazu kommt in den neuen Bundesländern: Trotz gleichfalls (sogar intensiverer) Pluralisierung der familialen Lebensformen in der DDR (Stichworte: höhere Scheidungsraten, bis heute höherer Anteil und höhere Akzeptanz der alleinerziehenden Mutter) gab es bis 1990 stetige individuelle Lebensläufe, Berufsbiografien und reguläre, nahtlose Statuspassagen, die bekanntlich erst danach unwegsamer, individuell risikoreicher und damit langwieriger geworden sind. (vgl. HEINZ 1996) Damit verschiebt sich bekanntlich beispielsweise nun auch in den neuen Bundesländern das Ende des Jugendalters – wenn damit u. a. das Erreichen der ökonomischen Selbstständigkeit gemeint ist – in der Biografie deutlich nach später. Insbesondere aber sind Statuspassagen (frei- oder unfreiwillig) zunehmend verbunden mit territorialer Mobilität²⁵, insbesondere von der Schule in die Berufsausbildung/ins Studium, von da in die Erwerbsarbeit, aber auch im Verlaufe der Erwerbsbiografie.

Darüber hinaus weisen – auf dem Hintergrund, daß die ostdeutschen Transformationsprozesse durchaus nicht geschlechtsneutral verliefen und verlaufen (vgl. z. B. SCHENK/SCHLEGEL 1993, NICKEL/SCHENK 1994, SCHLEGEL 1997) – die Chancen und Risiken der Statuspassagen eine ausgeprägte Geschlechtstypik auf: im Sinne höherer Risiken für Mädchen und Frauen, wie in Tabelle 24 schematisch dargestellt. Das betrifft unter dem hier interessierenden Gesichtspunkt ihrer Erwerbsarbeit – einschl. der Vorbereitung dazu – insbesondere ihren Übergang von der Schule (trotz durchschnittlich besserer und höherer Schulabschlüsse) in die Berufsausbildung und ihren Übergang von der Berufsausbildung bzw. vom Studium in den Arbeitsmarkt.

²⁴ Unter Patchworkfamilien werden Familienformen zusammengefaßt, die keine „biologische“ Familie im traditionellen Sinne sind, meist als eine „zweite“ Familie eines Partners oder beider Partner: z. B. Mutter mit eigenem/n Kind(ern) und neuem Vater (die häufigste), Mutter mit eigenem/n Kind(ern) und Vater mit eigenem/n Kind(ern) – also Familie mit Stiefgeschwistern, Mutter mit eigenem Kind und mit Kind des neuen Vaters – also Familien mit Halbgeschwistern.

²⁵ Selbstverständlich waren auch in der DDR durchaus nicht immer Wohn-, Ausbildungs-/Studien- und Arbeitsort identisch, aber das Ausmaß der territorialen Mobilität, die Häufigkeit des Arbeitsortswechsels und die Entfernungen (heute auch über Deutschland hinaus) hielten sich doch eher in Grenzen.

Tabelle 24: Geschlechtstypik von Statuspassagen (idealtypisch)

(★ „ja“ strukturelle Benachteiligung der Mädchen/Frauen, „nein, aber ...“ „nur“ individuell bedingt)

Entscheidung bzw. Übergang		Geschlechts- typik?*
von	nach	
1 Kindergarten / Familie	Schule	nein, aber...
2 Schule (versch. Arten)	Berufsausbildung Studium	ja nein, aber...
3 Berufsausbildung (Facharbeiter, Geselle) Studium (Absolventin)	Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit (AL)	ja
4 innerhalb Arbeitsmarkt	z. B. Personalrekrutierung der Betriebe Aufstieg in Leitungsebenen Änderungsverträge hin zu TZA aus (befrist.) Erwerbsarbeit in AL aus AL in den 1./2. Arbeitsmarkt aus Langzeit- (AL) in 1./2. AM aus AL / LAL in prekäre Beschäft. Berufsrückk. nach Familienphase	ja ja ja ja ja ja ja ja
5 erw.fäh. Alter (versch. Überg.)	Rente	ja

Vor dem Hintergrund der DDR-Erfahrungen und des nach der „Wende“ eher gestiegenen Werts von beruflicher Ausbildung und eigener Erwerbsarbeit in der Lebensplanung ostdeutscher Mädchen und Frauen bemühen sich diese – gegenüber westdeutschen weiblichen Jugendlichen – offensichtlich²⁶ aber um eine striktere und raschere Bewältigung der „Schwellen“ in den Statuspassagen: Sie entwickeln früher ihre berufliche Vorstellungen und Lebensplanung, werden früher wirtschaftlich selbstständig und gründen früher eine eigene Familie, so daß das Jugendalter – trotz Tendenzen seiner Verlängerung – in Ostdeutschland noch immer eher abgeschlossen ist als in Westdeutschland. Weibliche Jugendliche in Westdeutschland nehmen die wachsenden Schwierigkeiten in den Statuspassagen offenbar lockerer und nutzen sie eher als Freiräume für Interessen und das Sammeln von Erfahrungen – auch im Ausland (einschließlich Sprachenerwerb). Viele nehmen nach der Schule eine „Auszeit“, „um auf Reisen ihr Selbstbewusstsein zu stärken oder mit Auslandsjobs Punkte für die Karriere zu sammeln.

Die Hamburgerin Viola wird nach dem Abitur drei Monate durch Australien touren, um ‚mir selbst zu beweisen, daß ich das schaffe‘; ihre Schulkameradin Ruth will für ein halbes Jahr in einen Kibbuz nach Israel.“ (Heimliche Revolution 1999, S. 79f.)

²⁶ So die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen. (vgl. auch SCHMIDTCHEN 1997 oder SILBEREISEN u. a. 1996)

Zudem: Seit der deutschen Vereinigung zeigen sich innerhalb der biografischen Phasen 2 bis 4 (vgl. Tabelle 24) deutlich häufiger Veränderungen im Sinne von Übergängen – quasi *sekundäre Statuspassagen*, die auf sehr unterschiedliche Gründe zurückgehen und die von der Persönlichkeit entweder selbstbestimmt oder unfreiwillig (oder beides) durchlaufen werden:

- auf erweiterte persönliche Handlungsoptionen: z. B. während des Studiums Möglichkeit eines Wechsels des Studienfaches oder der Hochschule, gewollte „Zwischenphasen“ innerhalb der Statuspassagen (wie Au-pair-Mädchen zwischen Abitur und Studium);
- auf neue gesellschaftliche Strukturen und Rahmenbedingungen: z. B. die Entscheidung zwischen verschiedenen Schultypen, befristete Arbeitsverhältnisse innerhalb der Tendenz der Auflösung des (langfristigen) Normalarbeitsverhältnisses, dazwischen Phasen der Arbeitslosigkeit;
- auf den sich nicht nur stark verengenden, sondern sich verändernden Arbeits- und damit Ausbildungsmarkt, der zunehmend selbst zu einem Strukturgeber sozialer Ungleichheit wird – insbesondere für die Geschlechterverhältnisse – z. B.: fast ausschließlich weibliche Teilzeitarbeit sowie ungeschützte/prekäre/geringfügige Beschäftigung mit ihren negativen Folgen für die Alterssicherung, Geschlechtswechsel von Berufsfeldern (vgl. NICKEL/SCHENK 1994), „Bugwelle“ angesichts der höheren SchulabgängerInnenzahlen gegenüber den zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätzen.
- auf noch immer transformationsbedingte Besonderheiten in Ostdeutschland: z. B. unfreiwillige Wechsel des Kindergartens und der Schule infolge weiterer Schließungen.

Auch hinsichtlich vieler solcher „sekundärer“ Statuspassagen sind Frauen benachteiligt, wie es deutlich wird beispielsweise bei ihrer Rückkehr aus dem Erziehungs„urlaub“ in die Erwerbstätigkeit, bei unfreiwilliger Teilzeitarbeit (s. dazu S. 12), bei ihren Bemühungen, nach Beendigung befristeter Arbeitsverträge oder insbesondere aus der (Langzeit-) Arbeitslosigkeit eine neue Arbeitsstelle zu finden, beim beruflichen Aufstieg innerhalb ihrer Erwerbsarbeit.

Im folgenden beschränken wir uns exemplarisch auf die Betrachtung dreier ausgewählter problematischen Statuspassagen im Kontext der Erwerbsarbeit von Leipzigerinnen:

- ihren Übergang von der Schule in die Berufsausbildung und von dort in den Arbeitsmarkt,
- ihren Übergang von der Hochschule in den Arbeitsmarkt und
- den Übergang der Leipziger Vorschulkinder in die Schule.

3.1.3.1. Zum Übergang der Leipziger Schulabgängerinnen in die Berufsausbildung und von dort in den Arbeitsmarkt

Die berufliche Erstausbildung stellt *die* Weichenstellung für weibliche Erwerbsarbeit dar und gleichzeitig eine ganz entscheidende Ursache für die Ungleichheit der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt (Arbeitsmarkt- und Aufstiegschancen, Einkommen usw.).

Immer mehr SchulabgängerInnen, insbesondere Mädchen, finden in Leipzig trotz guter Schulabschlüsse keine Lehrstelle und – wenn sie eine finden und abschließen – später keine Beschäftigung. Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen deckt die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu ca. 60 Prozent: 1998 gab es beim Arbeitsamt Leipzig 9.805 BewerberInnen für eine Lehrstelle (davon 51 Prozent Mädchen) gegenüber 6.052 Angeboten, so daß die

leer Ausgehenden im Folgejahr mehrheitlich wieder als BewerberInnen auftreten und so eine „Bugwelle“ entsteht.

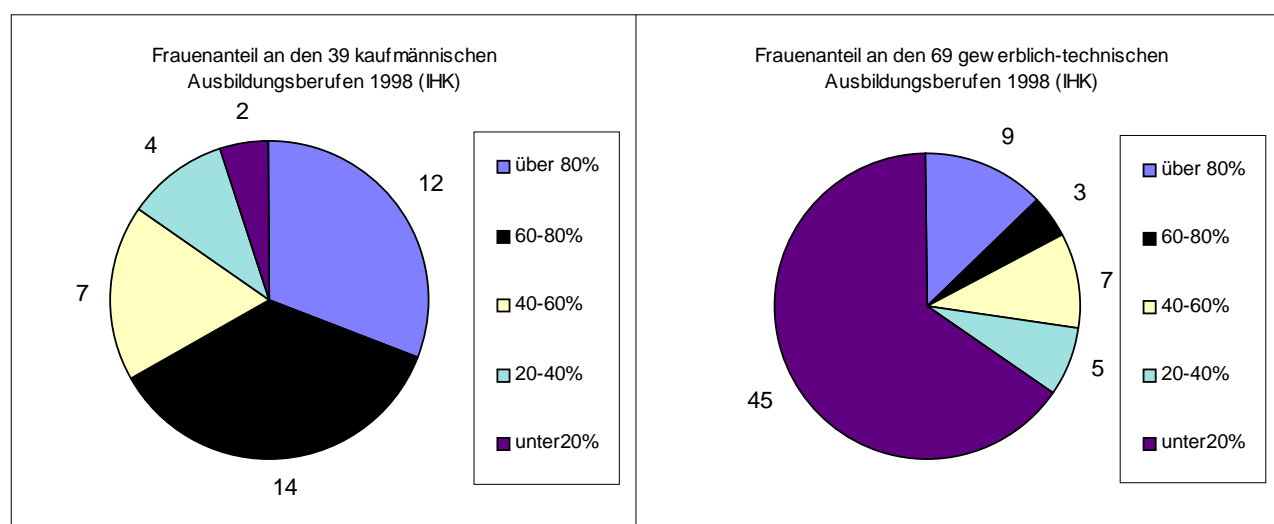
Mädchen sind – trotz höherer und besserer Schulabschlüsse – beim Übergang in die Berufsausbildung zunehmend mehrfach benachteiligt:

- Sie finden schwerer und später eine Ausbildungsstelle.
- Sie landen – angesichts insgesamt abnehmender Ausbildungsbetriebe und damit der Ausbildung im dualen System – häufiger in einer schulischen Ausbildung, im sogenannten berufsvorbereitenden Jahr bzw. in der staatlich geförderten Berufsausbildung.²⁷
- Der Ausbildungsmarkt verteilt sich hinsichtlich des Berufsspektrums geschlechtstypisch. (Siehe Abbildung 3)

Nach diesen ohnehin ungleichen Startbedingungen verschlechtern sich zudem die Chancen der jungen Frauen, nach Abschluß einer Berufsausbildung einen Arbeitsplatz zu finden.

Abbildung 3: Verteilung der Ausbildungsberufe bei Mädchen im kaufmännischen und gewerblich-technischen Bereich 1998 in Leipzig; eigene Berechnungen

Quelle: IHK zu Leipzig, Auskunft v. 05.02.99



Bekanntlich sind von *Arbeitslosigkeit* nicht nur besonders die Älteren betroffen, sondern auch Jugendarbeitslosigkeit nimmt zu. Ist diese im internationalen Maßstab – etwa im Vergleich zu den EU-Staaten – noch relativ gering, stieg sie doch in der gesamten Bundesrepublik während der letzten Jahre an. Die Arbeitslosenquote für unter 25-Jährige betrug 1996 (Stand März) 11,3 Prozent, ein Jahr später 1997 12,1 Prozent und im März 1998 12,5 Prozent. Auch in der Langzeitarbeitslosigkeit sind bei den unter 25-Jährigen (v. a. 20 bis unter 25 Jahre, weitgehend nach einer abgeschlossenen Ausbildung) die Zahlen angestiegen. Ein Teil dieser Gruppe läuft Gefahr, überhaupt keinen Einstieg ins „normale“ Arbeitsleben zu finden, anderen gelingt nach etwa einem halben bis einem Jahr der Anschluß. Besonders schwierig ist das für viele

²⁷ Mit den bekannten fatalen Folgen, daß die Jugendlichen keine Ausbildungsvergütung erhalten und demzufolge auch im Falle der Arbeitslosigkeit nach abgeschlossener Ausbildung keinen Leistungsanspruch an die Bundesanstalt für Arbeit haben.

junge Frauen nach einer außerbetrieblichen Ausbildung an der zweiten Schwelle zum Arbeitsleben; Leipzig bildet darin keine Ausnahme. *Etwa drei Viertel der Absolventinnen einer außerbetrieblichen Ausbildung sind erst einmal arbeitslos.*

Zunächst oder anhaltend bedeutet Arbeitslosigkeit im Jugend- und jungen Erwachsenenalter die fachliche, wirtschaftliche und soziale Ausgrenzung, dadurch Motivations- und – bei längerer Dauer – Qualifikationsverluste. Die fachliche und soziale Kompetenz, die Persönlichkeitsentwicklung und der Aufbau einer eigenen materiellen Existenz sind verzögert oder völlig gefährdet.

3.1.3.2. Zum Übergang von Absolventinnen einer Leipziger Hochschule²⁸ in den Arbeitsmarkt
Vorangestellt werden muß (auch hier wie oben schon hinsichtlich der Schulabschlüsse) die Feststellung, daß insgesamt die Absolventinnen die HTWK mit deutlich besseren Diplomnoten die Hochschule abgeschlossen haben als die Absolventen.

Bereits im *Bewerbungserfolg (und in den Bewerbungsstrategien) und im Tempo für den Berufsstart* der HTWK-AbsolventInnen lassen sich Geschlechtsunterschiede erkennen: Während jeder dritte Absolvent sofort nach dem Studium einen Arbeitsplatz fand (jeder achte sogar ohne Bewerbung, weil er ihn schon in der Tasche hatte), gelang das nur jeder achte Absolventin; sechs Prozent der Männer und sieben Prozent der Frauen gaben an, mehr als 50 – z. T. sogar mehr als 100 – Bewerbungen geschrieben zu haben. Während sich Absolventinnen eher aufgrund von Stellenanzeigen in den Zeitungen/Fachzeitschriften bewarben, nutzten die Absolventen auch das Internet zur Stellensuche.

Auch hinsichtlich der *Nicht-/Befristung* und der *Voll-/Teilzeitarbeit* unterscheiden sich die Arbeitsverhältnisse der AbsolventInnen: Eine unbefristete Vollzeitstelle haben 63 Prozent der Frauen (eine befristete: 22 Prozent), aber 79 Prozent der Männer (eine befristete: neun Prozent) – eine unbefristete Teilzeitstelle sieben Prozent der Frauen (eine befristete: vier Prozent), aber nur zwei Prozent der Männer (keiner eine befristete).

Besonders deutlich sind die *Einkommensunterschiede* (s. Abbildungen 4 und 5)²⁹: Während die Hälfte der Frauen unter 2 500 bzw. unter 3 500 DM verdienen, fängt das männliche Einkommen dort erst an.³⁰

Da auch an der HTWK die Studienfächer durchaus geschlechtsdifferent belegt³¹ und später die Berufsfelder unterschiedlich bezahlt werden, wurden – um den Faktor Geschlecht für Ein-

²⁸ Die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) hat im Frühjahr 1999 in Zusammenarbeit mit dem Referat für Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Leipzig eine Erhebung unter den 523 Absolventinnen durchgeführt, die 1998 erfolgreich ihr Studium an der HTWK abgeschlossen hatten. (KIRST 1999). Die folgenden Aussagen basieren sowohl auf den Ergebnissen dieser Untersuchung als auch auf der offiziellen DiplomandInnenstatistik dieses Jahrgangs. (SCHLEGEL 1999d, S. 152ff.)

²⁹ Die folgenden Angaben zum Einkommen sind die von den AbsolventInnen in der Untersuchung zu ihrem monatlichen Bruttoeinkommen gemachten.

³⁰ Die Kommunale Bürgerumfrage vom gleichen Jahr (1998) belegt solche Unterschiede auch für die Leipziger Wohnbevölkerung: Die jungen Akademikerinnen (25 - 34 Jahre) verfügen über ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 2 074 DM, die jungen Akademiker von 2 865 DM; unter den Besserverdienenden (über 3 000 DM netto) sind nur 15 % der jungen Akademikerinnen, aber 42 % der jungen Akademiker.

³¹ Von den insgesamt 523 AbsolventInnen des Jahrgangs 1998 war rund ein Drittel weiblich. Sie hatten vor allem Betriebswirtschaftslehre, Bibliothekswesen und Sozialwesen studiert. Demgegenüber hatten 78 % der Männer technische Studiengänge (insbesondere Bauingenieurwesen) belegt und waren in den Studiengängen Informatik,

kommen noch präziser einzufangen – in den Abbildungen die Einkommensverhältnisse der AbsolventInnen der technischen und der nicht-technischen Studiengänge dargestellt: Selbst innerhalb dieser Berufsfelder wird die deutlich niedrigere Besoldung der Frauen sichtbar.

Abbildung 4: Einkommensverteilung in den technischen Studiengängen 1998; in absoluten Zahlen

Quelle: Kirst 1999

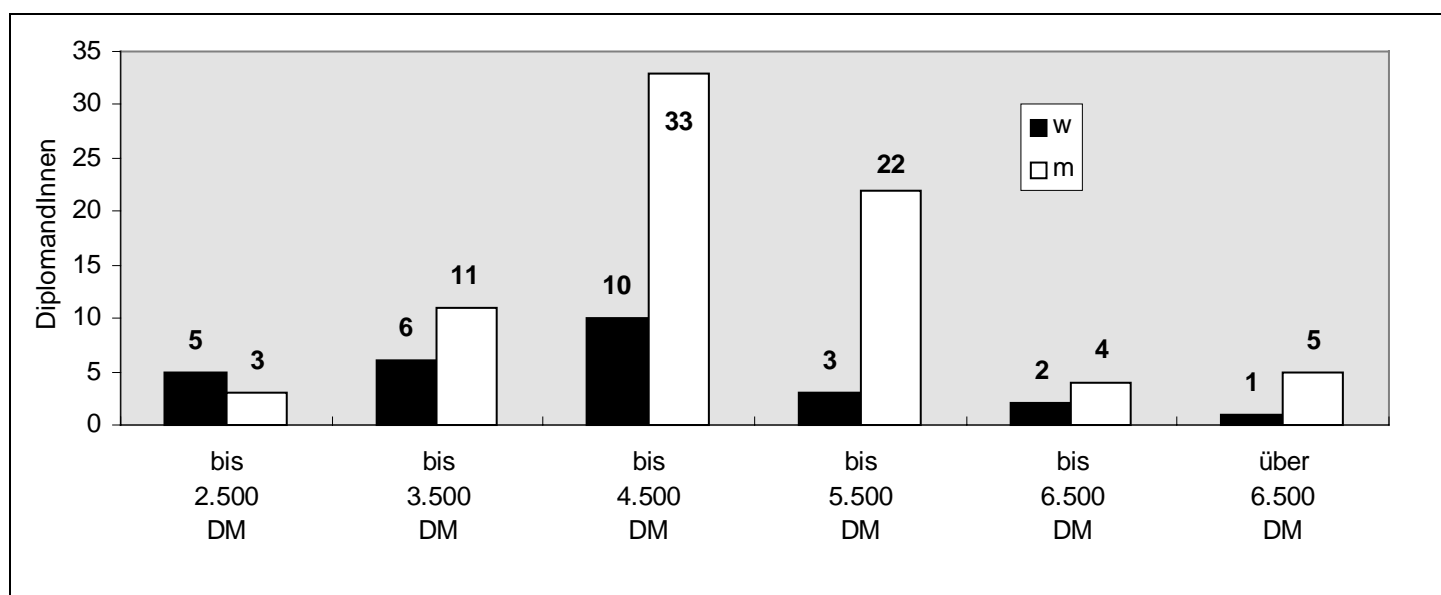
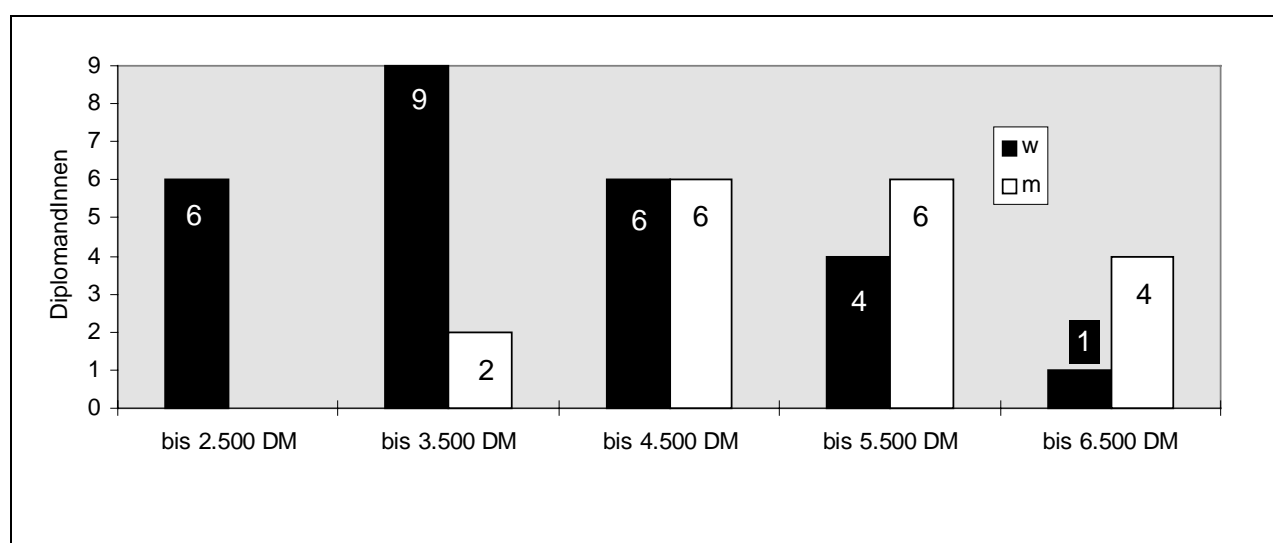


Abbildung 5: Einkommensverteilung in den nicht-technischen Studiengängen 1998; in absoluten Zahlen

Quelle: Kirst 1999



Maschinenbau, Automatisierungstechnik, Elektrotechnik (fast) unter sich. Nur in Architektur war das Geschlechterverhältnis ausgeglichen.

Obwohl ganz offensichtlich die Geschlechtszugehörigkeit (noch vor dem Berufsfeld) den – unter den beschriebenen Aspekten – schlechteren Start der Hochschulabsolventinnen in das Erwerbsleben bestimmt, glaubt die Hälfte der AbsolventInnen *nicht*, daß diese bei der Arbeitsstellensuche förderlich oder hinderlich gewesen wäre.

Allerdings wird möglicherweise von den jungen Frauen eine gewisse Unzufriedenheit insofern reflektiert, als mehr Absolventinnen (24 Prozent) als Absolventen (14 Prozent) ihre jetzige Arbeitsstelle als „Durchgangsstation, bis ich die meinen Wünschen entsprechende Stelle gefunden habe“, betrachten.

Zusammenfassend: Junge Akademikerinnen haben nach dem Studium *primär qua Geschlecht* unter wesentlichen Aspekten die schlechteren Chancen beim Übergang in die Erwerbsarbeit – nicht qua Leistung oder qua Berufsfeld.³²

Insofern besteht hier deutlicher Interventionsbedarf über die neuere Forderung nach „Passagensicherung“³³ hinaus – nämlich bereits bei der Berufsberatung und –wahl, unter anderem in der Richtung, den gegenwärtigen restaurativen Tendenzen zu wieder geschlechtstypischen Berufsfeldern (mit ihren Implikationen, wie meist unterschiedliche Berufsprestiges und unterschiedliche Entlohnung) gegenzusteuern.

3.1.3.3. Zur Entwicklung des Einschulungsgeschehens in Leipzig

Nur kurz soll hier auf dramatische Entwicklungen einer zunächst exotisch erscheinenden Statuspassage hingewiesen werden, das Einschulungsgeschehen, da es einen evidenten Bezug hat zu den Lebenszusammenhängen ostdeutscher jüngerer Frauen.

Es wächst drastisch der Anteil von Kindern, der von der Einschulung zurückgestellt werden muss, dies vor allem wegen sprachlicher Defizite (die bekanntlich meist Anzeichen für noch andere Störungen der kindlichen Entwicklung darstellen), darüber hinaus auch wegen Übergewichts, mangelnder Fein- und Grobmotorik, geschwächtem Immunsystem.

Verschiedene Untersuchungen belegen dazu u. a.:

- 1997 konnten sich von 3 700 Leipziger Kindern bei der amtsärztlichen Einschulungsuntersuchung 700 (19 Prozent) sprachlich nicht richtig ausdrücken (LVZ v. 13.02.1998) – 1987 war das nur ein Prozent!
- Selbst von den 45 000 KindergartenabgängerInnen in Sachsen (also von den Kindern mit – über die familiäre hinaus – regelmäßiger Kommunikation unter Gleichaltrigen) mußten 1998 6 300 (14 Prozent) zurückgestellt werden – vor allem wegen ihrer Sprachprobleme. (LVZ v. 18.06.1999)

³² Dies wird allerdings – nicht nur bei AkademikerInnen, sondern auch bei Facharbeiterinnen – noch deutlich verstärkt (bezüglich Arbeitsmarktchancen, Verdienstmöglichkeiten, Führungspositionen, (unfreiwilliger) Teilzeitarbeit usw.) durch eine geschlechtstypische Berufsfelder, wenn z. B. auf ein einschlägiges Stellenangebot des Arbeitsamtes ein/e arbeitslose/r InformatikerIn kommt, aber sieben arbeitslose SozialarbeiterInnen oder 14 arbeitslose BibliothekarInnen (bei insgesamt elf arbeitssuchenden AkademikerInnen auf eine offene Stelle). (1997 für Gesamtdeutschland nach: Sozialpolitische Umschau Nr. 20 v. 25.01.1999, S. 19)

³³ Dies ist ein neuerer (übrigens für die alten Bundesländer entstandener) Begriff, der – angesichts der evident zunehmend unstenen und dynamischen Erwerbsbiografien und Lebensformen – verbesserte und andere sozialpolitische Rahmenbedingungen speziell für Statuspassagen meint und als notwendig einfordert (vgl. z. B. HENGSBACH/MÖHRING-HESSE 1999, S. 191), z. B. eine bessere Förderung räumlicher Mobilität, die Übertragbarkeit nationalstaatlich erworbener Ansprüche, sozialpolitische Netzwerke auf kommunaler Ebene.

Als wichtigste drei Gründe dafür werden angesehen:

a) in erster Linie *die veränderte Situation der Mütter* als primäre Bezugspersonen der Kinder in folgendem Sinn (vgl. AHNERT/SCHMIDT 1995):

Einerseits: Wenn die Mütter ihre berufliche Situation sichern konnten, befinden sie sich in einer stark sachorientierten, wettbewerblich ausgerichteten beruflichen Auseinandersetzung, die zudem mit den bisherigen Berufserfahrungen kollidiert.

Andererseits: Wenn sie nur zeitweilig oder gar nicht berufstätig sein können, leidet ihre Befindlichkeit ebenfalls deutlich, „da sie ihre Biografien ad absurdum geführt sehen, alternative Möglichkeiten neuer Sinnggebung fehlen und die neue gesellschaftliche Akzeptanz eines Hausfrauenberufs noch keine Bedeutung für ein künftiges Lebenskonzept hat“. (ebd., S. 166)

Durch die Neubestimmung der mütterlichen Eigeninteressen, ihre Identitätsprobleme und eine neue Rangfolge der familialen Werte ist „das Kind deutlich aus dem familialen Zentrum gerückt“ (ebd.); die Sozialisationsfunktion der Familie befindet sich im Umbruch, und Elternschaft wird eher improvisiert.

Verallgemeinernd: Nicht nur nach DDR- sondern auch nach neueren internationalen Untersuchungen – z. B. am aktuellsten aus den USA – zeichnen sich die Kinder (voll)erwerbstätiger Mütter (wenn wir mal absehen von den transformationsbedingten Stressoren) gegenüber den anderen durch höhere Sozialkompetenz aus, durch ausgeprägtere Leistungsmotivation und -verhalten und Stärken in anderen Persönlichkeitsbereichen.

b) mit der Situation der Mütter zusammenhängend: *Weniger Kinder besuchen Krippen und Kindergärten* (die zusätzliche Sozialisation in Kindereinrichtungen bedeutet für die Kinder meist: vielfältigere soziale Beziehungen, ein aktiveres Immunsystem, ein ausgelebterer Bewegungsdrang), und

c) daneben *veränderte Familienstrukturen und Freizeitgewohnheiten* (Kinder verbringen beispielsweise mehr Zeit vor dem Fernseher und Computer).

Schlussfolgernd: Einerseits besteht selbstverständlich Interventionsbedarf, der auf die Kinder vor Schuleintritt gerichtet ist. Aber andererseits bedeuten vor allem Strategien für die von Müttern hoch präferierte Erwerbsarbeit, deren Vereinbarkeit mit Kindererziehung und die Sicherung mütterlicher beruflicher Statuspassagen die Investition in die Zukunft im Sinne besserer Entwicklungsbedingungen für die Leipziger Kinder.

Von Interesse in unserem Kontext scheint aber – über die Tendenzen im Einschulungsgeschehen hinaus – folgendes zu sein: Wenn schon – zudem angesichts existenzieller neuer Entscheidungszwänge ostdeutscher junger Frauen – auch durch die „Neubestimmung der mütterlichen Eigeninteressen ... das Kind deutlich aus dem familialen Zentrum gerückt“ ist (AHNERT, ebd.) – *wo bleibt da noch Motivation, Platz und Zeit für politische Aktivitäten?*

3.2. Politische Einstellungen ostdeutscher jüngerer Frauen

Eine bedeutsame Auswirkung solcher und anderer Erfahrungen³⁴ besteht darin, daß die weiblichen Jugendlichen zu allen Untersuchungszeitpunkten deutlich zurückhaltender für die deutsche Einheit votierten als die männlichen, sich etwa doppelt so häufig dagegen aussprachen, und auch kritischer dem neuen Gesellschaftssystem gegenüberstehen³⁵ – und dies in wachsendem Maße.

3.2.1. Einstellungen zum neuen Gesellschaftssystem

Tabelle 25: Zufriedenheit mit dem politischen System 1992 - 1998

„Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland?“ 1 sehr zufrieden, 2 zufrieden, 3 weniger zufrieden, 4 unzufrieden; in Prozent

Quelle: Förster 1999, S. 53f.

	1	2	1+2	3	4	X
wbl.						
1992	0	26	26	52	22	3,0
1993	0	16	16	56	28	3,1
1994	2	22	24	61	15	2,9
1995	0	23	23	58	19	3,0
1996	1	16	17	55	28	3,1
1998	1	11	12	59	29	3,2
ml.						
1992	5	39	44	42	14	2,7
1993	4	24	28	47	25	2,9
1994	6	40	46	38	16	2,6
1995	1	41	42	46	12	2,7
1996	1	30	31	46	23	2,9
1998	2	30	32	46	22	2,9

Die Zufriedenheit ostdeutscher Jugendlicher mit dem neuen politischen System der BRD geht seit 1992 ständig zurück: 1998 ist nur jede/r 5. damit sehr zufrieden/zufrieden (wbl. 12 Prozent, ml. 32 Prozent) – bei erwartungsgemäß drastischen Geschlechtsunterschieden von Anfang an. (s. Tabelle 25) Dabei spielt differenzierend eine deutliche Rolle, ob die Jugendlichen schon ein- oder mehrmals arbeitslos waren: dann sind sie deutlich unzufriedener.

³⁴ Vgl. ausführlicher dazu bei FÖRSTER (1999), Kapitel 4, S. 29 – 45.

³⁵ Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch beispielsweise SILBEREISEN (1996, S. 36f.) oder SCHMIDTCHEN (1997, S. 74).

Die nach der deutschen Vereinigung verbreitete Annahme, daß gerade Jugendliche schnell die neue politische Ordnung annehmen werden, hat sich bisher demnach noch nicht bestätigt – insbesondere erwartungsgemäß nicht für weibliche Jugendliche – im Gegenteil.

Dies hängt nicht zuletzt offensichtlich damit zusammen, daß die jungen Frauen – angesichts ihrer nunmehr „beschränkteren Möglichkeiten“ – die gesellschaftliche Entwicklung nach der „Wende“ deutlich weniger als Fortschritt wahrnehmen können, sich dagegen häufiger ambivalent äußern. (vgl. Tabelle 26)

Dementsprechend relativiert sich auch für weibliche Jugendliche – angesichts ihrer zunehmenden Schwierigkeiten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt – stärker der Wert des Zugewinns an Freiheit. (vgl. Tabelle 27) In einem Interview klingt das so (Studentin, 24 J.): „Klar hat man heute mehr Freiheiten und Möglichkeiten, z. B. nach dem Abitur als Au-pair-Mädchen sonstwohin ins Ausland zu gehen oder in der Freizeit Selbstverteidigungskurse zu machen (wenn man das Geld dazu hat), aber ich habe jetzt weniger Freiheit zu tun, was mir *wirklich* wichtig ist.“ Damit meint sie im Interview ihren doppelten Lebensentwurf. (SCHLEGEL 1988)

Tabelle 26: Bewertung (1998) der gesellschaftlichen Entwicklung nach der Wende

„Bewerten Sie die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende grundsätzlich eher als Fortschritt oder eher als Rückschritt?“ 1 eher als Fortschritt, 2 eher als Rückschritt 3 teils als Fortschritt, teils als Rückschritt, 0 Das ist schwer zu sagen;

in Prozent

Quelle: nach Förster 1999, S. 61f.

	1	2	3	0
wbl.	35	11	50	4
ml.	47	9	39	5

Dieser Sachverhalt erweist sich hinsichtlich der politischen Einstellungen ostdeutscher weiblicher Jugendlicher insofern als generelles Problem, als sie nach den Erfahrungen mit ihren Müttern den Systemwechsel bezüglich weiblicher Lebenszusammenhänge mehrheitlich nicht als einen von fremdbestimmter Uniformität zu einer selbstbestimmten Vielfalt wahrnehmen (können). Insbesondere deshalb, weil die Mütter in einigen für sie ganz zentralen Lebensbereichen eher subjektive Freiheit im Sinne von Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten leben konnten. Dies war ihnen mit deutlich selbstbestimmteren und realisierbaren Entscheidungen, z. B. für oder gegen Kinder (selbst während Ausbildung/Studium oder als Alleinstehende), für Weiterbildung (neben/in Erwerbstätigkeit, mit Kindern) oder für Scheidung (mit Kindern), möglich, ohne an den Rand der Gesellschaft zu geraten.

Im Unterschied zu FÖRSTER (1999) und anderen³⁶ sehen wir allerdings hier *nicht* „soziale Sicherheit“ als die zentrale Determinante für Ost-West- und Geschlechtsunterschiede im Freiheitsbegriff und in den Einstellungen zur Demokratie und zum Staat, sondern vielmehr darin, daß für Ostdeutsche nach wie vor (Erwerbs-) Arbeit ein (wenn nicht der) Grundwert ihrer Lebenszusammenhänge darstellt, der nunmehr – angesichts der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ – zur Disposition steht, und insbesondere für ostdeutsche Frauen nunmehr das „Ver- einbarkeitsmodell“ massiver Erosion unterliegt.³⁷

Tabelle 27: Preis für Gewinn an Freiheit (1998)

„Welchem der beiden Standpunkte würden Sie sich am ehesten anschließen?“ 1 Für mich ist entscheidend, daß ich in Freiheit leben kann – bei allen Problemen, die es jetzt vor allem durch hohe Arbeitslosigkeit gibt. 2 Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe. 0 Das ist schwer zu sagen.

Quelle: nach Förster 1999, S. 64f.

	1	2	0
ges.	36	47	17
wbl.	27	55	18
ml.	48	37	15

Tabelle 28: Glücklich, Bürger der Bundesrepublik zu sein

„Sind Sie glücklich darüber, Bürger(in) der Bundesrepublik Deutschland zu sein?“; in Prozent

Quelle: nach Förster 1999, S. 117

	gesamt	wbl.	ml.
ja, vollkommen	19	12	27
ja, etwas schon	57	61	52
(ja, vollkommen/etwas schon)	76	73	79
nein, eigentlich nicht	22	23	21
nein, absolut nicht	2	4	0

Drei Viertel der Jugendlichen bekunden 1998 eine positive emotionale Beziehung zu ihrer Staatsbürgerschaft – die meisten davon allerdings mit Einschränkungen. (vgl. Tabelle 28) Aus den bereits umrissenen Gründen sind die jungen ostdeutschen Frauen erwartungsgemäß noch deutlich weniger als die jungen Männer einschränkungslos glücklich, Bundesbürgerinnen zu sein (zwölf Prozent), dagegen häufiger eigentlich/absolut nicht.

³⁶ Vgl. z. B. FAULENBACH 1998, KÖCHER 1999.

³⁷ Während gleichzeitig in den alten Bundesländern das (männliche) Familienernährermodells deutlich erodiert.

3.2.2. Vergleich der beiden Gesellschaftssysteme

Tabelle 29: Einschätzung des Systemvergleichs DDR - BRD in wichtigen Bereichen (1998)
 „Vergleichen Sie bitte auf einigen Gebieten des Lebens die Situation damals in der DDR vor der Wende und heute in Ostdeutschland.“ Auf diesem Gebiet 1 war es vor der Wende besser, 2 gibt es kaum einen Unterschied, 3 ist es heute besser, 0 Das kann ich nicht beurteilen. Geordnet nach Antwortposition 1 (vor der Wende besser) für gesamt, Nachberechnung der Differenzierung nach Geschlecht; in Prozent

Quelle: nach Förster 1999, S. 79

	wbl.				ml.				gesamt			
	1	2	3	4	1	2	3	4	1	2	3	4
soziale Sicherheit	91	4	1	3	92	3	2	2	92	4	2	3
Betreuung der Kinder	85	5	3	6	85	4	2	9	85	4	3	8
Jugendförderung	83	6	4	6	82	7	2	8	82	7	4	7
Verhältnis d. Menschen	83	12	1	3	76	19	1	4	80	15	1	4
Förderung der Familie	83	6	3	7	75	11	2	11	80	9	3	9
Schutz gegen Kriminalität	64	20	2	14	77	14	1	8	70	17	2	11
soziale Gerechtigkeit	53	27	4	16	52	27	8	13	52	27	6	14
Gleichberechtigung der Frau	41	33	13	13	30	36	13	21	36	34	13	17
Berufsausbildung	42	20	26	12	30	24	32	14	36	22	29	13
Schulbildung	33	24	29	13	33	30	24	13	33	27	27	13
Gesundh.wes., med.Betreug.	25	18	50	6	20	20	53	7	23	19	52	7
Achtung der Menschenwürde	23	39	23	15	18	32	44	7	20	36	32	11
Versorgung mit Wohnungen	13	9	71	6	12	13	72	4	13	11	71	5
Mögl., sich selbst zu entfalten	3	10	81	5	2	7	88	4	3	8	84	5
persönliche Freiheiten	4	9	84	2	2	7	90	1	3	8	87	2
Moral der herrsch.Politiker	2	60	9	29	3	67	13	17	3	63	11	23
demokratische Mitwirkung	1	30	41	28	2	31	56	11	2	30	48	20

Interessant ist, wie die Jugendlichen 1998 das Leben in der DDR und heute in Ostdeutschland in verschiedenen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen vergleichend beurteilen. Solch wertender Systemvergleich kann ja eben nur von Ostdeutschen aus eigener Erfahrung (die an dieser Untersuchung beteiligten Jugendlichen waren 1990 etwa 18 Jahre alt) und aus der Wahrnehmung der Elterngeneration angestellt werden. (vgl. Tabelle 29)

Bei sieben der 17 Gebiete meinen die Jugendlichen mehrheitlich, daß es vor der „Wende“ besser gewesen sei: soziale Sicherheit, Betreuung der Kinder, Jugendförderung, Verhältnis der Menschen untereinander, Förderung der Familie, Schutz gegen Kriminalität, soziale Gerechtigkeit.

Ein mehr oder weniger großer Vorsprung der früheren gegenüber der heutigen Situation ist auch ablesbar im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Frau, die Berufsausbildung und die Schulbildung. Außerdem meint dazu zwischen einem Drittel und einem Viertel, daß es kaum einen Unterschied gibt.

Nicht zufällig zeigen sich die deutlichsten Geschlechtsunterschiede in den Urteilen zu den Bereichen Berufsbildung, Gleichberechtigung der Frau und Förderung der Familie in dem Sinne, daß mehr ostdeutsche junge Frauen als Männer die DDR-Situation besser einschätzen.

Beeindruckend (um nicht zu sagen: erschreckend) fallen die vergleichenden Einschätzungen zur „Moral der herrschenden Politiker“ und zur „demokratischen Mitwirkung“ in den beiden Systemen aus, wenn zu ersterem 86 Prozent und zu letzterem 50 Prozent der Jugendlichen kaum einen Unterschied sehen oder aber das nicht beurteilen können. Dies kann selbstverständlich nicht folgenlos bleiben für politische Aktivität!

3.2.3. Einstellungen zu den Parteien

Tabelle 30: Erleben der Interessenvertretung durch die Parteien 1993 - 1998

„Von welcher Partei fühlen Sie sich am besten vertreten?“; in Prozent

Quelle: nach Förster 1999, S. 93

	1993	1994	1995	1996	1998		
					ges.	wbl.	ml.
SPD	10	14	9	11	18	19	17
CDU/CSU	5	20	20	16	12	9	16
Republikaner	5	3	2	3	2	1	3
Bündnis 90/Grüne	16	11	9	10	6	6	5
PDS	7	16	14	9	11	11	12
FDP	4	2	1	2	2	2	1
von einer anderen	1	2	0	0	1	0	3
von keiner	52	32	45	49	48	51	44

Rund die Hälfte der ostdeutschen Jugendlichen fühlt sich 1998 – und durchgängig seit 1993 (vom Wahljahr 1994 abgesehen) – von keiner der Parteien vertreten; dies trifft für weibliche Jugendliche (51 Prozent) in noch höherem Maße zu als für männliche (44 Prozent). Insgesamt wird mit 18 Prozent am häufigstem die SPD genannt, gefolgt von der CDU/CSU mit 12 Prozent. (vgl. Tabelle 30)

Dabei sind deutliche Zusammenhänge nachweisbar – und das kann nicht überraschen – mit der Selbsteinstufung der Jugendlichen in das Links-Rechts-Spektrum und damit ganz andere Rangfolgen (1998):

– links/eher links: 32 Prozent PDS, 23 Prozent SPD, 14 Prozent Bündnis 90/Grüne; 28 Prozent keine

– weder – noch: 18 Prozent SPD, 17 Prozent CDU/CSU; 57 Prozent keine

– eher rechts/rechts: 16 Prozent CDU/CSU, 16 Prozent Republikaner; 39 Prozent keine

Von den Jugendlichen mit Selbsteinstufung links/eher links fühlt sich dabei nur ein relativ geringer Teil (28 Prozent) von gar keiner Partei vertreten, für Jugendliche mit Selbsteinstufung eher rechts/rechts trifft das für 39 Prozent zu, während sich die in dieser Selbsteinschätzung Indifferenten mehrheitlich (57 Prozent) von keine Partei vertreten sehen.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß im Längsschnitt die Einschätzung, sich von bestimmten Parteien vertreten zu fühlen, nicht stabil ist (wie bei den Ostdeutschen generell): Nur 48 Prozent haben 1993 und 1998 dieselbe Einschätzung, 52 Prozent haben sie geändert. Die höchste Übereinstimmung besteht bei CDU/CSU (mit 73 Prozent) und bei der PDS (64 Prozent) sowie bei der Position „keine Partei“ (59 Prozent).

3.2.4. Selbsteinordnung in das Links-Rechts-Spektrum und Einstellung zu Ausländern

Tabelle 31: Positionen im Links-Rechts-Spektrum

„Über Jahrzehnte hat es sich eingebürgert, bei politischen Standortbestimmungen zwischen ‘links’ und ‘rechts’ zu unterscheiden. Wie ordnen Sie sich ein?“ 1 links, 2 eher links als rechts (hier: 1+2), 3 weder noch, 4 eher rechts als links, 5 rechts (hier: 4+5), 0 Das weiß ich (noch) nicht; in Prozent

Quelle: nach Förster 1999, S. 95f.

	1992	1993	1994	1995	1996	1998		
						ges.	wbl.	ml.
links/eher links	36	34	38	31	28	28	29	26
weder noch	39	49	50	54	58	57	60	53
eher rechts/rechts	16	11	9	11	11	12	5	20
weiß nicht	9	6	3	4	3	3	6	1

Eine Debatte um die Bedeutung, die konkreten Inhalte und Positionen, was heute unter links und rechts zu verstehen ist, kann hier selbstverständlich nicht geführt werden; es muß der Hinweis genügen, daß sich ostdeutsche Jugendliche – in den Verunsicherungen und Orientierungsnöten – offensichtlich seit der „Wende“ gut in dieses Raster einordnen können.

Bemerkenswert scheint, daß der Anteil der Vertreter der Mitte (weder – noch) von 1992 bis 1998 kontinuierlich stark angestiegen ist: von 39 auf 57 Prozent. Dafür haben die Anteile der Links- und Rechtsorientierten leicht abgenommen. 63 Prozent haben über diesen Zeitraum ihre Position nicht geändert, überproportional die in der Mitte (79 Prozent).

Die Geschlechtergruppen unterscheiden sich insofern, als sich deutlich mehr männliche als weiblich Jugendliche rechts positionieren und die weiblichen häufiger eine Mittelposition einnehmen.

Tabelle 32: Rechtsextreme Orientierungen (1998); in Prozent

Quelle: nach Förster 1999, S. 172ff.

	stark	mittel	schwach
wbl.	28	28	44
ml.	42	33	25
Parteibindung			
Republikaner	86	14	0
CDU/CSU	47	31	22
SPD	36	32	32
FDP	33	50	17
PDS	15	24	61
Bündnis 90/Grüne	5	38	57
keine	35	30	35

Letzteres trifft bekanntlich auch deutlich zu auf die Ausprägung *rechtsextremer Orientierungen* – so auch bei den 25-Jährigen.³⁸

Relativ überraschend scheint zunächst, daß sich ostdeutsche weibliche und männliche Jugendliche nicht unterscheiden hinsichtlich ihres emotionalen *Verhältnisses zu Ausländern* (vgl. Tabelle 33), wenn etwa ein Drittel klar gegen/mehr gegen als für Ausländer sind.³⁹

³⁸ FÖRSTER hat rechtsextreme Orientierungen mit einer Batterie erfaßt, die folgende Aspekte des Rechtsextremismus-Syndroms enthält: nationalistische Einstellungen, Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Autoritarismus, Einstellung zur Gewalt. Tabelle 32 stellt eine komplexe Analyse dieser Batterie dar – deshalb keine Indikator-Nennung in der Tabellenüberschrift.

³⁹ Demgegenüber stufen die Verfasser der SHELL-Studie 27 % der Jugendlichen in Gesamtdeutschland als „hoch ausländerfeindlich“ ein; allerdings hält MÜNCHMEIER diese Interpretation für ein Mißverständnis und meint auch: „Einen Rechtsruck in der jungen Generation können wir so generell nicht feststellen. Trotz zweifellos vorhandener Tendenzen liegt das Ausmaß der Ausländerfeindlichkeit im einstelligen Bereich.“ (MÜNCHMEIER 2000, S. 3)

Tabelle 33: Emotionales Verhältnis zu Ausländern (1998)

„Wie ist – ganz allgemein – Ihre Einstellung zu Ausländern?“ Ich bin gefühlsmäßig 1 klar gegen Ausländer, 2 mehr gegen als für Ausländer, 3 weder gegen noch für Ausländer, 4 mehr für als gegen Ausländer, 5 klar für Ausländer; in Prozent

Quelle: nach Förster 1999, S. 177ff.

	1	2	1+2	3	4	5	4+5
ges.	5	27	32	43	18	7	25
wbl.	5	26	31	44	17	8	25
ml.	7	27	34	43	19	4	23
<i>berufliche Zukunftszuversicht</i>							
sehr zuversichtlich	6	22	28	31	29	12	41
2	4	25	29	45	18	8	26
3	8	27	35	48	15	2	17
4+5 kaum/überhaupt nicht zuversichtlich	7	32	50	34	13	3	16
<i>Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes</i>							
völlig sicher	11	11	22	39	28	11	39
ziemlich sicher	5	30	35	41	17	7	24
ziemlich/völlig unsicher	4	28	32	50	16	2	18
<i>Angst vor einer persönlichen Notlage</i>							
stark	9	30	39	40	16	5	21
schwach	3	25	28	45	20	7	27

Diese Übereinstimmung zwischen jungen Frauen und Männern – trotz stärkerer rechtsextremer Orientierungen bei den jungen Männern – liegt offenbar darin begründet, daß (über andere Zusammenhänge hinaus, wie z. B. zur Parteienbindung) folgender deutlicher Einfluß nachweisbar ist: Je schwächer die Zuversicht entwickelt ist, berufliche Pläne verwirklichen zu können (und die ist bei jungen Frauen deutlich schwächer), desto stärker ist die Ablehnung von Ausländern.⁴⁰ Darüber hinaus trägt offenbar die (bei weiblichen Jugendlichen deutlich höhere und die mit der Angst vor Arbeitslosigkeit korrelierende) Angst vor einer persönlichen Notlage zur Ablehnung von Ausländern bei.⁴¹

⁴⁰ Vermutlich nimmt noch immer ein Teil von ihnen an, daß Ausländer die Arbeitsmarktsituation verschärfen.

⁴¹ Verzichtet, aber hingewiesen, wird hier auf die interessanten Analysen bei FÖRSTER (1999, Kapitel 12, insbes. S. 234f.) zu behaupteten Langzeitwirkungen/Zusammenhängen zwischen autoritärer Erziehung/ Kollektivorientierung in der DDR und heutiger Ausländerfeindlichkeit ostdeutscher Jugendlicher. PFEIFFER (1999) hatte im Zusammenhang mit zahlreichen fremdenfeindlichen Übergriffen in Ostdeutschland die Einstellung ostdeutscher Jugendlicher zu Gewalt und Ausländern so beantwortet: „Hauptursache ist die autoritäre Erziehung in der DDR. Viel zu früh und für viel zu lange Zeit seien die Kinder von ihren Eltern getrennt worden und in Krippen, Kindergärten, Schulen und Jugendorganisationen ständig einem hohen Anpassungsdruck an die Gruppe ausgesetzt gewesen.“ (ebd. S. 60) „Die von Partei- und Staatsapparat der DDR gesteuerte Erziehung hat Einflußfaktoren gesetzt, die bei vielen Kindern und Jugendlichen Folgen haben: eine starke Verunsicherung des Individuums,

Ähnliche Zusammenhänge sieht MÜNCHMEIER (2000) aufgrund der gesamtdeutschen SHELL-Jugendstudie: „Jugendliche mit höherer Bildung und besseren Lebenschancen nehmen Aussagen über eine angebliche Ausländerbedrohung weniger ernst. Umgedreht ist es dann natürlich so, daß Jugendliche mit geringerer Bildung kritischer zu Ausländern stehen. Das ist kein Rechtsradikalismus, sondern unterschwellig Konkurrenzangst. Ein Gefühl, von Ausländern um Lebenschancen gebracht zu werden.“ Darüber hinaus seien solche Befürchtungen vor allem in Gebieten mit besonders kleinem Ausländeranteil an der Bevölkerung (und im Osten ist er – traditionell und heute – generell geringer) angesiedelt: „Die Konkurrenzangst kursiert eher in ländlichen ostdeutschen Regionen. Also dort, wo der direkte Kontakt mit Ausländern sehr selten ist. In Städten wie Leipzig oder Dresden, dort wo der Umgang mit Ausländern teilweise schon zum Alltag gehört, sind diese Tendenzen viel geringer ausgeprägt.“ (ebd., S. 3)

3.2.5. Verbundenheit mit sozialistischen Idealen

Rund zwei Drittel der Jugendlichen geben 1998 zu erkennen, daß sie sich vor der „Wende“ mit den sozialistischen Idealen identifiziert haben, für rund die Hälfte trifft das auch heute noch zu – für die jungen Frauen in noch höherem Maße als für die jungen Männer, was angesichts der Ideale und Realitäten der Geschlechterverhältnisse im Systemvergleich nicht verwundert. (vgl. Tabelle 34)

Zusammenhänge sind nachweisbar zwischen

- der Identifikation mit den sozialistischen Idealen vor der „Wende“ und ihren damaligen politischen Einstellungen im Sinne von Systemverbundenheit,
- der Identifikation mit den sozialistischen Idealen damals und heute,
- der heutigen Identifikation mit den sozialistischen Idealen und der Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung sowie der Bewertung der Veränderungen in Ostdeutschland,
- der heutigen Identifikation mit den sozialistischen Idealen und der (linken/eher linken) Einordnung ins Links-Rechts-Spektrum

hohe Anpassungsbereitschaft an Gruppen sowie ausgeprägte Ausländerfeindlichkeit.“ (ebd., S. 63) Demgegenüber kann FÖRSTER (1999) mit seiner Längsschnittanalyse keine Langzeitwirkungen/Zusammenhänge finden und belegt (z. B. über die Kollektivorientierung der Jugendlichen in der DDR, mittels des Autoritarismustests) die Haltlosigkeit von PFEIFFERs Behauptungen.

*Tabelle 34: Verbundenheit mit den sozialistischen Idealen vor der „Wende“ und heute
 „Wie standen Sie a) vor der Wende zu den sozialistischen Idealen und wie stehen Sie b) heute
 dazu?“ Ich war/bin 1 sehr dafür, 2 eher dafür als dagegen, 3 eher dagegen als dafür, 4 sehr
 dagegen; in Prozent*

Quelle: nach Förster 1999, S. 100

	1	2	1+2	3	4
a) vor der Wende					
ges.	14	49	63	31	6
Systemverbundenheit vor der Wende					
stark	21	57	78	20	2
mittel	12	47	59	35	6
schwach	9	41	50	40	10
b) heute					
ges.	5	43	48	43	9
wbl.	6	46	52	40	8
ml.	5	39	44	45	11

4. Politische Einstellungen und Lebenszusammenhänge ostdeutscher älterer Frauen

4.1. Zu den Lebenszusammenhängen ostdeutscher älterer Frauen

Unter ostdeutschen „älteren“ Frauen werden hier solche um die Mitte 50 verstanden; damit ist gleichzeitig in etwa die Müttergeneration der „jüngeren“ gemeint.

Diese Frauen haben das Bildungs- und Ausbildungssystem der DDR durchlaufen, und ihre „Normalbiografie“ (bis zur „Wende“) läßt sich mit folgenden Stichworten umreißen:

- über die Lebensspanne kontinuierliche Vollerwerbsarbeit;
- dies in qualifizierten (erlernten, studierten) Berufen mit vergleichsweise breitem Berufsspektrum;
- synchrone Vereinbarung von Beruf und Familie;
- ökonomische Selbständigkeit (einschließlich steuer- und familienrechtlicher Flankierung), die relativ früh im Jugendalter erreicht wird;
- vergleichsweise frühe Eheschließung und Geburt des ersten Kindes (22./23. Lebensjahr) ohne Familienpause;
- tendenziell gleichberechtigte Partnerschaft und häusliche Arbeitsteilung (einschließlich hoher Akzeptanz weiblicher Erwerbsarbeit durch den Partner und außerhäuslicher Kinderbetreuung durch beide Geschlechter);
- „Selbstverständlichkeiten“ im Arbeitsumfeld und gesellschaftlichen Klima für „Vereinbarung“ und berufliches Fortkommen⁴²;
- relativ hohe weibliche Scheidungsneigung und deren Realisierbarkeit (mit familienrechtlicher Flankierung), ohne an den Rand der Gesellschaft zu geraten.

Diese Frauengeneration *hielt (und hält) sich für gleichberechtigt*: angesichts ihrer den Männern gleichen Allgemein-/Berufs-/akademischen Bildung, gelebter kontinuierlicher Erwerbsbiografie, weitgehender ökonomischer Unabhängigkeit vom Mann, angesichts der spürbaren Bemühungen des Staates (und über ihn der Betriebe) um die berufliche Entwicklung der Frauen und um Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Mutterschaft (nicht Elternschaft!) sowie angesichts fehlender *evidenter* Benachteiligung und Diskriminierung⁴³ und vergleichsweise insgesamt *flacher hierarchisierter Geschlechterverhältnisse*.

Gleichzeitig oder folgerichtig war diese Frauengeneration mehrheitlich sehr lange blind und stumm gegenüber strukturellen Benachteiligungen, die tatsächlich existierten. Interessant ist übrigens, daß diese Frauen die offizielle Staatsdoktrin seit Anfang der 70er Jahre, daß die

⁴² Wie etwa: Abstimmung der Arbeitszeit auf Öffnungszeit der Kindereinrichtungen, alle Formen der Weiterbildung/Qualifizierung (neben/in Erwerbsarbeit, alleinerziehend), gesellschaftliche Akzeptanz der Frau als Mutter unabhängig von der Familienform (ledig, verheiratet, geschieden, Lebensgemeinschaft).

⁴³ Z. B. in der Pornografie, in der Instrumentalisierung des weiblichen Körpers in der Werbung, hinsichtlich sexueller Belästigung im allgemeinen und am Arbeitsplatz. Gerade letzterem waren weibliche Intellektuelle – unter denen in den 80er Jahren eine Sensibilisierung hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse zunahm – kaum ausgesetzt.

Gleichberechtigung in der DDR gesellschaftlich verwirklicht sei⁴⁴ und so Vereinbarkeitsprobleme der Frauen auf die individuelle Ebene verkürzt wurden, in hohem Maße internalisiert haben.

Insofern hat diese Frauengeneration (teilweise bis heute) ein anderes weibliches Selbstverständnis als gleichaltrige Frauen aus der BRD (über ihr mehrheitlich gelebtes sogenanntes 3-Phasen-Modell hinaus), das sich verkürzt wie folgt beschreiben läßt: Die westdeutschen Frauen verfügten – in der Folge eines gesellschaftlichen Diskurses und feministischer Bewegungen – über eine mentale Sensibilisierung und Wahrnehmung der Geschlechterverhältnisse und eigener struktureller Benachteiligung (die in der BRD de jure länger und in stärkerem Maße als in der DDR gegeben war: Erinnerung sei beispielhaft daran, wie lange in der BRD die Erwerbstätigkeit der Frau de jure der ausdrücklichen Zustimmung des Ehemannes bedurfte), über ein ausgeprägtes *emanzipatorisches Bewußtsein*⁴⁵ (einschließlich eines ausgeprägten Sprachbewußtseins bezüglich weiblicher Berufs- u. a. Formen, das den ostdeutschen Frauen fehlte und teilweise noch fehlt).

Wenn sich dies so zum Zeitpunkt der deutsch-deutschen Vereinigung darstellt, darf nicht übersehen werden, daß darüber hinaus beide Sachverhalte historisch mindestens um eine Generation versetzt generiert wurden: Der doppelte Lebensentwurf der DDR-Mädchen und DDR-Frauen gilt bereits für die Geburtsjahrgänge der ersten Hälfte der 40er Jahre, eine emanzipatorische Sozialisation und neue weibliche Lebensentwürfe in der BRD ab Ende der 60er. (vgl. dazu BERTRAM 1990)

Auf die darüber hinaus unterschiedlichen Erfahrungen ost- und westdeutscher Frauen dieser Generation hinsichtlich der Art der Durchsetzung von Gleichstellungsfortschritten (in der DDR paternalistisch von oben nach unten, in der BRD basisdemokratisch) wurde bereits hingewiesen.

Die Chancen und künftigen Lebenszusammenhänge dieser Frauengeneration schienen zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung (in ihrem Alter von Mitte 40) an der Schwelle zur Marktwirtschaft zunächst positiv angesichts

- ihrer hohen Berufsmotivation, ihrer hohen beruflichen Qualifikation und ihres vergleichsweise breiten Berufsspektrums,
- ihrer Routine in der Vereinbarung von Familien- und Erwerbsarbeit sowie des Sachverhalts, daß die Familienplanung abgeschlossen und die Kinder mehrheitlich schon selbstständig waren,
- des absehbar stark expandierenden tertiären Wirtschaftssektors in Ostdeutschland.

Diese zunächst (individuelle und gesellschaftlich) positive Prognose konnte sich nicht bestätigen u. a. deshalb,

⁴⁴ „Und wir können deshalb auch ohne Einschränkungen sagen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Gleichberechtigung der Frau verwirklicht ist.“ (Lange 1974, S. 6)

⁴⁵ Dies meint wiederum insbesondere intellektuelle Frauen.

- weil angesichts des sich verengenden deutschen Arbeitsmarktes *Männer massiv in traditionell weibliche Domänen* drängten (beispielsweise Finanz-, Versicherungsbranchen)⁴⁶ und dabei gleichzeitig in die oberen Hierarchie-Ebenen;
- weil die Berufsverläufe ostdeutscher Frauen (im Unterschied zu den westdeutschen) dieser Generation *weniger von ihren Bildungsvoraussetzungen beeinflusst* wurden als vielmehr von – weil Frauen in ihrer *territorialen Mobilität* auf dem Arbeitsmarkt (bezogen auf weitere Entfernungen und auf den europäischen) eher eingeschränkt sind als Männer oder dies unterstellt wird;
- weil (wiewohl die anfänglichen Massenentlassungen eher geschlechtsneutral verliefen, nicht zuletzt auch infolge des Wechsels in staatlichen, politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Spitzenpositionen) insbesondere die keineswegs geschlechtsneutralen *Personalrekrutierungsstrategien* der Unternehmen dazu führten und führen, daß ostdeutsche Frauen die Mehrheit der ostdeutschen Arbeitslosen und insbesondere Langzeitarbeitslosen ausmachen (mit anderen Worten: Sie haben die geringeren Chancen, nach Arbeitslosigkeit in den Arbeitsmarkt zurückzukehren.).

Politisch-ideologisch waren die Frauen dieser Generation nach der „Wende“ (und sind es teilweise bis heute) besonderen Angriffen, Vorwürfen und Schuldzuschreibungen ausgesetzt, z. B. hinsichtlich ihrer Mütterqualitäten: „Rabenmütter“, die aus egoistischen Motiven ihre Kinder „staatlichen Verwahranstalten“ überlassen haben – mit tragischen Folgen für deren Persönlichkeitsentwicklung (vgl. ISRAEL 1990, TROMMSDORFF/KORNAD 1995, PFEIFFER 1999); hinsichtlich ihrer nach wie vor hohen Erwerbsneigung, mit der sie einerseits die Arbeitslosenstatistik in die Höhe treiben würden (vgl. POHL 1995, SCHNEIDER 1994) und andererseits den Männern den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren. (Kurt Biedenkopf in Leipzigs Neue 8/1996)

Die Situation Ostdeutscher auf/ihre Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt (insbesondere Arbeits- und Langarbeitslosigkeit) differiert nicht nur nach dem Geschlecht, sondern auch stark nach dem Alter. Insofern sind ältere Frauen doppelt benachteiligt, und sie unterscheiden sich in diesem Bereich nicht nur von gleichaltrigen Männern, sondern auch von jüngeren Frauen – darüber hinaus hinsichtlich der Handhabung arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Instrumente und deren Wirksamkeit. Dies soll im folgenden exemplarisch an der Situation älterer Frauen in Leipzig verdeutlicht werden. (vgl. BERTRAM/LAIB in SCHLEGEL 1999)

Ältere Frauen sind anteilmäßig häufiger und länger als jüngere arbeitslos; ihr Risiko, arbeitslos zu werden und zu bleiben bzw. dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu sein, ist größer. Dies hängt insgesamt nicht ab von ihren Arbeitseinstellungen und Flexibilitätsbereitschaften (die generell nicht geringer sind als die der Jüngeren), aber stark von den unterschiedlichen, oft nur vorübergehend wirkenden Förder- und Vermittlungsmöglichkeiten.

Der Anteil älterer Bürger in Leipzig wuchs auch Ende der 90er Jahre weiter, die Jugendquote wurde geringer. (vgl. Wirtschaftsbericht 1997/1998) Die Hauptursachen dafür sind: weiterhin anhaltende Abwanderungen jüngerer Arbeitskräfte, vor allem in die alten Bundesländer, in-

⁴⁶ Damit ging und geht eindeutig ein Funktionswandel in solchen ostdeutschen Branchen (von staatlichen Einheitszinsen und -versicherungen zur marktwirtschaftlichen Vielfalt) einschließlich entsprechend neuer Anforderungen an ihre Beschäftigten sowie ein Prestigeanstieg einschlägiger Berufe einher.

folge der ungünstigen Arbeitsmarktsituation; Auswirkungen des Geburtentiefs seit der Wende, das der leichte Anstieg seit 1996 nicht wettmacht.

Tabelle 35: Arbeitslose (AL) 1998 nach Geschlecht, Altersgruppen sowie Langzeitarbeitslosigkeit (LAL) Hauptamt Leipzig (Jahresdurchschnitt);

eigene Berechnungen

Quelle: Arbeitsmarkt Jahresbericht 1998

	g	w	w in % von g	LAL g	LAL in % von AL g	LAL w	LAL w in % von LAL g
unter 20 Jahre	1.008	421	41,8	12	1,2	6	50,0
20 bis 24 Jahre	3.470	1.268	36,5	272	7,8	138	50,7
25 bis 29 Jahre	4.326	1.866	43,1	772	17,8	445	57,6
30 bis 34 Jahre	5.132	2.512	48,9	1.137	22,2	733	64,5
35 bis 39 Jahre	5.179	2.552	49,3	1.305	25,2	831	63,7
40 bis 44 Jahre	4.894	2.448	50,0	1.377	28,1	864	62,7
45 bis 49 Jahre	5.199	2.756	53,0	1.675	32,2	1.057	63,1
50 bis 54 Jahre	4.894	2.724	55,7	1.884	38,5	1.205	64,0
55 bis 59 Jahre	9.605	5.605	58,4	4.701	48,9	3.121	66,4
60 Jahre und älter	839	247	29,4	374	44,6	159	42,5

Wirkungen auf die Altersquoten haben auch die längerfristigen Trends einer ansteigenden Lebenserwartung, insbesondere bei Frauen.

Die Entwicklungen am Arbeitsmarkt stehen zur älter werdenden Bevölkerung im Widerspruch. Es wird immer häufiger auf immer jüngere Altersgruppen zurückgegriffen. Das heißt, die Frauen, die aus Altersgründen entlassen und anschließend schwer vermittelbar sind, werden jünger. Lag diese Altersgrenze zu Beginn der 90er Jahre noch bei über 45 bis etwa 50 Jahren, liegt sie jetzt bei 40 Jahren, teils sogar darunter. (vgl. Tabelle 35)

Im einzelnen entwickelte sich der Umfang des jeweils aktuellen Anspruchs auf Arbeitsplätze bei den Älteren während der letzten Zeit durch den Einsatz sozialverträglicher Maßnahmen differenziert. Das gilt nicht nur für Leipzig, sondern für alle neuen Bundesländer, unterscheidet sich aber von den alten Ländern. Nach Mikrozensus betrug beispielsweise 1997 der Anteil weiblicher Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) an der weiblichen Gesamtbevölkerung in den neuen Ländern 56,6 Prozent, in den alten Ländern 46,6 Prozent. Bei den 30- bis 40-jährigen Ostfrauen war dieser Anteil 93,8 Prozent (bei den Westfrauen gleicher Altersgruppe 71,4 Prozent), bei den 40- bis 50-jährigen Ostfrauen 94,1 Prozent (West 74,5 Prozent), bei den 50- bis 60-jährigen Ostfrauen 78,5 Prozent (West 57,1 Prozent – errechnet nach Grund 1998/99). Daß die ostdeutschen Anteile der über 50-jährigen Erwerbspersonen gegenüber jüngeren Altersgruppen zurückgegangen waren, hatte Ursachen in den Regelungen zur

vorzeitigen Verrentung bzw. zum irreversiblen Vorruhestand nach der Wende in Ostdeutschland, die bis 1993 galten und noch einige Jahre nachwirkten. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre wuchsen daher die Anteile der Erwerbspersonen an der Bevölkerung bei den Älteren wieder. Die Anteile der über 60-jährigen Frauen dagegen bleiben noch gering, da gegen Ende der 90er bis Anfang der 2000er Jahre die Übergangsregelungen für ostdeutsche Frauen zur Altersrente ab 60. Lebensjahr bzw. die Bestimmungen zur Rente wegen Arbeitslosigkeit wirken. Für ostdeutsche Frauen war bis nach 1998 der Eintritt in die Altersrente mit 60 Jahren üblich. 1997 (Stand Juni) betrug der Zugang der 45- bis unter 65-jährigen Ostdeutschen zur Arbeitslosigkeit 30,9 Prozent, der Abgang im gleichen Monat 29,7 Prozent (anders als die 25- bis unter 45-Jährigen, deren Abgangsanteile mit 54,9 Prozent über den Zugangsanteilen von 50,9 Prozent lagen). Die Frauenanteile lagen über der Hälfte. Das Risiko, arbeitslos zu bleiben, ist für Ältere generell größer als für Jüngere, die Verweildauer in Arbeitslosigkeit ist länger, Langzeitarbeitslosigkeit tritt häufiger auf. Hervorzuheben ist jedoch auch das Anwachsen der Absolutzahlen bei den Zugängen zur Arbeitslosigkeit bis 1998 in Leipzig.

Die Vermittlungschancen in den ersten Arbeitsmarkt sinken mit steigendem Alter ab etwa dem 40. Lebensjahr. Welche Chancen für den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt bestehen, hängt von der jeweils aktuellen Förderpolitik ab. Neben den erhöhten Fördermitteln im Wahljahr 1998 wirkt sich eine seit einigen Jahren anhaltende besondere Förderung von alleinlebenden „älteren“ Frauen und von über 50- bzw. 55-jährigen Frauen aus. Insofern ist die Situation der 40- bis 45-jährigen Frauen am Arbeitsmarkt insgesamt nicht dieselbe wie die der 50- bis 55-Jährigen. Haben erstere noch mehr Chancen am ersten Arbeitsmarkt – wenn auch weniger als die Jüngeren –, so werden letztere häufig am zweiten Arbeitsmarkt mehr gefördert. Zugleich ist für die Altersgruppen ab 50 bis 55 Jahre eine soziale Absicherung durch Rente in Aussicht, für die 40- bis 45-Jährigen dagegen in weiter Ferne. Nicht zu unterschätzen für das Befinden und das Bewältigen von Arbeitslosigkeit ist auch, daß 40- bis 45-jährige Frauen in ihren „besten Arbeitsjahren“ abgeschoben werden zu einem Zeitpunkt, zu dem die meisten Kinder schon größer sind, eigene altersbedingte Gesundheitseinschränkungen selten eintreten, dagegen reichhaltige Arbeits- und Lebenserfahrungen das Arbeitsengagement und die Leistungen fördern können. Hinzu kommt, daß 40-jährige arbeitslose Frauen bei den heutigen Lebenserwartungen noch durchschnittlich die Hälfte ihres Lebens vor sich haben, wenn sie im Arbeitsleben bereits überflüssig sind.

Insofern sprechen Altersforscher von „zwei deutschen Altern“, was auf den anhaltenden Einfluß der unterschiedlichen Sozialisation in vier Jahrzehnten hinweisen soll (NAEGELE 1999, S. 2). Ostdeutsche „ältere“ Frauen ab etwa dem 40. Lebensjahr hatten bis zur Wende eine den Männern vergleichbare Berufsbiografie (unbefristete Vollzeiterwerbsarbeit neben der Familie) hinter sich und vor sich die Perspektive der weiteren eigenständigen Existenzsicherung (da ohne Ausgrenzung der Älteren) bis ins Rentenalter hinein – auch wenn diese infolge einer anderen Arbeitssituation oft unter dem der Männer lag. *Diese Sachverhalte prägen sehr wesentlich unter den „älteren“ Frauen wie Männern heute eine „Ostidentität“ mit.* (vgl. auch Sozialreport 50 1998)

Die heutige Gesellschaft – nicht allein der Arbeitsmarkt – setzt auf Jugend. Der Arbeitsmarkt ersetzt bewußt Erfahrung(-swissen) durch moderne Information(-stechniken). Die Situation der Älteren am Arbeitsmarkt wird besonders problematisiert durch einen seit längerer Zeit eingetretenen Wandel an Kompetenzprofilen. Es „verstärkt sich auf breiter Ebene der seit langem beobachtbare säkulare Trend von Erfahrungsqualifikationen zu Wissens- und Analysequalifikationen“. (vgl. Wirtschaftl. Leist. 1998) Neben anderem bedeutet das: Modernes, sich immer rascher verbrauchendes Wissen ist im Trend stärker gefragt als Erfahrung im Beruf, was bei Arbeitsplatzknappheit auf Kosten der älteren Erwerbstätigen geht. Dieser Wandel war – sehr viel langsamer und ohne die Konsequenz Arbeitslosigkeit – auch zu DDR-Zeiten spürbar. Er verschärfte sich in seinen Wirkungen nach der Wende enorm in Verbindung mit Rationalisierung, Technisierung, strukturellem Arbeitsplatzabbau sowie mit den systembedingten Veränderungen in der Berufs- und Qualifikationsstruktur (einschließlich der Dequalifizierung besonders vieler älterer Erwerbstätiger), ferner der politisch bedingten Ablösung fast aller Personen in leitenden Positionen und der sozialgesetzlich bedingten Maßnahmen zur Frühverrentung, die praktisch auch eine ganze Generation von den Arbeitsplätzen verwies. Die Ursachen für die besonders gravierende Situation älterer BürgerInnen am Arbeitsmarkt sind daher sowohl markt- als auch strukturell bedingt. Dadurch sind die Wirkungen auch schärfer und umfassender als in Westdeutschland. Zugleich lassen sich manche Auswirkungen noch gar nicht voll absehen, beispielsweise das Armutsrisiko. Ist Altersarmut in Ostdeutschland vergleichsweise zu anderen Ländern noch relativ gering – wenn auch größer als in Westdeutschland –, gilt als Risikogruppe für künftige Altersarmut die Gruppe der 1999 unter 60-Jährigen in den neuen Bundesländern. Gründe sind die Vorruhestandsregelungen, Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen oft geringen Rentenansprüche (NAEGELE 1999, S. 2). Altersarmut entsteht in Ostdeutschland besonders durch die Kombination von geringem Verdienst bzw. Familieneinkommen, nachfolgend längerer Arbeitslosigkeit und zu versorgenden Familienmitgliedern. Von Armut(-srisiken) betroffen ist aber auch die Gruppe der 40- bis 45-jährigen Frauen, die lange Zeit ohne Arbeit und ausreichendes (Familien-)einkommen sind. Viele Haushalte in Ostdeutschland sind finanziell auf zwei Verdiener angewiesen. Darin bildet Leipzig keine Ausnahme.

Aber auch im Falle einer vorhandenen sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit halten die weitaus meisten „älteren“ Frauen ihren Arbeitsplatzanspruch aufrecht. Arbeitslosigkeit verkraftet nur ein sehr geringer Teil derer, die vor dem Rentenalter stehen, positiver als die übrigen und findet sich ab. Hingegen treten psychosoziale Belastungen mit gesundheitlichen Auswirkungen bei Älteren nicht seltener auf als bei Jüngeren. Um dem zu begegnen, versuchen die Arbeitsämter, wenigstens Maßnahmen (ABM u. a.) in eine längere Arbeitslosigkeit „einzustreuen“, die den Übergang erträglicher machen. Von vielen Leipziger Frauen wird das dankbar angenommen.

Insgesamt weniger angenommen werden Angebote zur Altersteilzeit – außer in einzelnen Institutionen, wie der Leipziger Stadtverwaltung – was mit der Einkommenssituation und damit zusammenhängenden Rentenerwartungen zusammenhängt, weniger auch Angebote zur unentgeltlichen ehrenamtlichen Arbeit (wofür es in Ostdeutschland zu wenig positive Traditio-

nen und zu geringe soziale Absicherungen durch die Familieneinkommen gibt). Dazu im einzelnen unter 4.2.

Am meisten betroffen von Arbeitslosigkeit waren die über 50-jährigen Frauen. Die hohen Ausgangszahlen von 1995 vergrößerten sich noch erheblich und betragen in den Jahren 1995 – 1998 zahlenmäßig mehr als das Vierfache an Arbeitslosen gegenüber den bis 25-jährigen Frauen. Prozentual zu den arbeitslosen Frauen und zu den Arbeitslosen gesamt haben die 50- bis 59-jährigen Frauen die höchsten Anteile und davon wiederum die über 55-jährigen. (vgl. Tabelle 37)

Tabelle 36: Vergleich der Arbeitslosigkeit zwischen jungen Frauen und Männern sowie älteren Frauen und Männern (Hauptamt Leipzig) 1995 – 1998; eigene Berechnungen

Quelle: Arbeitsmarkt, Ausgewählte ... 1995 ... 1998; Stichtag jeweils Sept. d. J.;

		1995	1996	1997	1998
Arbeitslose	g	32.281	35.214	45.181	41.727
	w	19.801	19.718	24.689	21.176
in % von g	w	61,3	56,0	54,6	50,7
	m	12.480	15.496	20.492	20.551
in % von g	m	38,7	44,0	45,4	49,3
Frauen unter 25 Jahre:	w	1.639	1.661	2.189	2.045
in % von arbeitslosen Frauen g	w	8,3	8,4	8,9	9,7
Männer unter 25 Jahre	m	1.541	1.884	2.860	3.099
in % von arbeitslosen Männern g	m	12,3	12,2	14,0	15,1
Frauen über 50 Jahre	w	6.841	7.422	9.036	8.149
in % von arbeitslosen Frauen g	w	34,5	37,6	36,6	38,5
Männer über 50 Jahre	m	4.036	5.293	6.479	6.352
in % von arbeitslosen Männern g	m	32,3	34,2	31,6	30,9

Noch Ältere spielen in der Statistik eine geringe Rolle, da sie über Altersrenten- und Vorrentenregelungen meist bereits aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind: In den neuen Bundesländern beziehen reichlich drei Viertel der 60- bis 64-Jährigen Rente. Seit dem Wegfall der Vorruhestandsregelungen für Ostdeutschland 1993 und dem Auslaufen der Altersübergangsgelder erhöhte sich von 1995 bis 1998 der Arbeitslosenanteil unter den 55- bis 59-Jährigen deutlich: in Leipzig insgesamt von 16,8 Prozent (bei Frauen 18,0 Prozent) auf 22,2 Prozent (bei Frauen auf 25,6 Prozent).

Der ohnehin beachtliche Anteil an Altersarbeitslosigkeit wäre noch erheblich größer ohne die besonderen Förderungen der Älteren über den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt (besonders auch ältere Frauen betreffend), ferner die Möglichkeiten zur Altersteilzeit oder zur Inanspruchnahme des § 248 AFG (früher § 105c). Dadurch konnten die Arbeitslosenzahlen in die-

sem Altersbereich immer wieder reduziert werden. Zugleich ist festzustellen, daß gerade die hohen Förderquoten für Ältere nahelegen, wie gering doch deren Anteile am ersten Arbeitsmarkt geworden sind. Wer sich im Leipziger Wirtschaftsleben umschaute, kann das leicht erkennen: Man findet allerorts fast nur noch ArbeitnehmerInnen im jüngeren und mittleren Alter, in manchen Branchen sogar kaum noch die mittleren Jahrgänge. In einem Gespräch verriet eine junge Leipzigerin ihr Erstaunen, daß sie bei einem Besuch im westlichen Firmen-Stammsitz „so vielen Endfünfzigern unter den MitarbeiterInnen begegnet“ sei – was sie in Leipzig überhaupt nicht mehr kannte ...!

Tabelle 37 zeigt, daß die Anteile der einzelnen Altersgruppen (ab 30 Jahre) an der Frauenarbeitslosigkeit durchgängig von 1995 bis 1998 etwa genauso hoch sind wie die jeweiligen Anteile an den Gesamtarbeitslosen. Problematisch ist die Tendenz, daß die Altersgruppen mit größeren Anteilen an Arbeitslosen während der letzten Jahre immer jünger wurden. In der Stadt Leipzig war zwar auch 1998 der Anteil der 55- bis 59-jährigen Frauen an den Gesamtarbeitslosen mit 58,4 Prozent am größten, aber bereits ab dem 30. Lebensjahr machte dieser knapp die Hälfte aus. (vgl. Tabelle 35)

Noch deutlicher wird das bei der Langzeitarbeitslosigkeit. Tabelle 35 weist einen klaren Anstieg an Langzeitarbeitslosen bereits ab dem 30. Lebensjahr aus (von reichlich der Hälfte auf fast zwei Drittel). Das bedeutet, daß sowohl die Jahrgänge, die in Arbeitslosigkeit geraten, als auch diejenigen, die es über ein Jahr lang bleiben, immer jünger werden. Durch den Verdrängungswettbewerb fällt es den Älteren immer schwerer, aus der Arbeitslosigkeit wieder herauszukommen. (Zur Entwicklung der Lebensbedingungen, Befindlichkeiten und Intentionen älterer ostdeutscher nach der Wende – einschließlich Vorruhestand – siehe u. a. LEHMANN 1992, ULLRICH/EHRHOLD/FERCHLAND 1992, SCHMIDTKE/SCHWITZER 1993, FERCHLAND/ULLRICH 1995, Sozialreport 50+ 1998.)

Tabelle 37: Arbeitslose nach Altersgruppen und Geschlecht 1995 – 1998 (Hauptamt Leipzig); eigene Berechnungen

Quelle: Arbeitsmarkt, Ausgewählte ... 1995 ... 1998; jeweils Sept. d. J.

		1995	1996	1997	1998
Arbeitslose	g	32.281	35.214	45.181	41.727
	w	19.801	19.718	24.689	21.176
in % von g	w	61,3	56,0	54,6	50,3
unter 20 Jahre					
in % zu arbeitslosen Frauen	w	1,7	2,4	2,8	3,1
in % zu Gesamtarbeitslosen	g	2,1	2,8	3,4	3,7
20 bis 24 Jahre					
in % zu arbeitslosen Frauen	w	6,6	6,0	6,1	6,5
in % zu Gesamtarbeitslosen	g	7,7	7,3	7,8	8,6
25 bis 29 Jahre					
in % zu arbeitslosen Frauen	w	11,2	9,6	9,3	8,0
in % zu Gesamtarbeitslosen	g	11,1	10,1	10,0	9,3
30 bis 34 Jahre					
in % zu arbeitslosen Frauen	w	12,9	11,5	11,4	10,7
in % zu Gesamtarbeitslosen	g	12,4	11,4	11,2	10,9
35 bis 39 Jahre					
in % zu arbeitslosen Frauen	w	11,2	11,0	11,2	11,0
in % zu Gesamtarbeitslosen	g	11,1	10,9	11,0	11,2
40 bis 44 Jahre					
in % zu arbeitslosen Frauen	w	11,5	11,1	11,0	10,2
in % zu Gesamtarbeitslosen	g	11,6	11,0	11,1	10,2
45 bis 49 Jahre					
in % zu arbeitslosen Frauen	w	10,5	10,8	11,7	11,8
in % zu Gesamtarbeitslosen	g	10,3	10,4	11,1	11,3
50 bis 54 Jahre					
in % zu arbeitslosen Frauen	w	16,3	13,5	12,4	11,6
in % zu Gesamtarbeitslosen	g	15,5	12,7	11,7	10,5
55 bis 59 Jahre					
in % zu arbeitslosen Frauen	w	18,0	23,7	23,6	25,6
in % zu Gesamtarbeitslosen	g	16,8	22,0	21,3	22,2
60 Jahre und älter					
in % zu arbeitslosen Frauen	w	0,3	0,4	0,6	1,3
in % zu Gesamtarbeitslosen	g	1,4	1,4	1,3	2,1

4.2. Politische Einstellungen ostdeutscher älterer Frauen am Beispiel des Ehrenamts

Wie unter 4.1 dargestellt, sind ostdeutsche ältere Frauen in besonders hohem Maße der Verdrängung aus dem Erwerbsleben ausgesetzt: qua Geschlecht und qua Alter. Es ist aber die Generation, die – gegenüber ihrer Elterngeneration – über Bildung (Schul- und Berufsab-

schlüsse) von starkem sozialen Aufstieg charakterisiert ist: 72 Prozent haben im Vergleich zur Mutter und 39 Prozent zum Vater einen höheren Berufsabschluß. (vgl. ausführlicher dazu KEISER 1997)

Sie waren mehrheitlich über ihr bisheriges Leben vollerwerbstätig; nachdem die Kinder erwachsen sind, machte der Beruf ihren Lebensmittelpunkt aus, in den sie ihre Leistungsfähigkeit uneingeschränkt einbringen und aus dem sie nunmehr massiv ausgegrenzt werden.

Insofern verwundert es nicht, daß gerade sie sich – trotz weitgehend fehlender Traditionen – bei Arbeits- und Langzeitarbeitslosigkeit verstärkt ins sogenannte Ehrenamt einbringen. Auf diese Form sozialen Engagements und damit politischer Beteiligung soll im folgenden (am Beispiel Leipzigs) deshalb eingegangen werden.⁴⁷

Weitere Gründe sprechen dafür:

- die Frage, welche inhaltlichen Felder sie dabei präferieren,
- die Brisanz der aktuellen kontroversen Debatte um das Ehrenamt,
- der neue Sachverhalt, daß Ehrenamt (eben vor allem über die ostdeutschen älteren Frauen) erstmalig zum Ersatz für gewollte Erwerbsarbeit wird und daß es in Sachsen für Ältere (zwischen 55 und 60 Jahren) spezifische Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Aufgaben gibt,
- der alte Sachverhalt (für Gesamtdeutschland und traditionell für die alten Bundesländer), daß bekanntlich das Ehrenamt und darin vor allem die „Kultur des Helfens“ von den Frauen, und darunter vor allem von den älteren, getragen wird und
- die Tatsache, daß ostdeutsche ältere Frauen (angesichts der Entwicklung des demografischen Baums) einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung ausmachen und darüber hinaus (angesichts ihrer Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt) immer „jünger“ werden, somit für einen immer größeren Teil ihrer Lebensspanne alternative Felder für Betätigung und Bestätigung brauchen.

4.2.1. Zur Geschlechtstypik und zum Wandel des Ehrenamts

Bevor auf die ehrenamtlichen Tätigkeiten der LeipzigerInnen eingegangen wird, bedarf es einiger weniger Vorbemerkungen – in drei verkürzten Aussagen:

zum spezifischen Erfahrungshintergrund ehrenamtlicher Beteiligung ostdeutscher Frauen (und Männer):

In der DDR bedeutete „Ehrenamt“ für Frauen in aller Regel eine Tätigkeit⁴⁸ neben oder sogar innerhalb von Erwerbstätigkeit, z. B. in der FDJ, im Elternbeirat der Schule, im Frauenausschuß des Betriebes – gegenüber Frauen in der BRD (insbesondere der Hausfrau, der in Teilzeitarbeit oder in Familienpause), engagiert in Vereinen, Selbsthilfegruppen usw. – mit auch unterschiedlichen Motiven und Zielen solcher Beteiligung. Von Bedeutung in diesem Kontext ist auch das weitgehende Fehlen einer Vereinskultur und von Selbsthilfegruppen in der DDR.

⁴⁷ Wir stützen uns im folgenden vor allem auf ENZMANN/SCHLEGEL 1999.

⁴⁸ In Engagiertheit und Ausmaß durchaus in extremer Bandbreite – von formaler Pflichtübung (als Kassiererin in der Gewerkschaftsgruppe) bis hin zur intensiven Vorbereitung und Teilnahme an Klassenfahrten an einem Urlaubstag.

Zudem: Es wurde – und das ist auch von Relevanz bezüglich ehrenamtlicher Aktivitäten ostdeutscher älterer Frauen – mit Bezug auf NAEGELE (1999) schon darauf hingewiesen, daß es offensichtlich angesichts unterschiedlicher lebenslanger Sozialisation „zwei deutsche Alte“ gibt im Sinne einer hohen „Ostidentität“. Darüber hinaus weist KEISER (1997) im Vergleich der Generation älterer ost- und westdeutscher Frauen für ostdeutsche ältere Frauen insgesamt einen „Individualisierungsvorsprung“ nach: „Dieser kommt vor allem in einem relativen Bildungsvorsprung, in einer stärkeren Erwerbsbeteiligung wie beruflichen Mobilität, in einer stärkeren materiellen und sozialen Abhängigkeit bzw. Selbstbestimmtheit (vgl. Einkommen und Scheidungsrate) zum Ausdruck. Insbesondere innerhalb der älteren Frauengeneration traten Individualisierungstendenzen bei den ostdeutschen Frauen in allen untersuchten Lebensbereichen deutlicher zutage als bei den westdeutschen Frauen. Demzufolge konnten die älteren Frauen in der DDR offenbar in stärkerem Maße von den gesellschaftlich-historischen Entwicklungen, wie sie u. a. GEISSLER (1991) als Modernisierung beschreibt, profitieren, als dies den älteren Frauen in der BRD möglich war.“ (ebd., S. 173)

zur Geschlechtstypik von ehrenamtlicher und politischer Beteiligung:

Frauen beteiligen sich zum einen viel eher an Aktivitäten in ihrem Nahumfeld (wie Gestaltung eines Kinderspielplatzes, im Wohngebiet) mit auch erfahrbaren Arbeitsergebnissen; zum anderen sind ihre Beteiligungen viel weniger als bei Männern geknüpft an Ambitionen für Ämter und Aufstieg. Folgende interessante Definitionen und Beispiele – unfreiwillig bemerkenswert hinsichtlich der Benennung der Geschlechter – gibt ein neueres deutsches Wörterbuch (BÜNTING 1996, S. 277):

„Ehrenamt: das; (freiwillige Ausübung eines Amtes, einer) Tätigkeit ohne Bezahlung. Das Amt des Vorsitzenden im Sportverein ist ein Ehrenamt ... ehrenamtlich: eine (soziale) Tätigkeit aus Idealismus, Engagement ohne Bezahlung ausübend ... Sie ist ehrenamtliche Leiterin einer Seniorengruppe.“

Insofern verwundert es nicht, daß sich Frauen vorwiegend im sozial-karitativen Bereich im Ehrenamt engagieren, Männer vorwiegend in Verbänden. Nach Auffassung der Bundesregierung sind „Hauptursache dafür, dass Frauen in sozialen, helfenden und dienenden Ehrenämtern überrepräsentiert sind, während Männer eher leitende oder verwaltende Funktionen übernehmen, ... traditionelle Rollenbilder.“ (Frauen i. d. BRD 1998, S. 145) Darüber hinaus jedoch steht dahinter auch insbesondere ein fragwürdiger (männlicher) Politikbegriff (vgl. SCHLEGEL 1993, Kap. 1), der die o. a. vorwiegend männlichen Ehrenämter auch in größerer Nähe zur politischen Beteiligung erscheinen läßt. Bewußt oder unbewußt folgt dem auch die Bundesregierung, wenn das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Technologie ein Modellprojekt „Frauen ins politische Ehrenamt“ und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein Modellprojekt „Frauen im sozialen Ehrenamt“ fördern.

zum gegenwärtigen Wandel des Ehrenamts:

Das abnehmende bzw. fehlende ehrenamtliche Engagement der (Ost-)Deutschen, das aktuell so häufig öffentlich beklagt wird, weist auf mindestens zwei Probleme hin, die weit über die

verbreiteten Erklärungsmuster (fehlender Milieubezug und mangelnde öffentliche Anerkennung) hinausgehen:

Auf der individuellen Ebene hat für Leipziger (wie ostdeutsche) Frauen nach wie vor die eigene Erwerbsarbeit hohe Priorität: Die Erwerbstätigen stehen mehrheitlich unter hohen zeitlichen Belastungen (einschließlich notwendiger zeitlicher und räumlicher Flexibilität) und ziehen sich deshalb mehr oder weniger aus ehrenamtlicher Tätigkeit zurück; und die arbeitslosen Frauen bemühen sich mehrheitlich krampfhaft um ihre Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Insofern stellt für letztere das Ehrenamt zunehmend eine direkte Ersatzfunktion dar für Erwerbsarbeit (Verwertung ihrer beruflichen und sozialen Kompetenzen, Arbeitsbeziehungen, Selbstbestätigung).

Auf der gesellschaftlichen Ebene wurde – angesichts knapper Finanzmittel – der Ruf laut nach zusätzlichen Ressourcen.

Die letzten beiden Sachverhalte umreißen gleichzeitig die Brisanz des Themas und seine kontroversen Debatten:

daß zum einen ehrenamtliches Engagement Gefahr läuft, statt Ergänzung/Unterstützung z. B. – sozialer Arbeit oder im Kern staatlicher/kommunaler Aufgaben zu deren Ersatzlösung zu werden, so hauptamtliche Tätigkeiten zu ersetzen und einen zusätzlichen Arbeitsmarkt zu generieren, und

– daß zum anderen die existentielle Konfliktsituation arbeitsloser Frauen angesichts des engen Arbeitsmarkts ausgenutzt wird. (Zu weiteren Aspekten des Wandels des Ehrenamt s. DURTH 1995.)

Vor diesem Hintergrund sollen im folgenden beispielhaft die zahlreichen weiblichen Akteure im Ehrenamt, deren Tätigkeitsfelder und deren öffentliche Anerkennung in Leipzig umrissen werden und dabei insbesondere auf eine spezifisch sächsische Form ehrenamtlicher Arbeit eingegangen werden, die „Aktion 55“.

4.2.2. Zu den Motiven und den Tätigkeitsfeldern ehrenamtlich tätiger Frauen

In Leipzig arbeiteten Frauen besonders in den Altersgruppen ab 45 Jahre bis unter 65 Jahre ehrenamtlich. Meist sind es hochqualifizierte Frauen, die in sozialen Projekten stark engagiert sind und vom ersten oder geförderten Arbeitsmarkt verdrängt wurden. Als Motive stehen für sie im Vordergrund: die Nutzung der beruflichen Kompetenz, die Erhöhung der Chancen eines beruflichen Wiedereinstiegs, das Bedürfnis nach Arbeitsbeziehungen, die Realisierung von Interessen, Knüpfen und Erhalten von Sozialkontakten. Die ehrenamtlichen Aktivitäten helfen, eine für sie sinnerfüllte und für die Gesellschaft nützliche Tätigkeit auszuüben, insbesondere dann, wenn sie – namentlich die „Älteren“ – überwiegend unfreiwillig aus der Erwerbsarbeit ausgeschieden sind und weil ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt gleich Null sind. Aus den im folgenden umrissenen unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern ergeben sich mögliche Konflikte und Widersprüche zwischen Arbeitsmarkt und ehrenamtlichen Tätigkeiten (nach MICHEL 1997). Tätigkeitsfelder ehrenamtlicher Arbeit der LeipzigerInnen sind vor allem: Seniorenarbeit, Sport, Umwelt und Wohngebiet, Frauenarbeit, soziale und kulturelle Projekte, Gesundheit, multikulturelle Arbeit, Kinder- und Jugendarbeit. Im folgenden werden beispiel-

haft Projekte und Vereine genannt, die für eine nahezu flächendeckende ehrenamtliche Arbeit in der Stadt Leipzig stehen und das in mehr als 1 500 Vereinen, Bürgerinitiativen und kirchlichen Einrichtungen.

17 Prozent aller LeipzigerInnen sind älter als 65 Jahre (und das sind über 76 000 Männer und Frauen) und der demografische Baum in Leipzig verbreitert sich nach oben deutlich. Wenn man darüber hinaus berücksichtigt, daß die – im Sinne ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt – sogenannten Älteren immer jünger werden, dann gewinnt die soziokulturelle Seniorenarbeit zunehmend an Bedeutung, weshalb wir uns im folgenden auf diese beziehen. Insofern entstanden gerade in diesem Bereich viele Vereinigungen, in denen sich auch die LeipzigerInnen besonders zahlreich ehrenamtlich engagieren (s. auch unter 4.2.3 „Aktion 55“ Tabelle 42): Sie erbringen – nach BAT-O VII bewertet – in Leipzig jährlich Arbeitsleistungen im Wert von rund 3,4 Millionen DM (MICHEL 1997, S. 19).

Bereits 1996 arbeiteten in 22 Einrichtungen der offenen Altenhilfe der Stadt Leipzig 1 072 BürgerInnen ehrenamtlich und ohne jede Entschädigung⁴⁹, davon 776 in der Volkssolidarität und 175 im Rahmen der „Aktion 55“. (ebd.)

Besondere Aktivitäten entwickelte das Sport- und Begegnungszentrum der Aktiven Senioren Leipzig e. V. Anfang 1997 wurde der Verein für seine sportliche und kulturelle Arbeit mit älteren BürgerInnen ausgezeichnet. Im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbes „Bewegung, Spiel und Sport im Alter“ waren die LeipzigerInnen unter den 28 Finalisten von 872 TeilnehmerInnen (Vereine, Verbände u. ä.) zu finden. Mit wöchentlich 74 Angeboten in 26 verschiedenen Sportarten und monatlich 6 000 Besuchern z. B. im Sport- und Begegnungszentrum Döllingstraße läßt sich das Ausmaß von ehrenamtlicher Arbeit erahnen.

Seniorenarbeit im Ehrenamt bedeutet aber auch das Miteinander von Alt und Jung – praktiziert im Connewitzer Club, im Projekt „Senioren betreuen Kinder“ der Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Weiterbildung mbH, Oma-Enkel-Treffen. Im „Surfenden Klassenzimmer“ weisen 17-jährige Gymnasiasten den Senioren den Weg in das Internet.

Mit „Senioren ans Netz“ wurde ein Pilotprojekt im Sinne generationsübergreifenden Lernens entwickelt, das mit dem Multimediapreis von 50 000 DM ausgezeichnet wurde.

Das Projekt „Der ältere Mensch in Leipzig“ behandelt im Rahmen der Ethik und Sozialkunde an Leipziger Schulen generationsübergreifende Probleme.

Der Stadtverband der Volkssolidarität Leipzig e. V. (mit über 80 Orts- und Wohngruppen mit fast 9 000 Mitgliedern) leistet umfassende Dienste in allen Lebensbereichen für die BürgerInnen der Stadt: von Aktivitäten für Kindergärten über Essen auf Rädern bis hin zu Betreutem Wohnen, Kultur, Wandern, Reisen, Sport, Erholung, individueller Beratung. Miteinander und füreinander – so wird die Verbandsarbeit organisiert, und auch das Internet gibt darüber Auskunft.

⁴⁹ In ehrenamtlicher Arbeit entstehen immer Aufwandskosten wie Gebühren für Telefon, Post, Straßenbahn, Büromaterial – völlig abgesehen davon, dass die Ehrenamtlichen – in Anbetracht der knapperen Fördermittel – die Teilnahme an Reisen zu einschlägigen Kontaktbörsen, Erfahrungsaustauschen, Kooperationsaktivitäten, Workshops usw. überwiegend selbst finanzieren.

Eine Seniorengenossenschaft als wirtschaftliches Unternehmen von Senioren für Senioren in Plagwitz, die ihren Gewinn als Altersvorsorge für die Mitarbeiter verwendet, hat sogar die Neugier einer Gruppe Amerikaner geweckt, um am Beispiel dieser Genossenschaft zu lernen. Der Seniorenbeirat der Stadt wurde 1991 als Interessenvertretung der älteren LeipzigerInnen gegründet. 18 VertreterInnen aus mit Seniorenarbeit befaßten Vereinen, Verbänden und Einrichtungen sowie aus der Stadtverwaltung und den Fraktionen bemühen sich um umfassende Betreuung, Öffentlichkeitsarbeit und gesellschaftliche Akzeptanz, d. h. das Miteinander im täglichen Leben.

Selbstverständlich gibt es in Leipzig auch in den anderen o. a. Tätigkeitsfeldern ein großes ehrenamtliches Engagement. Insbesondere die Sportvereine und -verbände leben vom Engagement ihrer TrainerInnen und ÜbungsleiterInnen. Aber auch beispielsweise das Stadtgeschichtliche Museum arbeitet mit ehrenamtlichen MitstreiterInnen, um das Angebot für Kinder und Jugendliche zu erweitern.

Die öffentliche Wertschätzung der geleisteten Arbeit im Ehrenamt zeigt sich nicht nur in Leipzig, sondern auch bundesweit und darüber hinaus: Am 05.12.1997 wurde der Internationale Tag des Ehrenamtes begangen, weil die Leistungen der ehrenamtlich tätigen HelferInnen in vielen Ländern zum gesellschaftlichen Leben gehören. In der BRD wird dieser 5. Dezember jährlich als Tag des Ehrenamtes gewürdigt. Die Anerkennung der gesellschaftlichen Arbeit für die BürgerInnen, die ehrenamtlich im sozialen, politischen, kulturellen, karitativen und Umweltbereich arbeiten, ist nicht nur zum „Tag des Ehrenamtes“ gefragt. Die Freiwilligenagentur der Stiftung „Bürger für Bürger“, die Ende 1997 vom Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gegründet wurde, soll bessere Strukturen für die Bürger und Vereine schaffen, die sich ehrenamtlich einbringen wollen.

Jährlich gibt es im Oktober eine Veranstaltung unter Schirmherrschaft des Leipziger Oberbürgermeisters, zu der etwa 250 ehrenamtlich arbeitende BürgerInnen aus Vereinen und Verbänden in das Gewandhaus eingeladen werden.

Solche und andere Formen der öffentlichen Anerkennung ehrenamtlicher Leistungen sind geeignet und zwingend, um bürgerschaftliches Engagement zu erhalten und zu erhöhen.

4.2.3. „Aktion 55“

Eine spezielle Form ehrenamtlichen Engagements in Leipzig stellt die „Aktion 55“ dar. Sie ist ein sächsischer Versuch, über die Erstattung von Unkosten arbeitslose (und bestimmte andere nichterwerbstätige⁵⁰) Menschen zwischen 55 und 60 Jahren anzuregen, wichtige ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen. Damit ist das Land Sachsen das einzige Bundesland, das eine Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Arbeit zahlt.

Die erste Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatsregierung (v. 28.04.1995) für die „Aktion 55“ wurde ab 1. Januar 1997 neu gefaßt, indem – neben weiteren Neuregelungen – insbesondere die monatliche Aufwandsentschädigung von vorher 200 auf 150 DM reduziert wurde.

⁵⁰ EmpfängerInnen von Alters- und Übergangs-, betrieblichem Vorruhestandsgeld, Arbeitslosengeld sowie BezieherInnen von Berufs-, Erwerbsunfähigkeits- und Invalidenrenten, die nicht versicherungspflichtig sind.

Solche ehrenamtliche Tätigkeit beträgt im Rahmen der „Aktion 55“ acht bis zehn Stunden wöchentlich.

Als Träger der „Aktion 55“ in der Stadt Leipzig fungieren: Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche, Kirchengemeinden sowie Vereine⁵¹, die nicht den vorstehenden Trägern zugeordnet sind.

Schwerpunkte der ehrenamtlichen Arbeit 1996 waren:

- außerschulische Betreuung von Kindern und Jugendlichen (46,8 Prozent der Projekte, 42,6 Prozent der Personen),
- Seniorenbetreuung (24,3 Prozent der Projekte, 27,3 Prozent der Personen) und
- Umweltschutz und Landschaftspflege (8,2 Prozent der Projekte, zehn Prozent der Personen).

Die Entwicklung der „Aktion 55“ nach Projekten und ehrenamtlich tätigen Personen gibt Tabelle 38 wider.

Die Folgen der erwähnten Reduzierung um 50 DM ab 01.01.1997 zeigen sich im deutlichen Rückgang der Projekte in Sachsen und der Personenzahl in „Aktion 55“. Weitere Gründe sind der unverhältnismäßig hohe Verwaltungsaufwand für die Vereine und das starre Abrechnungssystem für die Beteiligten. Ende 1996 waren es 6 089 Projekte, in denen 16 427 Personen ehrenamtlich arbeiteten, so reduzierte sich die Anzahl der Projekte per 23. Juni 1997 auf 4 459 und 12 700 Personen. Das ist ein Rückgang in sechs Monaten um 1 630 Projekte (27 Prozent) und 3 727 Personen (29 Prozent).

Tabelle 38: TeilnehmerInnen und Projekte an der „Aktion 55“ 1995 - 1998 in Sachsen

Quelle: Sächs. Seniorenrep. 1998

	31.12.95	01.12.96	23.06.97
Projekte	6.608	6.089	4.459
Personen	16.508	16.427	12.700
davon im Regierungsbezirk:			
Chemnitz	6.922	7.003	5.271
Dresden	6.767	6.813	5.309
Leipzig	2.849	2.611	2.120

Im Regierungsbezirk Leipzig ging die Anzahl der teilnehmenden Personen an der „Aktion 55“ von 2 611 per 1. Dezember 1996 auf 2 120 am 23. Juni 1997 zurück. Das sind 491 ehrenamtlich Aktive weniger (19 Prozent). Bis heute geht die Beteiligung an der „Aktion 55“ weiter deutlich zurück, obwohl viele Vereine (auch in der Leipziger Presse) solche Mitstreiter suchen.

Interessant ist ein Blick auf die Zusammensetzung der in „Aktion 55“ ehrenamtlich Tätigen in Leipzig nach der Quelle ihres Lebensunterhalts. Dabei zeigt sich (s. Tabelle 39), daß die Be-

⁵¹ Vereinigungen, gemeinnützige Vereine, Gruppen und eingetragene Vereine; im folgenden Vereine.

zieherInnen von Altersübergangsgeld und die sich im Vorruhestand Befindenden (1995 das Gros in der „Aktion 55“) praktisch nicht mehr beteiligt sind: nicht nur, weil sie sich von ihr zurückziehen, sondern insbesondere, weil letztere durch die einschlägige Übergangsregelung nach der deutschen Vereinigung inzwischen zu „alt“ sind für die „Aktion 55“.

*Tabelle 39: Anzahl der Personen in „Aktion 55“ in Leipzig 1995 - 1998 nach der Quelle ihres Lebensunterhalts und nach Geschlecht; eigene Berechnung
Quelle: Stadt Leipzig/Sozialamt; Auskunft v. 09.07.1999*

		1995	1996	1997	1998
Personen in "Aktion 55"	g	781	802	729	564
	w	450	506	499	417
	m	331	296	230	147
in % von g	w	57,6	63,1	68,4	73,9
EmpfängerInnen von:					
Altersübergangsgeld	g	517	365	156	6
Berufsunfähig.-/Erwerbsunfähig.-/Invalidenrente	g	61	79	68	65
Arbeitslosengeld / -hilfe	g	203	358	505	493

Dagegen erhöht sich – bei insgesamt abnehmender Beteiligung – die Anzahl der Arbeitslosen (mit Arbeitslosengeld und -hilfe) auf fast 250 Prozent! Hier wird die oben umrissene Ersatzfunktion des Ehrenamts für nicht mögliche Erwerbsarbeit deutlich.

Wie bereits erwähnt, sind die Träger für die ehrenamtliche Tätigkeit in „Aktion 55“ überwiegend Vereine; sie beheimaten die höchste Anzahl von Projekten und beteiligte Personen und erhalten den größten Teil der Mittelbewilligungen. Deshalb werden diese im folgenden näher betrachtet. (s. Tabelle 41)

Tabelle 40: Träger der „Aktion 55“ in Leipzig 1995 - 1998 nach Anzahl der Projekte, Vereine und Personen sowie nach den bewilligten Mitteln in TDM; eigene Berechnung

Quelle: Stadt Leipzig/Sozialamt; Auskunft v. 09.07.1999

*	1995			1996			1997			1998		
	Projekt-anzahl	Personen-anzahl	bewilligte Mittel	Projekt-anzahl	Personen-anzahl	bewilligte Mittel	Projekt-anzahl	Personen-anzahl	bewilligte Mittel	Projekt-anzahl	Personen-anzahl	bewilligte Mittel
1	173	498	971,4	145	463	850,4	129	420	506,1	100	314	392,8
2	54	181	325,8	57	236	428,2	58	207	263,1	44	172	192,6
3	9	47	90,4	9	45	81,2	8	36	44,7	6	23	32,1
4	19	28	58,8	20	28	54,2	17	27	31,1	12	18	24,8
5	6	23	35,2	5	19	37,4	5	16	22,1	4	14	19,2
6	2	3	6,0	5	6	12,4	9	15	17,6	9	15	17,7
7	1	1	2,4	4	5	11,4	5	8	10,1	4	8	9,9
	264	781	1.490,0	245	802	1.475,2	231	729	894,6	179	564	689,1

*Träger: 1 Vereine; 2 Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband; 3 Deutscher Caritasverband; 4 Kirchengemeinden; 5 Deutsches Rotes Kreuz; 6 Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche; 7 Arbeiterwohlfahrt

Tabelle 41: „Aktion 55“ 1995 - 1998 in Leipzig nach Projekten, Personen und Mittel in TDM; eigene Berechnung

Quelle: Stadt Leipzig/Sozialamt; Auskunft v. 09.07.1999

	1995		1996		1997		*1998		1.1.95 - 31.12.98	
	g	davon Vereine	g	davon Vereine	g	davon Vereine	g	davon Vereine	g	davon Vereine
Anzahl d. Projekte	264	173	245	145	231	129	179	100	919	547
Personen g	781	498	802	463	729	420	564	314	2.876	1.695
w	450		506		499		417		1.872	
m	331		296		230		147		1.004	
bewilligte Mittel	1.490,0	971,4	1.475,2	850,4	894,6	506,1	689,1	392,9	4.548,9	2.720,8

Von 1995 bis 1998 ist sowohl die Gesamtanzahl der Projekte als auch der Personen und Mittel kontinuierlich gesunken, was sich natürlich besonders auch bei den Vereinigungen niederschlägt: im Rückgang der Projekte um 32 Prozent, der Ehrenamtlichen um 40 Prozent und auch entsprechend der Mittel von 971 400 auf 392 900 DM.

Betrachtet man die Entwicklung der Anteile von Frauen und Männern in allen Projekten (für die Vereinigungen liegt leider keine Differenzierung nach Geschlecht vor), so war das Verhältnis 1995 etwa 4 : 3 und 1998 – nach kontinuierlichem und deutlichem Rückzug der Männer – fast 2 : 1.

Tabelle 42: Vereine in Leipzig mit den meisten in „Aktion 55“ beschäftigten Personen 1998; eigene Berechnung

Quelle: Stadt Leipzig/Sozialamt; Auskunft v. 09.07.1999

Verein	Personen	Verein	Personen
Aktive Senioren	59	Mütterzentrum	11
SEFA (Sen.-u. Familienselbsthilfe)	39	Selbsthilfe Plagwitz	10
Zentrum für Integration	38	Seniorenhaus Selbsthilfe Plagwitz	10
Graue Löwen	37	Ökolöwe	9
Caritasverband Leipzig	21	Seniorentreff 72	9
Volkssolidarität	20	Arbeitslosenverband	8
BV Lebenstraum Schönefeld	18	Gesangs- und Tanzensemble	8
SHIA (Selbsthilfegr. Alleinerzieh.)	17	Sozialdienst Kath. Frauen	8
Deutscher Familienverband	15	Louise-Otto-Peters-Gesellschaft	7
DRK	14	Siedlerverband Th. Münzer	7
Haus der Demokratie	13	Verband Altenkultur	7
Diakonisches Werk	12	Förderverein für soziale Projekte	6
Summe	303	Summe	100

Die inhaltliche Vielfalt der Arbeit der Ehrenamtlichen in „Aktion 55“ wird am sehr breiten Spektrum der Vereinigungen, gemeinnützigen Vereine, Gruppen und e. V. deutlich, in denen sie engagiert sind.

Die meisten Vereine (rund 80 Prozent) haben 1 bis 5 ehrenamtliche MitarbeiterInnen im Rahmen der „Aktion 55“; darunter sind besonders viele Sportvereine. Gesucht werden – und bewilligt würden – aber deutlich mehr.

Demgegenüber konzentrieren sich aber die meisten (403 von insgesamt 565) Ehrenamtlichen auf 24 von insgesamt 111 Vereinen, in denen von 6 bis 59 Personen mitarbeiten; diese werden in Tabelle 42 aufgeführt. Sie erfreuen sich offenbar von ihren Tätigkeitsfeldern her einer relativ großen Anziehungskraft auf bestimmte Gruppen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten; dies bezieht sich insbesondere wieder auf die oben erwähnte soziokulturelle Seniorenarbeit.

Bei aller (einleitend umrissenen) Problematik und auch angesichts der Tendenz, daß zunehmend genuin kommunale und Länderaufgaben und -verpflichtungen auf Ehrenamtliche abgeschoben werden⁵², besitzt ehrenamtliche Arbeit doch einen (gerade für ostdeutsche ältere Frauen) hohen individuellen und auch gesellschaftlichen Wert.

⁵² Als Arbeit ohne Lohn, die erlaubt (so Prof. Monika Simmel-Joachim), „die Kosten zu senken, die Lücken abdeckt, die überlastete Dienste lassen“.

5. Abschließende Bemerkungen

Für die Lebenszusammenhänge ostdeutscher jüngerer und älterer Frauen bedeuten die Veränderungen seit der „Wende“ angesichts ihres Gleichstellungsvorsprungs aus der DDR keine „nachholende Modernisierung“. Vielmehr sind sie – trotz vergleichsweise stromlinienförmiger DDR-Biografien – mit Ent-Individualisierungstendenzen verbunden. (vgl. unter Abschnitt 2 und KEISER 1997, S. 242ff.)

Nach vergleichsweise egalitären Lebensverhältnissen in der DDR vollziehen sich – auf dem Hintergrund von Polarisierungsprozessen in Ostdeutschland insgesamt – deutliche Tendenzen der Zunahme von sozialen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtergruppen sowie innerhalb der Frauen und zwischen jüngeren und älteren Frauen – dies im Sinne zunehmender Benachteiligung der Frauen und insbesondere der älteren.

Dies führt aus verschiedenen Gründen (noch) nicht zu einem politischen Protestpotential, insbesondere

- infolge verbreitet immer noch mangelnder Sensibilität ostdeutscher Frauen gegenüber Benachteiligung qua Geschlecht;
- infolge vor allem deshalb fehlender Solidarisierung untereinander und politischer Artikulation, was darüber hinaus auch mangelnden Erfahrungen angesichts patriarchalischen DDR-Strukturen und paternalistischen Durchsetzungsmechanismen (auch im Bereich der Gleichstellung) in der DDR geschuldet ist sowie fehlenden feministischen Bewegungen (einschließlich eines historisch ausgebliebenen Diskurses zu den Geschlechterverhältnissen und einer bis heute anhaltenden Distanz zur Normalbiografie der westdeutschen Frauen und zu westdeutschen – teilweise als militant und männerfeindlich wahrgenommenen – feministischen Gruppen);
- infolge der zunehmenden Nachrangigkeit des Problems der Gleichstellung der Geschlechter (auch in eher „geschlechtslosen“ gesellschaftlichen Zukunftsmodellen) angesichts anderer aktueller existenzieller gesellschaftlicher Fragen und deren Widerspiegelung im öffentlichen Bewußtsein.⁵³

Hier liegen aber ganz erhebliche politische Potenziale, diese „Defizite“ zu „knacken“ sofern tatsächlich der politische Wille dafür existent ist – dies unter mehreren Perspektiven:

- mit der Bewußtmachung der Benachteiligung ostdeutscher Frauen qua Geschlecht und ihrer Aktivierung zu politischen Subjekten;
- mit verstärkten politischen Bemühungen um die Auflösung des bestehenden Widerspruchs zwischen den durchorganisierten hierarchischen Strukturen der etablierten Parteien mit ihren Spielregeln und dem weiblichen Unwillen, ihr politisches Engagement aus Gründen vermeintlicher oder tatsächlicher Effektivitätssteigerung Rentabilitäts- und Rationalisierungskriterien zu unterwerfen. (vgl. SCHLEGEL 1993, S. 48ff.) Da sich Frauen offensichtlich stärker engagieren in ihrem sozialen (über- und durchschaubaren) Umfeld, für ganzheitliche oder konkrete

⁵³ Vgl. z. B. innerhalb der „Werte der Zukunft“ der Befund zur Frage „Welche Themen werden künftig wichtiger?“, wo „Gleichberechtigung der Frau“ von 1996 zu 1999 von Rangplatz 5 weit nach unten auf 12 zurückging. (FOCUS 2000, S. 63)

Probleme, möglichst fern von strengen Hierarchien, in eher informellen Strukturen, unter einer möglichen Verknüpfung der Sach- mit der Beziehungsebene, der „privaten“ mit der „öffentlichen“ Sphäre, andererseits die Parteienpolitik dem mehrheitlich deutlich zuwiderläuft, sollten die etablierten Parteien über ihre Bürgernähe und Strukturen nachdenken.⁵⁴ Zudem sind zahlreiche Themen innerhalb der parteipolitischen Interessen kaum attraktiv für Frauen sind. Außer den Frauen entfernen sich zunehmend auch Jugendliche von ihnen, und die Akzeptanz alternativer politischer Handlungsformen (mit demokratischen Mitteln) wächst demgegenüber an. Während das Mißtrauen gegen die Parteien und die Politiker steigt und sie zunehmend mit Macht, Korruption, Lüge und Handlungsunfähigkeit konnotiert werden. Chancen hätten Frauen vor Ort an der Basis, die punktuelle und thematische politische Partizipationsmöglichkeiten zuläßt mit großen Handlungsspielräumen im Umfeld der Parteien, die bereit sind, deren Ergebnisse parlamentarisch einzubringen, oder aber (verfassungsmäßig verankerte) neue politische Organisationsformen, wie das MÖLLER (1991) vorschlägt, z. B. die Akzeptanz „direktdemokratischer Elemente politischer Kultur und Formen direktdemokratischer Staatswillensbildung als ergänzende Faktoren repräsentativer Demokratie“, ein „Wahl-system mit einer dritten Stimme, mit der entschieden wird, welcher der sozialen und Bürgerbewegungen bei der Zuteilung von Geld besonders gefördert wird (Ergänzung zur Parteienfinanzierung)“. (ebd., S. 51f.)

– mit sichtbaren politischen Bemühungen aus der Sackgasse der traditionellen Frauenpolitik im Sinne der Angleichung und „Anhebung“ weiblicher an männliche Lebensverhältnisse und -zusammenhänge. Vielmehr müssen politische (einschließlich juristische, arbeitsmarktbezogene) Strategien zur Gleichstellung der Geschlechter an einem übergeordneten Maßstab für alle Menschen (Frauen und Männer) orientiert sein für mit einem gleichen Maß an Freiheit, Verpflichtungen sowie Optionen für ein selbstbestimmtes Leben. (vgl. GERHARD 1990, S. 13ff.)

Dies würde insbesondere ostdeutsche Frauen erreichen angesichts ihres traditionell distanzier-ten Verhältnisses beispielsweise zur Quotenregelung. Denn insgesamt stellen Begriff und gängige Praxis der „Frauenförderung“ im Kern ein Paradoxon dar, weil sie zwar als Intervention darauf gerichtet sind, Geschlecht als diskriminierenden Faktor abzuschaffen, dabei aber implizit Geschlecht ins Zentrum der Intervention stellen und nur auf die Frau beziehen.

Trotz allem bleibt die „Quote“ ein vehiculum gerade für die etablierten politischen Strukturen insofern, als zum einen damit mehr Frauen Chancen zu Subjekten/Akteurinnen von Politik insgesamt und von Gleichstellungspolitik im speziellen eingeräumt werden und zum anderen damit identifizierbare Vorbilder und öffentliche Vergewisserung für die (nicht nur) ostdeutschen Frauen zur Verfügung stehen.

⁵⁴ Als erschwerender Faktor ist zudem – auf dem Erfahrungshintergrund der DDR-Verhältnisse hinsichtlich der Mitgliedschaft in Parteien und Organisationen – deren Zögerlichkeit bezüglich des Eintritts in politische Organisationsformen in Betracht zu ziehen. „Gewerkschaft usw. haben mich früher nur benutzt ...; ich lasse mich nicht wieder durch irgendwelche Parteien, Gewerkschaften usw. unter Druck stellen; wenn man ehrlich was ändern will, hat man früher nichts erreicht, und heute ist es nicht viel anders.“ „Nase voll von SED-Partei, Gewerkschaft FDGB und DSF – nie wieder!“ (Frauen in Sachsen 1992, S. 39)

Insbesondere für ostdeutsche Jugendliche bleibt Dreh- und Angelpunkt ihrer Systembindung, ihrer politischen Einstellungen und Partizipation, inwieweit sie Bedingungen vorfinden, die ihnen insbesondere die *Verwirklichung ihrer beruflichen Zukunft* ermöglichen – also die Entwicklung des Ausbildungs- und Arbeitsmarkts. Zudem stecken gerade ostdeutsche Frauen ihre gesamte Kraft und Zeit in die Realisierung ihrer beruflichen Orientierung – ob sie erwerbstätig oder arbeitslos sind: Erwerbstätige wenden zunehmend mehr Zeit und Kraft für ihre Erwerbstätigkeit auf⁵⁵, und Arbeitslose – mit objektiv mehr Zeit – bemühen sich (teilweise krampfhaft) um Rückkehr in die Erwerbsarbeit⁵⁶, so daß innerhalb der Lebens- und Wertorientierungen politische Orientierungen und Aktivitäten eine untergeordnete Rolle spielen.

Last but not least wären die Aktivierung der ostdeutschen Frauen für politische Aktivität und ihre Solidarisierung, aber auch die anderen ebengenannten politischen Initiativen gleichzeitig ein ganz wesentlicher Beitrag auf dem Weg zur „inneren Einheit“ in Deutschland und zwar – angesichts des gegenwärtigen Roll-backs in den Geschlechterverhältnissen und in der politischen Kultur – deutlich in Richtung gesellschaftlicher Progression.

Das Potential dafür ist gegeben angesichts folgender typischer Aussage einer 25-Jährigen (Ärztin und Schauspielerin): „Daß mir etwas fehlt, weil ich in der DDR aufgewachsen bin, glaube ich nicht. ich habe eher das Gefühl, daß mir jetzt etwas fehlt ... Nicht das persönliche Ziel, das habe ich. Aber ich habe das Bedürfnis, mich darüber hinaus irgendwo einzubringen.“ (Billerbeck 1999, S. 60) Oder: „Ich möchte unabhängig von Kirche, Partei, Gewerkschaft oder Bürgerinitiative sein. Ich finde momentan keine Gruppierung, für die ich meine Stimme abgeben würde ...“ (Frauen in Sachsen 1992, S. 38)

⁵⁵ Äußerungen zum politischen Nichtengagement: „... keine Zeit mehr, durch Umschulung, stehe 10 Stunden bzw. Donnerstag 11 Stunden im Geschäft ...; kaum Zeit für die Familie; Ehemann arbeitet in den Altbundesländern ...“ (Frauen in Sachsen 1992, S. 39)

⁵⁶ „Ich habe mit mir und den Umständen jetzt sowie der Arbeitslosigkeit zu tun.“ (ebd.)

6. Literatur

- Ahnert, Lieselotte; Schmidt, Alfred: Familiäre Anpassungsleistungen im gesellschaftlichen Umbruch: Auswirkungen auf die frühkindliche Entwicklung. In: Sydow/Schlegel/Helmke 1995, a. a. O.
- Der Arbeitsmarkt: Jahresbericht 1998. Stadt Leipzig: Bundesanstalt für Arbeit/Arbeitsamt Leipzig, o. J. (1998)
- Bertram, Hans: Mütter und Kinder – Zur Individualisierung der Kinder- und Frauenrolle in der Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 40 - 41/1990, S. 30 - 39
- Billerbeck, Liane v.: Generation Ost: Aufmüpfig, angepaßt, ehrgeizig? Jugendliche nach der Wende: Zwölf Selbstaussagen. Berlin: Links, 1999; 135 S.
- Bünting, Karl-Dieter: Deutsches Wörterbuch. Chur: Isis, 1996
- Durth, K. Rüdiger: Die Frauen haben im Sozialen immer noch die Nase vorn: Das Ehrenamt, die Kirche und der Gesellschaftswandel. In: Das Parlament Nr. 7 - 8/1995 v. 10./17.2.1995
- Enzmann, Karin; Schlegel, Uta: Frauen und ehrenamtliche Arbeit. In: Schlegel 1999d
- Faulenbach, B.: Viele Prägungen werden nur langsam verschwinden. In: Aus Politik und Zeitgeschichte/Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 40 - 41/1997
- Ferchland, Rainer; Ullrich, Renate: Junge Alte in den neuen Bundesländern – eine Generation in der Krise. In: Sydow/Schlegel/Helmke 1995, a. a. O.
- Fobe, Karin: Lebensentwürfe Jugendlicher an der Schwelle zum Beruf. In: Schlegel/Förster 1997, a. a. O., S. 243 - 262
- Fobe, K., u. a.: Der Wandel der Lebenswelt Jugendlicher aus der ehemaligen DDR vor, während und nach der „Wende“ und der Einfluß auf die Lebensentwürfe. Halle: KSPW, 1992 (= Graue Reihe der KSPW 511)
- Fobe, K., u. a.: Der Wandel der Lebensentwürfe ostdeutscher Jugendlicher vor, während und nach der „Wende“. In: Sydow/Schlegel/Helmke, a. a. O., 1995, S. 2 - 22
- Focus-Studie Mit welchen Erwartungen die jungen Deutschen ins neue Jahrtausend gehen. Focus 12/2000 v. 20.03.2000, S. 62 - 74
- Förster, Peter: Geschlechterposition und Wertorientierungen. 3. Wertorientierungen und gesellschaftliche Aktivität. Leipzig: Zentralinstitut für Jugendforschung, 1985 (unveröff. Forschungsbericht)
- Förster, Peter: Der lange Weg vom DDR- zum Bundesbürger. In: Schlegel/Förster 1997, a. a. O., S. 207 - 223
- Förster, Peter: Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Längsschnittanalyse des politischen Einstellungswandels bei ostdeutschen Jugendlichen vor und nach der Wende. Dokumentation ausgewählter Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie zwischen 1987 und 1998. Leipzig Juli 1999; 265 S. u. Anh.
- Förster, Peter: Die 25-Jährigen auf dem langen Weg in das vereinte Deutschland. Ergebnisse einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie bei jungen Ostdeutschen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte/Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 43 - 44/1999b

- Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, März 1998
- Frauen in Sachsen zwischen Betroffenheit und Hoffnung. Recherchiert und kommentiert von Birgit Bütow, Helga Heidrich, Brigitte Lindert u. Elke Neuke unter Mitarbeit von Brunhilde Krone u. Helga Liebecke. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Verein, 1992
- Friedrich, Walter: Mentalitätswandlungen der Jugend der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte/Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 16 - 17/1990
- Friedrich, Walter: Regierte die SED ständig gegen die Mehrheit des Volkes? In: Ansichten zur Geschichte der DDR Bd. 5. Bonn/Berlin: M. Kirchner, 1995, S. 123 - 147
- Friedrich, Walter: Zur Mentalität der ostdeutschen Jugend. In: Schlegel/Förster 1997, a. a. O., S. 39 - 51
- Fritze, Lothar: Irritationen im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß. In: Aus Politik und Zeitgeschichte/Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 27/1995 v. 30.06.1995, S. 3 - 9
- Geißler, R.: Sozialer Umbruch als Modernisierung. In: Geißler, R. (Hrsg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich, 1993, S. 63 - 91
- Gerhard, Ute: Gleichheit ohne Angleichung: Frauen im Recht. München: Beck, 1990 (Beck'sche Reihe 391)
- Gleichberechtigung von Frauen und Männern: Wirklichkeit und Einstellungen in der Bevölkerung. Ergebnisse zweier repräsentativer Bevölkerungsumfragen (ipos-Umfrage Nov. 1995). Bonn/Mannheim: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Institut für praxisorientierte Sozialforschung, 1996 (= Materialien zur Frauenpolitik 55)
- Heinz, Walter R.: Berufsverläufe im Transformationsprozeß. In: Individuelle Entwicklung, Bildung und Berufsverläufe. Opladen: Leske + Budrich, 1996 (= Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland 4)
- Hengsbach, Friedhelm; Möhring-Hesse, Mathias: Aus der Schieflage heraus: Demokratische Verteilung von Reichtum und Arbeit. Bonn: Dietz, 1999 (Politik im Taschenbuch 24)
- Israel, A.: Kindheit in der DDR – repressive Erziehung und ihre Folgen. In: psychomed 2/1990, S. 104 - 107
- Jaide, W.; Hille, Barbara: Jugend in der DDR im Wandel? In: Kultur und Politik 4/1990, S. 36 - 48
- Keddi, Barbara; Pfeil, Patricia; Strehmel, Petra; Wittmann, Svendy: Lebensthemen junger Frauen. Die andere Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe: eine Längsschnittuntersuchung in Bayern und Sachsen. Opladen: Leske + Budrich, 1999; 244 S.
- Keiser, Sarina: Ostdeutsche Frauen zwischen Individualisierung und Re-Traditionalisierung – Ein Generationenvergleich. Hamburg: Kovac, 1997 (zugl. Dresden, Technische Universität; Diss. 1996); 259 S.
- Kirst, Inga: Die Absolventinnengeneration des Jahres 1998 der HTWK Leipzig – Integrationschancen in den Erwerbsarbeitsmarkt. Leipzig: Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (FH)/Fachbereich Sozialwesen, 1999 (unveröff.)

- Köcher, R.: Hat Deutschland eine gefestigte Demokratie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte/Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 16/1999 v. 16.04.1999
- Lange, Inge: Aktuelle Probleme der Arbeit mit den Frauen bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitag der SED. Berlin: Dietz Verlag, 1974
- Lehmann, Heiko: Erfahrungen und Perspektiven älterer Arbeitnehmer beim frühen Übergang in den Ruhestand (Kurzstudie). Berlin/Halle: KSPW, 1992
- Lindner, Bernd: Sozialisation und politische Kultur junger Ostdeutscher vor und nach der Wende – ein generationsspezifisches Analysemodell. In: Schlegel/Förster 1997, a. a. O., S. 23 - 37
- Männle, Ursula: Machtdefinition. In: Männle, Ursula (Hrsg.): Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert. München: Hans-Seidel-Stiftung/Akademie für Politik und Zeitgeschehen, 1999 (= Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 10)
- Meyer, Birgit: Politik als Beruf – auch für Frauen? Oder: die Schwierigkeit, sich an die ersten Politikerinnen der Nachkriegszeit zu erinnern. In: Frauenforschung 3/1989, S. 29 - 42
- Meyer, Birgit: Hat sie den überhaupt gekocht? Frauen in der Politik von der Nachkriegszeit bis heute. In: Zeitschrift für Frauenforschung 3/1993
- Meyer, Sibylle; Schulze, Eva: Familie im Umbruch: Zur Lage der Familien in der ehemaligen DDR; Studie i. A. des Bundesministeriums für Familie und Senioren. Stuttgart/Berlin/Köln: Kohlhammer, 1992 (=Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie und Senioren 7)
- Michel, Marion: Ehrenamtliches Engagement in Leipziger Seniorenbegegnungsstätten. Studie i. A. des Seniorenbeirats der Stadt Leipzig. Leipzig: Universität Leipzig/Universitätsklinikum/Selbständige Abteilung Sozialmedizin am Institut für Arbeitsmedizin und Sozialmedizin; Dez. 1998 (unveröff. Ms.)
- Möller, B.: Soziologisch-politische Analyse der Parteienentwicklung in der DDR. In: Tsatsos, D. Th. (Hrsg.): Auf dem Weg zu einem gesamtdeutschen Parteienrecht. Baden-Baden 1991, S. 29 - 54
- Münchmeier, Richard: Jugend mit gewachsener Zuversicht. In: LVZ v. 27.03.2000; Junge ostdeutsche Frauen nutzen ihre Lebenschancen am besten. In: LVZ v. 28.03.2000
- Naegele, Gerhard: Altersforscher als Berater? In: Neues Deutschland v. 10./11.07.1999
- Nickel, Hildegard Maria; Schenk, Sabine: Prozesse Geschlechtsspezifischer Differenzierung im Erwerbssystem. In: Nickel, H. M.; Kühl, J.; Schenk, S. (Hrsg.): Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch. Berlin: Akademie Verlag, 1994
- Notz, Gisela: „Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann.“ Die Auswirkungen der Geburt des ersten Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern. Bonn: Dietz, 1991 (Reihe Arbeits- und Sozialforschung 8)
- Pfeiffer, Christian: Erziehung zum Haß. In: Spiegel 12/1999
- Pohl, R.: Antrittsvorlesung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 10.01.1995
- Das Profil der Deutschen – Was sie vereint, was sie trennt. Hamburg 1991 (= Spiegel-Spezial 1/1991)

- Rohnstock, Katrin: Statement. In: Frauen nach der Wende – Frauen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch. Dokumentation des Workshops in Berlin am 28. November 1997. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung/Abteilung Ostdeutsche Länder, 1998, S. 57 - 74
- Roski, Günter: Zur Entwicklung politisch-ideologischer Überzeugungen bei jungen Leuten. Differenzierte Betrachtung nach dem Geschlecht. Leipzig: Zentralinstitut für Jugendforschung, 1985 (unveröff. Forschungsbericht)
- Rubart, F.: Partizipation von Frauen in neuen sozialen Bewegungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 42/1988 vom 18.10.1988, S. 30 - 42
- Schaeffer-Hegel, Barbara: Frauen und Macht. In: Männle, Ursula (Hrsg.): Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert. München: Hans-Seidel-Stiftung/Akademie für Politik und Zeitgeschehen, 1999 (= Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 10)
- Schenk, Sabine; Schlegel, Uta: Frauen in den neuen Bundesländern: Zurück in eine andere Moderne? In: Berliner Journal für Soziologie 3/1993
- Schlegel, Uta: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig: Rosa-Luxemburg-Verein e. V., 1993. I. A. des Rosa-Luxemburg-Vereins herausgegeben von Lutz Höll und Manfred Neuhaus (= Texte zur politischen Bildung Heft 5)
- Schlegel, Uta: Weibliche Jugendliche in Ostdeutschland – makrosoziologische Perspektiven. In: Schlegel/Förster, a. a. O. 1997, S. 169 - 191
- Schlegel, Uta: Ost- und westdeutsche Frauen: unterschiedliche Erfahrungen, Mißverständnisse und gemeinsame Zukunft. In: VIA REGIA – Blätter für internationale Kommunikation 60/61 März/April 1999a
- Schlegel, Uta: Frauen in Ost- und Westdeutschland: Gemeinsamkeiten und Unterschiede in ihren Lebenszusammenhängen und Perspektiven. In: 10 Jahre deutsche Einheit – Beiträge zum innerdeutschen Verhältnis. Hannover: Lutherisches Verlagshaus GmbH, 1999b (Hanns-Lilje-Forum. Protestantische Beiträge zu Fragen der Zeit Bd. 3; Hrsg.: Eckhart von Vietinghoff/Hans May)
- Schlegel, Uta: Weibliche Jugendliche in Ostdeutschland – Perspektiven für die Geschlechterverhältnisse in der BRD? In: Frauenaufbruch: Visionen, Ansprüche, Widerstände. Leipzig: Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V., 1999c (= LOUISEum 10/Sammlungen und Veröffentlichungen)
- Schlegel, Uta: Die Situation der Frauen in Leipzig: Arbeitsmarkt 1995 - 1998. Leipzig: Stadt Leipzig, 1999d
- Schlegel, Uta: Ostdeutsche Frauen: Nachholende Modernisierung oder Restrukturierung der Geschlechterverhältnisse? In: Nagelschmidt, Ilse (Hrsg.): Frauenforscherinnen stellen sich vor. Ringvorlesung Teil V (1996/97). Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 1999e (= Leipziger Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung: Reihe A; Bd. 1), S. 227 - 256
- Schlegel, Uta: Heute auch in Ostdeutschland: Das Frauenbild der sogenannten Frauenzeitschriften 1999 – „Gute Hausfrau und Gattin – ohne Falten und gesund“. In: „Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen!“ 150 Jahre „Frauen-Zeitung“ von Louise Otto-Peters.

- Historische Leistung und aktueller Anspruch. Tagung in Leipzig am 13.03.1999f. (unveröff. Ms.)
- Schlegel, Uta; Förster, Peter (Hrsg.): Ostdeutsche Jugendliche: Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Opladen: Leske + Budrich, 1997; 482 S.
- Schmidtchen, Gerhard: Wie weit ist der Weg nach Deutschland? Sozialpsychologie der Jugend in der postsozialistischen Welt. Opladen: Leske + Budrich, 1997
- Schmidtke, Heidrun; Schwitzer, Klaus-Peter: Lebensbedingungen und Handlungsintentionen älterer Menschen im Zuge des Transformationsprozesses in den neuen Ländern. Halle: KSPW, 1993 (= Graue Reihe der KSPW 601)
- Schneider, H.: Arbeitsmarktperspektiven Ostdeutschlands bis zum Jahr 2010. Gutachten im Auftrag der Körber-Stiftung. Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Forschungsreihe 5/1994
- Seidenspinner, G./Keddi, B./Wittmann, S./Gross, M./Hildebrandt, K./Strehmel, P.: Junge Frauen heute – wie sie leben, was sie anders machen. Ergebnisse einer Längsschnittstudie über familiäre und berufliche Lebenszusammenhänge junger Frauen in Ost- und Westdeutschland. Opladen: Leske + Budrich, 1996; 284 S.
- Silbereisen, R. K.; Vaskovics, I. A.; Zinnecker, J. (Hrsg.): Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996. Opladen: Leske + Budrich, 1996
- Sozialreport 50+ 1998: Daten und Fakten zur sozialen Lage von Bürgern ab 50 Jahre in den neuen Bundesländern (Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e. V.). Berlin: Verlag am Turm, 1998
- Stumpe, Harald: Zum Verhältnis der Geschlechter in der ehemaligen DDR – Annäherung der Frau an den Mann und deren Folgen. In: Berg, W./Gloel, R./Wörndl, B. (Hrsg.): Ein Deutschland – viele Kulturen. Alte und neue Bundesländer im multikulturellen Europa. Berlin: trafo verlag, 1996 (= Schriftenreihe des Fachbereichs Sozialwesen der Fachhochschule Merseburg Bd. 1)
- Sydow, Hubert; Schlegel, Uta; Helmke, Andreas (Hrsg.): Chancen und Risiken im Lebenslauf – Beiträge zum gesellschaftlichen Wandel in Ostdeutschland. Berlin: Akademie Verlag bzw. Opladen: Leske + Budrich, 1995; 282 S. (= KSPW: Transformationsprozesse)
- Trommsdorff, G./Kornadt, H.-J.: Prosocial and Antisocial Motivation of Adolescents in East and West Germany. In: Youniss, J. (Hrsg.): After the Wall: Family Adaptations in East and West Germany. San Francisco: Jossey-Bass Publishers, 1995, S. 39 - 56
- Ullrich, Renate; Ehrhold, Uwe; Ferchland, Rainer: Zur Situation der „Jungen alten“ in den neuen Bundesländern (Expertise). Berlin 1992 (unveröff. Ms.)
- Winkler, Gunnar (Hrsg.): Frauenreport '90. Berlin 1990
- Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit: Drei Ziele – ein Weg (Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung). Berlin: Dietz, 1998
- Wirtschaftsbericht 1997/1998 Leipzig. Stadt Leipzig: Dezernat Wirtschaft/Amt für Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik und Wahlen, o. J. (1998)